

elstische Kultusgemeinde...
Konkurs...
Kantors...
Lager von Elektromotoren...
d-Gräfenberg (Schlesien) Restauration...
Schünzel eröffnet...
F. GRÜNBAUM...
Beachtung!...
nur...
Telegramme...
Verkauf für Mähr.-Osterr...
Man Kohn & Söhne...
Lebhaft...
nach ärztlicher Vorschrift...
Ersetzt auch das Mieder...
nach Schwangerschaft...
Lebhaft...
„RASOLYN“...
nach ärztlicher Vorschrift...
Ersetzt auch das Mieder...
nach Schwangerschaft...
Lebhaft...

Jüdisches Volksblatt

Freitag, 8. VII. 1921.

2. Thamus 5681.

Krankheit und Vertrauen.

Die letzten Monate sind durch einen Prozeß im Zionismus charakterisiert, den man mit den Merkmalen einer schweren Krankheit vergleichen kann. Fieber ist nicht nur ein Zeichen von Krankheit, sondern es kann auch ein Symptom beginnender Ueberwindung der Krankheitsstoffe sein. Ueber den Abbruch der Krise und ob der normale Zustand bald wieder erreicht sein wird, kann und soll heute nicht gesagt werden. Die A. C.-Sitzung, die in diesen Tagen beginnt, und der bevorstehende Kongreß werden zweifellos für die Entscheidung von größter Bedeutung sein.

In dem Kampfe innerhalb der zionistischen Organisation, der seit Monaten tobt und gelegentlich überaus unergiebliche Formen angenommen hat, bestand das Hauptkämpfmittel — ein schlimmes Zeichen! — in Andeutungen, Gerüchten, Aufpöhlungen, heftigen, geheimnisvoll ins Ohr geklüfferten Behauptungen allgemeinsten Charakters. Das war innerhalb der Organisation und nach außen hin sehr schädlich. Es ist bekannt: Nur drauf los verleumden, etwas bleibt immer hängen! Erst nach längerer Zeit erfuhr man, daß die Belege, das „Material“ für all die ungeheuren Schauerreden von entsetzlicher Korruption in London und besonders in Palästina in dem Bericht der sogenannten Reorganisations-Kommission niedergelegt seien. Begreiflich war der brennende Wunsch aller Zionisten, diesen Bericht, von dem so furchtbare Gerüchte gingen, ehestens kennen zu lernen.

Da geschah aber das Unerwartete, das den Bericht eine neue Nahrung gab: Der Bericht wurde von der Londoner Zeitung geheimgehalten. Dies war nur so zu erklären, daß er tatsächlich schwerste Anlagen, gestützt durch ein erdrückendes Beweismaterial, enthalten mußte, und daß die Zeitung vor allem Zeit und die Möglichkeit gewinnen wollte, sich zur Abwehr zu rufen. Heute, wo wir den Bericht kennen, müssen wir andere Gründe suchen. Es scheint uns, daß die Zeitung, fern von dem Pulschlag der jüdischen Massen und der zionistischen Zentren und also ohne genügenden Eindruck von der bereits durch Gerüchte erzeugten Beunruhigung, glaubte, den Bericht, den alten Durchgeheilten und gegen das Gift allgemeiner Infusionen gefeiteten Besinnungsgenossen vorzutragen zu dürfen, um ihn auch vor den wenigen urteilsstarken Reuzionisten, insbesondere Amerikas, geheimhalten zu können.

Sicherlich eine falsche Politik. Denn wer Vertrauen fordert, muß Vertrauen haben! Das gilt nirgends stärker als bei uns. Und die falsche Politik erzielte den entgegengesetzten Erfolg: Der „Bericht“ blieb den disziplinierten europäischen Zionisten ein Geheimnis, während er in Amerika durch einen großen Vertrauensmißbrauch der dortigen Führer veröffentlicht wurde. Gleichzeitig wurde dort auch die Frage des Bodenkaufs in Eretz Isreal öffentlich erörtert, die in Europa ebenfalls nur Gegenstand „streng vertraulicher“ Mundschreiben war.

Es ist merkwürdig, daß keine zionistische Zeitung in Europa diese höchst wichtigen und interessanten Aktenstücke abgedruckt hat. Es ist dies etwa ebenso, als ob wir den Text des Mandatsvertrages für Palästina, der auch durch eine Indiskretion veröffentlicht wurde, bis zur offiziellen Freigabe durch die Regierung geheimhalten hätten. Zweifellos war die Veröffentlichung zulässig, nachdem sie einmal irgendwo, ob nun mit Recht oder Unrecht, erfolgt war. Sie war aber auch dringend nötig, um der zionistischen Öffentlichkeit alle Beweisstücke in die Hand und die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Urteil zu bilden. Hat niemand dieses Urteil zu scheuen — wir glauben, die zionistische Zeitung hat es nicht — umso besser. Ist das Urteil eine Verurteilung, dann wird auch sie zur Gesundung des Zionismus beitragen.

Der Bericht der Reorganisations-Kommission.

Vorwort der Exekutive.

Die Reorganisations-Kommission war Ende 1920 nach Palästina entsandt worden, um im Auftrag der Exekutive der zionistischen Organisation die Lage zu studieren, soweit möglich erforderliche Veränderungen in der Arbeitsmethode der zionistischen Kommission vorzunehmen und über alle gesammelten Erfahrungen Bericht zu erstatten. Dies hat die Kommission durch den vorliegenden Bericht getan. Die darin enthaltenen Angaben und Vorschläge sollten der Exekutive zur Grundlage weiterer Erwägungen für die Ausgestaltung der künftigen Palästinaarbeit dienen, und sie hätten dennoch so lange vertraulich behandelt werden sollen, bis die eingeforderten Erwägungen der zionistischen Kommission vorliegen und die Exekutive auf Grund des gesammelten Materials zu einem abschließenden Urteil gelangte. Da aber der Bericht der Reorganisations-Kommission ohne Genehmigung der Exekutive in Amerika veröffentlicht worden ist, so sehen wir uns veranlaßt, bereits vor Eintreffen der erwarteten Gegenüberstellung den Bericht der Öffentlichkeit zu übergeben.

Unsere Stellungnahme zu dem sachlichen Inhalt des Berichtes behalten wir uns vor, doch erachten wir es für notwendig, zugleich zu einem Punkt öffentlich Stellung zu nehmen, nämlich zur Frage der Verantwortlichkeit. Der Bericht ist in einem Ton der Anklage geschrieben und die Anklage richtet sich gegen die zionistische Kommission.

In Interesse einer gerechten Beurteilung der Sachlage muß daher folgendes festgestellt werden:

1. Die Zusammenfassung der in dem Bericht der Reorganisations-Kommission ohne Nennung einzelner Namen stündig erwähnte zionistische Kommission hat in den letzten Jahren fortwährend gewechselt. Die zionistische Kommission wurde gebildet, als nach der Balfour-Erklärung und der Besetzung Palästinas durch englische Truppen dort eine völlig neue Situation entstanden war. Die ersten Aufgaben der zionistischen Kommission waren überwiegend politischer und zum Teil wirtschaftlicher Natur. Die zionistische Kommission befaßte sich neben den politischen Fragen zunächst vorwiegend mit der Organisation des Hilfswesens und erst allmählich wurden ihre gewisse wirtschaftliche Funktionen übertragen, die vor dem Kriege von dem Palästinaamt in Kairo ausgeübt worden waren. Die Unbeständigkeit des Arbeitsstadiums, die aus dem fortwährenden Personalwechsel folgte, war gewiß schädlich, aber sie

war durch die Umstände bedingt. Infolge des Kriegszustandes war die Zahl sachkundiger Personen, die man nach Palästina zur Leitung der Arbeit entsenden konnte, beschränkt und nur die wenigsten waren in der Lage, längere Zeit im Lande zu bleiben. Erst seit dem Jahre 1919 gewann die zionistische Kommission mehr den Charakter einer ständigen Behörde.

Der zionistische Kommission gehörten in der Zeit vom Mai 1918 bis August 1919 in zeitlicher Reihenfolge die folgenden Herren an:

Dr. Weizmann, Dr. Eder, Leon Simon, Sylwan Peri, Josef Cohen, Israel Sieff, Mosser, Dr. Harry Friedmann, Robert Gold, Commodore E. Blauhorn, Edwin Epstein. Die meisten dieser Herren verließen nach kurzen Aufenhalten wieder. Im Oktober 1919 wurde die Kommission unter der Leitung von Dr. Weizmann reorganisiert. Herr Epstein wurde stellvertretender Vorsitzender. Im Mai 1920 trat Herr Dr. Ruppin und Herr Jaffe ein. Zurzeit besteht die Kommission aus den palästinaförmigen Mitgliedern der Exekutive, den Herren Uffizij, Dr. Eder und Dr. Ruppin, als Kassierer fungiert Herr Van Briesland.

2. Die zionistische Kommission ist keine selbständige Behörde, sondern der Exekutive der zionistischen Organisation unterstellt. Es ist bekannt, daß seit der Verlegung der zionistischen Zeitung nach London die Herren Dr. Weizmann und Solowow durch die Führung der politischen Geschäfte völlig in Anspruch genommen waren, innerhalb der Exekutive eine Ressortenteilung bestand, und daß die Palästinaarbeiten dementsprechend von einem besonderen Palästina-Komitee geleitet wurden. Die Leitung aller palästinaförmigen Angelegenheiten lag seit Einrichtung der Londoner Exekutive, d. h. seit September 1918 bis Januar 1921, in den Händen des Herrn Julius Simon.

3. Die Nationalfondarbeit in Palästina ist ebenfalls nicht selbständig von der zionistischen Kommission geleitet worden, sondern von den Vertretern des Jüdischen Nationalfonds, die vom Direktorium desselben ernannt wurden. Das Hauptbureau des Nationalfonds befindet sich seit dem Jahre 1914 in Haaga. Dort wurde während des Krieges ein geschäftsführendes Komitee gebildet, das in den letzten Jahren von Herrn Rechemia de Ziemer geleitet wurde.

London, im Mai 1921.
Die Exekutive der zionistischen Organisation.

Bericht der Reorganisations-Kommission

der Exekutive der zionistischen Organisation über die Arbeit der zionistischen Organisation in Palästina.

Vorwort

Die Reorganisationskommission, ihre Befugnisse und Aufgaben.

Auf Grund eines Beschlusses der zionistischen Organisation vom 21. September 1920 wurde eine Reorganisationskommission, bestehend aus den Herren Julius Simon, Rechemia de Ziemer und Robert Gold eingesetzt mit der Aufgabe, die Arbeit der zionistischen Organisation und ihrer Institutionen in Palästina zu untersuchen und zu reorganisieren. Die Reorganisations-Kommission wurde mit der Vollmacht ausgestattet, solche Veränderungen durchzuführen, die die Kommission nach ihrer Meinung für notwendig halten würde.

Vielleicht erfolgte die Veröffentlichung bisher nicht, weil ein großer Teil der in Betracht kommenden Aktenstücke englisch abgefaßt ist und die Uebersetzung ein bedeutendes Stück Arbeit erfordert. Wir haben uns dieser Arbeit unterzogen, um unsererseits einen bescheidenen Beitrag zu den Arbeiten des Aktionskomitees und des Kongresses zu leisten, die in unserem Lande tagen werden. Ist es doch ohne Kenntnis dieser Dokumente wohl nahezu unmöglich, den Verhandlungen zu folgen, und wissen wir doch aus Erfahrung der Londoner Jahreskonferenz, daß nicht allen Mitgliefern selbst unserer leitenden Körperschaften mit der Vorlage englischer Texte gedient ist. Es

solle möglichst vermieden werden, daß durch geheimnisvolle Andeutungen über den Inhalt gewisser Dokumente, die praktisch niemand außer den Eingeweihtesten kennt, wieder Stimmungen erzeugt und Beschlüsse möglich gemacht werden, die bei richtiger Kenntnis des Materials unmöglich wären.

Wir glauben, durch unsere Veröffentlichungen dem Großen Aktionskomitee, das in diesen Tagen in Prag zusammentritt, einen größeren Dienst zu erweisen und unsere innigen Wünsche für den Erfolg seiner Arbeiten besser auszudrücken als durch noch so enthusiastische Begrüßungsartikel.

Dr. Hugo Herrmann.

Unterbindung aller zionistischen Tätigkeiten durch, soweit die ihnen zur Verfügung stehende Zeit es gestattet. Sie konferierten mit seiner Erziehung dem High Commissioner, mit den Leitern der Reorganisationskommission, mit der zionistischen Kommission, mit dem Mandat Halemi (dem Jüdischen Nationalrat) und seiner Exekutive, mit Vertretern der jüdischen Arbeiter und anderen hervorragenden der Palästinaern.

Obgleich alle Mitglieder der Reorganisations-Kommission sich seit einer gewissen Zeit verschiedenen Phasen der zionistischen Arbeit in Palästina gewidmet hatten, wurden sie von dem Jischuw mit beträchtlichem Mißtrauen und nicht geringem Widerstreben empfangen. Ihre Motive waren verdächtig. Ihr Zionismus selbst wurde in Frage gestellt. Die fragmentarischen und einseitigen Berichte von der Londoner Konferenz, die in Palästina in Umlauf gekommen waren, hatten den Eindruck erzeugt, daß die Reorganisationskommission nicht gekommen war, um aufzubauen, sondern um zu zerstören. Daß es ihren Mitglieder an nationalem Verstand fehlte und daß sie vorurteilsvoll und nicht frei waren, ihr Urteil zu ändern.

Die Mitglieder der Reorganisations-Kommission behaupteten nicht, mit ganz freiem Urteil nach Palästina zu gehen, obgleich sie sich nach besten Kräften bemühten, sich die Freiheit der Meinung zu wahren. Der folgende Bericht stellt die Arbeit der zionistischen Organisation in Palästina so dar, wie sie sie sahen, die künftigen Aufgaben der Organisation, wie sie sie auffassen, und den Apparat, mittels dessen sie diese Aufgaben durchzuführen versuchen würden.

Die Reorganisations-Kommission war von Herrn A. Ziemer, Sekretär der Exekutive der zionistischen Organisation und von Herrn Paul Singer, Schatzmeister und Finanzsekretär, begleitet, welche beide während der ganzen Sendung unerschütterliche Hilfe leisteten.

Kapitel I

Die bestehende Organisation der zionistischen Arbeit in Palästina

Die Leitung der zionistischen Angelegenheiten in Palästina ist derzeit größtenteils in der zionistischen Kommission konzentriert, die während der Zeit der militärischen Besetzung durch ein Komitee (zitiert in der Note*) des britischen Militärregimes eingesetzt worden war.

Die internationale Aufgabe, die sie als Vermittlerin zwischen den britischen Militärbehörden und der jüdischen Bevölkerung zu lösen hatte, hat mit der Errichtung der Zivilverwaltung ihr Ende gefunden. Es ist für unseren Zweck nicht nötig, die von der Kommission während der schwierigen Periode der militärischen Okkupation, als fremde Agenten und politische Intriganten im Lande waren und die zionistische Bewegung zu diskreditieren und zu zerstören suchten, geleisteten Dienste aufzuzählen. Wir haben uns vornehmlich mit der Zielsetzung und den Aktivitäten der zionistischen Kommission**) zu befassen. Diese Arbeit ist in sehr weitem Maße bloß eine Fortsetzung der Tätigkeit des Palästinaamtes (Mandats), wie sie vor dem Kriege geführt wurde.

*) Die Kommission wird die zionistische Organisation vertreten. Sie wird als Beratungsbehörde für die britischen Behörden in Palästina in allen Angelegenheiten, die Juden betreffen oder die Errichtung eines nationalen Heimes für das jüdische Volk in Uebereinstimmung mit der Erklärung von Seiner Majestät Regierung betreffen dienen.

Die Aufgaben der Jüdischen Kommission werden sein:

1. Eine Verbindung zwischen den britischen Behörden und der jüdischen Bevölkerung Palästinas zu schaffen.
2. Die Hilfsarbeit in Palästina zu regeln und bei der Reorganisation der zionistischen Bewegung zu helfen.
3. Bei der Wiederherstellung und Entwicklung der zionistischen Organisation zu helfen.
4. Der jüdischen Organisation und ihren Institutionen in Palästina bei der Wiederherstellung ihrer Tätigkeit beizustehen.
5. Bei der Schaffung freundschaftlicher Beziehungen mit den Arabern und anderen nichtjüdischen Gemeinwesen zu helfen.
6. Informationen zu sammeln und über die Maßnahmen der Weiterentwicklung der jüdischen Bevölkerung und des Landes im allgemeinen zu berichten.
7. Die Durchführung der Palästinaarbeit zu unterstützen (unter dem Jüdischen Nationalrat).

**) Wenn es nicht ausdrücklich anders angegeben ist, meinen wir die zionistische Kommission im allgemeinen, ohne den Versuch zu machen, unsere Vermutungen auf eine bestimmte Periode in der Tätigkeit der Kommission zu beziehen.

bei des Staates mit Bezug auf Einwanderung, Sanierung und andere Fragen einwirken. Aber sie hat kein Steuerrecht und man kann von ihr nicht die Ausführung großer Aufforderungsarbeiten und ausgedehnter Verordnungsarbeiten erwarten, die zum Vorteil aller Bewohner auszuführen die Pflicht des Staates ist. Es ist eher die Pflicht der jüdischen Organisation, durch ihre Kolonisations- und Siedlungsarbeit die Steuerquellen des Staates zu vermehren, so daß die Regierung einen wachsenden Anteil des unproduktiven Teiles unseres Budgets übernehmen kann. Die durch die jüdische Ansiedlung wachsende wirtschaftliche Wohlfahrt des Landes wird für alle Palästinaer ohne Unterschied der Rasse und der Religion von Vorteil sein. Der gute Wille und die Freundschaft der nichtjüdischen Bevölkerung hängt wesentlich auf die Dauer viel mehr von der wirtschaftlichen Wohlfahrt ab, die wir im Lande schaffen, als von irgend einem politischen System.

Kapitel 2.

Einwanderung und wirtschaftliches Leben.

Der Wunsch des jüdischen Volkes nach einer starken Einwanderung in Palästina steht außer Zweifel. Die Jahrhundert alte Sehnsucht unseres Volkes nach dem Heime seiner Väter in Verbindung mit seiner Bedrückung in Osteuropa hat einen Einwanderungsstrom hervorgerufen, der reguliert, aber durch keine Macht auf Erden zurückgehalten werden kann.

Nachdem wir nunmehr das Ziel und die Bedürfnisse unseres Volkes die Einwanderung nicht vermindern, daß das Tempo der Immigration ausschließlich von den wirtschaftlichen Bedingungen in Palästina abhängig ist. Dies wurde ausführlich in dem Bericht der Exekutive an das Große Aktionskomitee im Oktober 1920 dargelegt (Großes Aktionskomitee Seite 29-40). Das jüdische Volk ist durchaus fähig zu begreifen, daß ausgedehnte Einwanderung nur durchgeführt werden kann, wenn Existenzmöglichkeiten geschaffen werden. Man soll es nicht durch Gerüchte von sofortiger unbegrenzter Massenimmigration verwirren.

Unser Problem ist nicht bloß eines der Immigration. Unsere Aufgabe beginnt erst, wenn die Einwanderer in Palästina einlangen. Unsere Arbeit besteht darin, die Bedingungen zu schaffen, welche ermöglichen, daß eine ständig wachsende Zahl von Juden vom wirtschaftlichen Leben in Palästina absorbiert wird und zu sich selbst erhaltenen Bürgern wird. Unsere Aufgabe geht nicht nach Palästina, um dort zu sterben und noch weniger, um von Wohlständigkeit zu leben. Sie geht nicht bloß, um im Schutze ihres Angehört zu arbeiten, sondern um ihren Unterhalt zu verdienen und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erwerben. Das jüdische nationale Sein, für welches wir kämpfen, ist keine künstliche Schöpfung aus auswärts erhaltenen Pflichten. Eine lebende, wachsende, kulturelle Gemeinschaft kann ohne ständige wirtschaftliche Basis nicht in Palästina Wurzeln fassen und ausdauern.

Die jüdische Kommission mag vielleicht dieselbe Auffassung des Einwanderungsproblems haben, aber ihre Taten sprechen nicht dafür. Der jüdische Kommission scheint Einwanderung derzeit weniger wichtig zu sein, als daß Juden nach Palästina kommen und dort Geld verdienen, um sie zu empfangen, unterzubringen, zu kleiden, ihnen Nahrung zu geben und Arbeit zu schaffen. Ob die Arbeit, bei der sie beschäftigt werden, produktiv oder unproduktiv ist, ist für die Kommission nur eine Frage untergeordneter Bedeutung.

Wir hatten mit Rücksicht auf die sentimentalen Proteste aus Palästina gegen jede Regelung der freien und unbegrenzten Einwanderung erwartet, daß man uns zeigen würde, daß eine große Zahl von Siedlern von dem wirtschaftlichen Leben des Landes absorbiert werden könnte, als wir angenommen hatten. Anstatt dessen fanden wir, daß keine entsprechende Vorbereitung getroffen war, um auch nur eine begrenzte Zahl von Einwanderern in produktiver Arbeit unterzubringen.

Ein eigenes Einwanderungsbudget wird nicht im Voraus aufgestellt und demgemäß werden für schwankende Beträge angeworben. Die Zeit, während der die Einwanderer im Aufnahmestadium auf Kosten der Organisation erhalten werden, ist unangemessen lang und dauert häufig zwei bis vier Wochen. In einem Falle wurde eine Einwanderergruppe einige Wochen in Jaffa erhalten, weil kein Geld für den Transport der Gruppe an ihren Arbeitsplatz vorhanden war, obgleich tatsächlich die Kosten der Erhaltung der Gruppe in Jaffa die des Transportes überstiegen. Die Wirtschaftlichkeit einer solchen finanziellen Geschäftsführung erfordert keinen Kommentar.

Die Organisation der unmittelbaren Verbringung der Einwanderer wird größtenteils der Arbeiterorganisation überlassen, obwohl das Geld von der jüdischen Organisation beigestellt wird. Die Verbringung ist notwendigerweise improvisiert und armütelhaft. Die Arbeiter sind in Holzbaracken und zum Teil in gemieteten Häusern untergebracht. Sie essen in Kichen, die von der jüdischen Organisation, gewöhnlich durch die Arbeiterorganisationen, erhalten werden. Die Einwanderer haben in der Regel keine eigenen Mittel und müssen mit Geldern versehen werden. Wir sind der Meinung, daß in allen Zweigen der Arbeit durch einen fähigen jüdischen Organisator große Ersparnisse gemacht werden könnten.

Wir haben das höchste Lob für die Arbeiterorganisationen wegen der Art ihrer Hilfeleistung. Ihre Arbeit ist vielversprechend, insbesondere weil man die politischen Differenzen in den Hinter-

grund geschoben und den lokalen wirtschaftlichen Charakter der Organisationen zu Geltung gebracht hat. Obwohl wir es für wesentlich halten, daß die Arbeiterorganisationen aktiven Anteil an der Organisation eines Einwanderungs- und Arbeitsbureaus nehmen, glauben wir, daß die Arbeit dieses Bureaus derzeit ist, daß es direkt die jüdischen Ergebnisse intermediiert sein muß, deren Pflicht es ist, die rasche Auswanderung aller Einwanderer in das wirtschaftliche Leben des Landes zu sichern. Dieses Einwanderungs- und Arbeitsbureau muß in enger Zusammenarbeit mit der Regierung von Palästina wirken.

Wie wir wiederholt bemerkt haben, ist die Finanzierung der Einwanderung selbst nur von Wert, wenn sie mit dem wirtschaftlichen Leben des Landes in Einklang gebracht ist. Und dies ist der Punkt, wo sich die Politik der Kommission am schwächsten zeigt. Bisher war die Konzentration nicht fähig, zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit zu unterscheiden. Sie nimmt keine Rücksicht auf den Unterschied der Kosten für die Organisation zwischen den bei Regierungsarbeiten und anderen produktiven Arbeiten beschäftigten Immigranten und jenen, die von der Kommission selbst mit verhältnismäßig unproduktiver Arbeit beschäftigt werden. Sie würde sich gegen eine wachsende Zahl von Einwanderern nicht wehren, die von ihr Beschäftigung erwarten. Sie sieht nicht, welches Gift ihr System eines zentralisierten Absolutismus für unsere Arbeit bedeuten und die katastrophalen Konsequenzen, die aus einem Mißerfolg unserer Fonds folgen würden. Sie begreift nicht, daß das, was wir tun, nicht patriarchalische Wohlständigkeit ist, sondern Freiheit für die individuellen und gesellschaftlichen Leistungen und Unternehmungen. Sie sieht nicht, daß in Palästina ein mannigfaltiges und pulsierendes wirtschaftliches Leben geschaffen werden muß.

Es ist natürlich leichter, dieses Problem zu erkennen als seine Lösung zu finden. Aber wir glauben, daß wir nicht daran verzweifeln sollen, die großen allgemeinen Grundlinien zu ziehen.

Das wirtschaftliche Leben in Palästina kann zweckmäßigertweise unter drei Gesichtspunkten behandelt werden:

1. Öffentliche Arbeiten.
2. Handel und Industrie.
3. Landwirtschaft.

Die Regierung und die jüdische Organisation müssen direkt oder durch öffentliche gemeinnützige Korporationen die öffentlichen Arbeiten in Angriff nehmen. Auf den verschiedenen Gebieten des Handels und der Industrie können die Regierung und die jüdische Organisation wenig mehr tun, als günstige Bedingungen zu schaffen. Die wirtschaftliche Organisation von Handels- und Industrieunternehmen muß in hohem Maße individueller und gesellschaftlicher Anstrengung überlassen werden. Nur die landwirtschaftliche Unternehmung kann der jüdische Nationalfonds das Land erwerben und die ersten Ameliorationen durchführen, aber die Funktionen der Organisation müssen bestimmt und scharf begrenzt sein.

Aber wie kann dieser individuellen und gesellschaftlichen Anstrengung geholfen werden? Natürlich muß es Fonds geben, welche, obwohl sie unentbehrlich für die Grundlegung eines sich selbst erhaltenden wirtschaftlichen Lebens sind, ihren Spendern keinen Ertrag abwerfen können. Da sind die Bedürfnisse der Einwanderer von ihrer Ankunft bis zu dem Zeitpunkt ihrer Beschäftigung in einer produktiven Unternehmung. Sanierung und ärztlicher Dienst muß beigestellt werden, insofern nicht die Regierung diese Kosten tragen kann oder will, denn es wäre eine armselige Art von Sparsamkeit, den Eifer und die Beistimmungsfähigkeit unserer Pioniere durch Krankheit zu zerstören zu lassen. Auch von nationalen Fonds für Landarbeit und für die ersten Vorbereitungen für landwirtschaftliche Siedlung kann durch einige Jahre kein entzückender Ertrag erwartet werden.

Aber für alle Ausgaben d. Fonds perdu müssen idare Grenzen gesetzt und der Geist der Selbsthilfe und Unabhängigkeit muß bei unseren Siedlern entwickelt und in Rechnung gestellt werden. Individuelle und gesellschaftliche Bestrebungen in Palästina können am besten durch Kredit und nicht durch Wohlthätigkeit gefördert werden. Kredite aller Art müssen gewährt werden, um die Siedler instand zu setzen, ihre Leistungsfähigkeit zu erweisen. Es ist unsere Aufgabe, unsere Pioniere dabei zu unterstützen, sich selbst zu helfen. Wenn Kreditmöglichkeiten reichlich geschaffen und ordentlich verwaltet werden, werden die Aufgaben des Lebens in Palästina selbst jene Schwierigkeiten bestimmen, auf denen sich individuelle, gesellschaftliche und staatliche Bestrebungen am besten entfalten.

Man kann dem Zischow auch zu steigender Selbstständigkeit helfen, indem kleine Konsumgenossenschaften und die Gründung einer Großkonsumgenossenschaft gefördert werden. Die Kosten der Lebenshaltung in Palästina sind im Vergleich mit anderen Ländern abnorm hoch. Die Organisation des Imports ist manövrierfähig. Der private Profit ist in manchen Fällen übermäßig. Eine Großkonsumgenossenschaft und Konsumgenossenschaften würden der Herabsetzung der Lebenskosten wesentlich dienen. Der Konsumverein, ein genossenschaftlicher Arbeiterkonsumverein, hat bereits zum Kreisbogen beigetragen. Die Großkonsumgenossenschaft, die zu Beginn durch vom Ausland beigestellte Mittel finanziert werden sollte, sollte allmählich von der palästinaischen Bevölkerung übernommen und auf genossenschaftlicher Grundlage geführt werden.

Die Entwicklung eines gesunden wirtschaftlichen Lebens kann auch durch die Schaffung einer zentralen Bankwesens gefördert werden. Diese Zentrale würde bei richtiger Führung das gegensei-

ge Überbieten verhindern, das die Warenpreise ohne Verhältnis zu ihrem produktiven Wert abnorm hinaufreibt. Diese Zentrale wäre in der Lage, große Komplexe zu erwerben und sie nach Bedürfnissen Einzelner zu parzellieren. Eine Zentralfabrik dieser Art könnte auch vorzüglich die Einführung von speziellem Rest für die jüdische Kolonisation erwerben. Es ist selbstverständlich, daß eine solche zentrale Landvervielfältigung einen starken öffentlichen Charakter haben muß, um das Vertrauen der Regierung und unserer eigenen Leute zu gewinnen. Sie muß in enger Zusammenarbeit mit dem jüdischen Nationalfonds wirken, welcher das Recht haben sollte, auf Grund des Landespreises und einer kleinen Kommissionsgebühr jedes von der Zentralfabrik erworbene Land für eigene Rechnung zu übernehmen. Die Zentrale sollte von einem durch die jüdische Exekutive ernannten Kommissar geleitet und alle ihre Erträge für einen angemessenen Nutzen hinaus stellen. Ein Vorteil jüdischer Ansiedlung vorbestehen werden. Wir schlagen vor, die Palästina Land Development Company zu dieser Zentrale zu machen, unter der Bedingung, daß ihre Verfassung demotiert wird, daß sie allen oben erwähnten Erfordernissen entspricht.

Wir geben nun daran, das Problem der Absorption der Einwanderer im wirtschaftlichen Leben des Landes in seiner Beziehung zu öffentlichen Arbeiten, Handel und Industrie und Landwirtschaft zu betrachten.

Kapitel 3.

Öffentliche Arbeiten.

Palästina war lange ein vernachlässigtes Land und das Bedürfnis nach öffentlichen Verbesserungsmassnahmen aller Art ist groß. Der Umfang, bis zu dem öffentliche Arbeiten durchgeführt werden können, wird in hohem Maße von den Einwanderern der Regierung und den Fonds, welche durch die Pioniere für diesen Zweck gesichert werden können, abhängen.

Eine öffentliche Arbeit von höchster Wichtigkeit ist die Entwässerung der Wasserläufe. Palästina ist ein Land ohne Premonition und die Nachbarschaft seiner Wasserkräfte ist selbst für ein beschranktes industrielles Leben wertvoll. Ein Projekt für die Entwässerung von Wasserläufen steht jetzt in Beratung. Wenn das Projekt nach einer Untersuchung durch die Regierung und Sachverständigen an Ort und Stelle als technisch ausmachbar und anerkannt wird, sollte eine Konzession unter Bedingungen, die die Interessen der jüdischen nationalen Gemeinschaft entsprechend wahren, gewährt werden, um das nötige Kapital anzubringen. Ein derartiges Projekt würde nicht nur einer großen Zahl von Einwanderern produktive Beschäftigung bei den Arbeiten selbst geben, sondern es würde auch, seiner Durchführung das Ansehen eines industriellen Lebens fördern, das dauernd viele jüdische Hände beschäftigen würde. Hand in Hand mit der Entwicklung von Wasserkräften geht die Bodenbewässerung, die auf eine oder die andere Weise Raum für jüdische Ansiedlung schaffen wird.

Nicht so wichtig für die Zukunft, doch von größerer Bedeutung zum Standpunkt unmittelbar verwendung jüdischer Arbeiter sind die jetzt durch die Regierung ausgeführten öffentlichen Arbeiten. Diese betreffen hauptsächlich das Straßenbau und -herstellung. Bei dieser schweren körperlichen Arbeit sind mehr als 2000 neuangekommene jüdische Arbeiter beschäftigt. Die Gänge und der Eifer dieser jungen Männer und Frauen sind einfach über jedes Lob erhaben. Sie arbeiten schwer und mit großer Begeisterung für den Aufbau des nationalen Heimes. Sie sind der Stoff, aus dem eine wirkliche Nation gemacht wird.

Die Regierung wäre bereit, eine weit größere Zahl von Einwanderern dieser Art zu beschäftigen, wenn wir das Kapital beistellen könnten, um sie mit der für die Arbeit nötigen Ausrüstung zu versehen. Im Lande gibt es heute ein ausständiges Arbeiterkorps von 5000 Mann, hauptsächlich aus Leuten bestehend, das größtenteils an den Eisenbahnen arbeitet. Die Regierung wäre wahrscheinlich bereit, dieses ganze Korps mit der Zeit durch jüdische Arbeiter zu ersetzen. Die palästinaische Regierung kommt augenblicklich darauf, daß jüdische Arbeit für Palästina so wichtig ist wie englische Arbeit für England und daß billige Ausländerarbeit in Palästina ein ebenso schädliches System wäre wie in Großbritannien. Wir bebauern sehr, daß der Vorschlag der Regierung, weitere Arbeiter aufzunehmen, von der jüdischen Kommission nicht logisch glatt angenommen werden konnte, weil alle unsere verfügbaren Gelder benötigt wurden, um das größtenteils unproduktive Budget der Kommission zu decken.

Es ist wichtig, daß wir die Frage der derzeitigen Organisation der Arbeiter an den öffentlichen Arbeiten prüfen und die Maßnahmen erörtern, die wir ergreifen können, um den selbstständigen Charakter der Unternehmungen zu fördern und somit als möglich zu sichern. Sicherlich müßte die Arbeit, die diese ausgezeichneten Pioniere leisten, bei richtiger Organisation imstande sein, sie wirtschaftlich frei und unabhängig zu machen.

Die jüdischen Arbeiter haben jetzt Kontrakte mit der Regierung, die durch die Arbeiterorganisationen für die Ausführung bestimmter Arbeiten abgeschlossen worden sind. Die Vergütung beruht auf der geleisteten Arbeit und nicht auf der Arbeitszeit. Solche Kontrakte sind wichtig, denn jüdische Arbeit kann nur dann am besten und wirksamsten verwendet werden, wenn man den Arbeitern das Gefühl der Verantwortlichkeit für das ganze Unternehmen gibt. Unter solchen Umständen glau-

ben wir, daß jüdische Arbeiter sich auf jeden Fall als leistungsfähig erweisen werden als billige Tagelöhner, solange die jüdische Arbeit bei einem gewöhnlichen Lohnsystem nicht konkurrenzfähig wäre. Wir hoffen, daß die Regierung diese Tagelöhner anerkennt und jüdischen Gruppen immer mehr Arbeit auf Grund von Kontrakten für die Durchführung bestimmter Unternehmungen anbietet und nicht bestrebt sein wird, die jüdische Arbeit auf gewöhnliche Löhne zu legen. Es ist notwendig festzustellen, daß die Regierungsbeamten, mit denen wir sprechen, ihre Zufriedenheit mit der Arbeit der jüdischen Gruppen ausdrücken und uns darauf hinweisen, daß, wie wichtig es sei, den Gruppen als solchen einen noch bestimmteren Charakter zu geben.

Die Arbeiterorganisationen verhandeln nicht nur mit der Regierung über die Kontrakte, sondern sie leisten auch die Lager, Kichen und Toiletten und leisten die nötige Verpflegung und Ausstattung. In manchen Fällen gestehen sie die Hilfe der American Medical Unit. Ferner organisieren die Arbeiterkörperlichkeiten die Arbeiter in Gruppen, welche die einzelnen Arbeiten übernehmen und leiten. Man bemüht sich, den Gruppen technische Leiter, Buchhalter und Geschäftsführer zu liefern. Die Arbeiterorganisationen genießen beträchtliches Ansehen wegen der Tüchtigkeit und des Eifers, die bei der Durchführung dieser Arbeit gezeigt haben und insbesondere wegen der strikten Befolgung auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben, ohne den Versuch zu machen, aus ihnen politischen Kapital zu schlagen oder zwischen den Einwanderern auf Grund ihrer politischen Meinung irgendwelche Unterscheidung zu machen.

Nachscholender sind radikale Verbesserungen in der Organisation der Arbeit erforderlich. Die Gruppen sind über den Charakter ihrer Kontrakte nicht wohl informiert. Sie verstehen nicht, welcher Teil der kontraktlichen Vergütung ihnen direkt bezahlt wird und welcher Teil für ihre Rechnung für die verschiedenen Zwecke ausbezahlt wird. Die Arbeit wird jetzt von der jüdischen Kommission finanziert, die noch weniger als die Arbeiterorganisationen durchgeführte Finanzoperationen informiert ist.

Die Kontrakte werden nicht auf einheitlicher Basis abgeschlossen und dies führt zu beträchtlicher Verwirrung in der Berechnung der Amortisation und der Kosten für Verpflegung, Unterkunft und Löhne. Der Durchschnittslohn der Arbeiter in den verschiedenen Lagern beträgt 20 bis 30 Pfennig pro Tag. Der Durchschnitt wäre beträchtlich niedriger, wenn man für die Tage der Arbeitslosigkeit, die während der Regenzeit unternehmisch sein wird, entsprechende Abzüge machte. Es ist äußerst wichtig, daß dieser Punkt beim Abschluss künftiger Verträge in Rechnung gezogen wird. Die Berechnung der verschiedenen Lager stand unter einer zentralen Leitung und die Speise in verschiedenen Gruppen variieren beträchtlich. Die Kosten der Verpflegung schwanken zum Beispiel in den verschiedenen Lagern zwischen 18 und 23 Pfennig pro Tag. Viele der Lager sind vom jüdischen Gesichtspunkt schlecht und die hygienischen Bedingungen sind im allgemeinen mangelhaft. Das unvermeidliche Ergebnis sind Krankheiten und verminderte Leistungsfähigkeit. In einem Lager waren an einem Tage von dreihundert Arbeitern vierzig auf der Krankstube.

Die Ausrüstung der Arbeiter ist schlecht und mangelhaft. Auf der Straße von Tiberias sind 75 Prozent der Arbeiter mit der minimalen Ausrüstung, die aus zwei Paar Unterhosen, zwei Paar Socken, Arbeitskleid und Arbeitsstiefeln, einem paar Schuhe und zwei Hemden besteht, nicht vollständig versehen. In einem Lager an der Straße Nazareth-Haifa hatten acht Arbeiter keine Betten und 25 keine Schuhe.

Zum Teil sind die Mängel der Organisation der Arbeit auf schlechte Verwaltung und zum Teil auf ungenügende Mittel zurückzuführen. Die Arbeit wurde ernstlich gehindert durch den Mangel der nötigen Sanitätsvorrichtungen, weil das Bureau der American Medical Unit nicht ausreicht, um die Bedürfnisse zu decken und Gelder zur Unterstützung der Medical Unit aus anderen Quellen nicht gefunden werden. Wir unteruchen nicht die Arbeit der Medical Unit und ihre Bedeutung vom Gesichtspunkt der künftigen Kolonisation. Aber wir können nicht mit der Auffassung übereinstimmen, daß die jüdische Organisation in der Frage des ärztlichen Dienstes und der Sanierungsmassnahmen für Jüdium keine Verantwortung hat, wenn die Gelder der Medical Unit nicht ausreichen, um sie zu diesen erforderlichen Leistungen instand zu setzen.

Die Mängel in der Organisation der Arbeit scheinen auch den Arbeitern nicht unbekannt und das Bedürfnis nach höherer Vereinheitlichung der Gruppen soll eben jetzt durch die Bildung eines Bureaus für öffentliche Arbeiten erfüllt werden, an dem alle Arbeiterorganisationen beteiligt sind. Dieses Bureau wird alle Verhandlungen über Verträge mit der Regierung führen und sie dann an die Gruppen verteilen. Es werden Vereinbarungen getroffen, daß ein Anseherer der „Kassa“ alle Kichen beaufsichtigen soll. Es ist notwendig, daß die Vergütung auf Grund der verschiedenen Vereinbarungen mit der Regierung derart standardisiert wird, daß nicht die eine Gruppe mit einem schlechten Kontrakt bestraft wird, während sich eine andere eines ganz besonders günstigen erfreut. Doch hofft man die jüdische und den Unternehmungsgeist der Gruppen zu erhalten und will sein von der Leistungen unabhängiges inneres Konzeptions einfließen. Die jetzt auf Grund der Kontrakte geleistete Ver-

gütig wird nicht die Schaffung großer Kassen durch das Bureau für öffentliche Arbeiten geschehen, obwohl es sehr wichtig ist, daß begrenzte Reserven für den Fall gemeinsamer Verbindlichkeiten und für soziale Versicherungsbedürfnisse angesammelt werden. Soweit es die Bedingungen zulassen, um den öffentlichen Charakter des Bureaus zu erhalten und die Interessen der ganzen arbeitenden Gemeinschaft als solcher zu wahren, wäre es zu empfehlen, daß die begrenzten Reserven in einem Fonds in Form von Dividenden an die Mitglieder verteilt werden. Als Beispiel für die Gründung der Jüdischen Nationalbank.

Unserer Meinung nach sollte die Ausübung der Kontrolle über die Leitung der Gruppen selbst als wichtigste Aufgabe der Organisation betrachtet werden. Die Bildung eines zentralen Bureaus würde die Beziehungen zwischen der jüdischen Organisation und den Gruppen menschlich verschärfen. Es wäre für die Organisation nicht wünschenswert, die Verantwortlichkeit direkter Verantwortung der Verwaltung des Bureaus für öffentliche Arbeiten zu übernehmen. Die Interessen der Organisation sind durch ihre Kontrolle über die von den Gruppen gewährten Kredite genügend geschützt. Bisher aber hat die Organisation diese Aufsicht über die Aktionen der Gruppen nicht ausgeübt, die sie sich selbst mit Rücksicht auf unsere gemeinsamen Interessen hätte ausüben müssen. Es wurde ferner nicht darauf geachtet, daß in allen Fällen förmliche Verpflegung eingehalten wird.

Bisher hat sich die jüdische Organisation zu wenig um den Charakter der Beziehungen zu den Gruppen gekümmert und es wurde viel zu wenig Ansehen und Spende für diese Unterschiede gemacht. Im Zukunft ist es notwendig, daß alle von der Organisation geleistete Hilfe auf dem Konto eines von drei Fonds befristet werden soll, je nach dem Charakter der Ausgaben.

I. Einwanderungs- und Arbeitsbudget.

Von diesem Budget sollen alle nicht rückzahlbaren Ausgaben geleistet werden. Die Ausgaben sollen in zwei Klassen geteilt werden.

a) Einwanderungsbudget.

Unter diesem Titel fallen alle Ausgaben für die Einwanderung von ihrer Ankunft bis zu dem Augenblick, wo sie Beschäftigung finden. Da die meisten Einwanderer keine eigenen Mittel besitzen, muß die Organisation alle mit ihrer Ausrichtung verbundenen Kosten tragen. Die Einwanderungskosten betragen 20 Pfund pro Kopf und die jährlichen Ausgaben für die Ausrichtung der Einwanderer und den Transport ihres Gepäcks belaufen sich auf etwa 15 oder 16 Pfund pro Person. Die Kosten der Unterbringung und Verpflegung der Aufnahmefähigen im Anfangsstadium, bis sie Beschäftigung finden, schwanken von 18 bis 24 Pfund pro Tag und Person. Die Kosten des Transportes der Arbeiter an den Arbeitsort betragen je nach der Entfernung 100 bis 120 Pfund. Die Spinnkosten für einen Arbeiter betragen 20 bis 30 Pfund pro Tag und Arbeiter aus und auch die höhere Pflanzung häufig nicht.

b) Arbeitsbudget.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß die Verwendung jüdischer Arbeiter so weit und so bald als möglich auf eine solche Basis gestellt wird, daß die Arbeiter sich selbst erhalten. Die Arbeiter sollen lernen, finanzielle Hilfe nur auf dem Wege von Anleihen zu suchen, die aus ihren eigenen Mitteln bestritten werden können. Doch können man den Arbeitern für eine gewisse Zeit noch eine begrenzte Hilfe für ärztliche Hilfe, Hygiene und befristeten Unterricht geben.

Die Einwanderungs- und Arbeitsfonds sollten unter der Aufsicht von einem zentralen Komitee für Einwanderung und Arbeit verwaltet werden. Ein tüchtiger und energischer Leiter muß für das Bureau gefunden werden, der das Personal und die Führung aller Arbeiter beanspruchen kann.

II. Die Arbeiterbank.

Das Kapital dieser zu schaffenden Einrichtung wird sehr klein sein, aber der jüdische Colonial Trust wird für einen Darlehensfonds von 50.000 Pfund zur Verfügung stellen. Die Interessen der jüdischen Organisation und des jüdischen Colonial Trust werden durch Vertretung im Direktorium und durch die Ernennung eines Gouverneurs durch die jüdische Exekutive mit dem Vertrauen gegen Vorschläge aus dem Darlehensfonds entsprechend geschützt sein. Der Darlehensfonds wird in Vorzugsaktien konvertiert werden, sobald die Arbeiter gleiche Beiträge an gewöhnlichen Aktien leisten. Die Vorzugsaktien und die gewöhnlichen Aktien werden im wesentlichen im Direktorium gleich vertreten sein, um aber die Interessen der arbeitenden Gemeinschaft als solcher zu schützen, wird die Hälfte der Stimmen der gewöhnlichen Aktien an Gruppenterminierte geschlüsselt werden, die im Besitz repräsentativer palästinensischer Arbeiterorganisationen sein werden.

Der Bank wird hauptsächlich nicht von auswärts gefährt werden müssen, sondern von den Arbeitern selbst auf Grund von Kooperation und gegenseitiger Verantwortlichkeit, wobei die Gewinn der organisierten Arbeiter palästinensischen Interessen dienen wird. Vorschläge sollen nur gegeben werden, wo die Sicherheit von Kapital und Interessen anderweitig geschützt ist. Es wird beabsichtigt, Vorschläge gegen Verpfändung von Regierungsschuldscheinen zu geben. Die meisten Darlehen werden kurzfristig sein und dem Zweck dienen, die Arbeiter mit Unionskapital für Verkäufe und Anschaffungen zu versehen.

Wir halten es für eine Arbeiterbank als solche als eine ausschließliche Arbeiterinstitution gesehen und bloß den Darlehensfonds für ihren Gebrauch beigestellt. Aber mit Rücksicht auf die bereits von der Exekutive den Arbeitern gegebenen Beiträge können wir nicht nicht gegen die Substitution

von Vorzugsaktien durch den jüdischen Colonial Trust haben, wenn die Arbeiter darauf bestanden.

III. Der Arbeiterausbildungsfonds.

Die Arbeiterbank wird nicht den Arbeitern alle Gelder liefern können, die sie für Kleidung und Ausrüstung brauchen, und ihre Arbeit muß durch einen Arbeiterausbildungsfonds ergänzt werden. Der Unterschied zwischen beiden kann nicht scharf gezogen werden. Beide sollen als Darlehen verwaltet werden, aber im Falle der Arbeiterbank werden die Beiträge in der Regel für einen vergleichsweise kurzen Zeitraum und durch Kontante gesichert sein, während im Falle des Arbeiterausbildungsfonds der Zeitraum länger und die Sicherheiten hauptsächlich aus persönlichen sein wird, außer insofern die Anteile durch die gegenseitige Verantwortlichkeit der organisierten Gruppen garantiert sind. Die Arbeiter werden auch aufgefordert werden, an der Verwaltung des Arbeiterausbildungsfonds teilzunehmen, der unter der Leitung eines von der jüdischen Exekutive ernannten Gouverneurs stehen wird.

Wenn diese Fonds richtig verwaltet werden, wird es für die Arbeiter möglich sein, sich bei öffentlichen Arbeiten auf eine Basis zu erhalten, die vollständig der Selbstständigkeit entspricht. Die Kosten der laufenden Bedürfnisse sollten durch die Schaffung einer öffentlichen Großverkaufsgesellschaft in Ergänzung der Arbeit des „Jahrbuch“ reduziert werden. Man muß alles tun, um den bewundernswürdigen Geist der Unabhängigkeit und des Selbstvertrauens zu erhalten und zu pflegen, den die Arbeiter nach Palästina mitgebracht haben.

Wir wollen auch daran denken, daß die Gruppen nicht unbegrenzt die Arbeit, die sie jetzt leisten, fortsetzen können. Sie müssen auf dauernde Grundlagen gestellt werden. Sie müssen in die Lage gesetzt werden, einen besseren Unterhalt durch die Anwendung entsprechender Werkzeuge und moderner Maschinen zu erwerben. Sie müssen besser unterrichtet und verbessert werden. Die Schwächeren und Älteren ihrer eigenen Güter muß hergestellt und ihre Lebenshaltung erhöht werden. Bei all ihrer Arbeit und Hingebung haben jetzt die Gruppen keine Möglichkeit normaler sozialer Entwicklung. Ehe und Familienleben sind ausgeschlossen. Obwohl diejenigen, die bei öffentlichen Arbeiten bleiben, wohl niemals ein leichtes Leben haben werden, muß man ihnen doch die Möglichkeit auf erträgliche und stabile soziale Bedingungen schaffen.

Man darf aber nicht übersehen, daß öffentliche Arbeiten selbst unter den bestmöglichen Bedingungen nur in geringem Maße zur Schaffung einer dauernden Unterhaltung beitragen können. Die wirkliche Unterbringung einer großen Zahl von Einwanderern beim Zerstören kann die Zeit nur hinauschieben und verschobener, man muß gleichzeitig mit der Durchführung öffentlicher Arbeiten Vorbereitungen für den schrittweisen Übergang der Arbeiter von den Straßen zur Landwirtschaft und Industrie getroffen werden. Beschäftigung bei öffentlichen Arbeiten kann für den Augenblick das Einwanderungsproblem mildern, sie löst es aber nicht. Es ist klar, daß nur ein Teil der Arbeiter dauernd bei den Straßen bleiben kann. Die Lebensweise und die sozialen Anforderungen sind viel zu hoch, um es ihnen auszuhalten, wenn nicht wenigstens die Aussicht auf eine Aenderung besteht. Die meisten Arbeiter sind nicht ins Land gekommen, um an Straßen zu arbeiten, und werden dabei keine dauernde Befriedigung finden. Viele haben einen starken Wunsch nach landwirtschaftlicher Beschäftigung, der nicht übersehen werden darf. Wenn wir nur einen Teil von ihnen in die Landwirtschaft zu bringen vermögen, so wird die Widerstandskraft der Zurückbleibenden außerordentlich erhöht werden. Es ist unsere klare Pflicht, jetzt landwirtschaftliche Ansiedlung und dauernde produktive Unternehmungen voranzutreiben.

Kapitel 4

Handel und Industrie.

Ein mannigfaltiges und reichhaltiges Handels- und Industrieleben in Palästina kann nicht in der jüdischen Organisation konzentriert sein. Die lebendigen wirtschaftlichen Kräfte des jüdischen Volkes können nicht durch ein, wenn auch wohlwollendes bürokratisches System in einer Schablone gepreßt werden. Die Menschen so gut wie die Armeen müssen sich selbst aufbauen, um sich in jeder Hinsicht anzupassen und jeder Einzelne von ihnen muß alle seine Kräfte sowohl an Fähigkeit und Energie als auch an Kapital einbringen. Sie alle müssen mit ihrem Vermögen kommen und dort ihre Kräfte üben, wie sie es in anderen Ländern tun, um Vermögen und wirtschaftliche Wohlfahrt für das Gemeinwohl zu schaffen. Individueller und gemeinschaftlicher Bestreben muß der freieste Spielraum gegeben werden.

Obgleich die Entwicklung des industriellen und kommerziellen Lebens in Palästina von diesen Bedingungen abhängen muß, so folgt daraus noch nicht, daß die jüdische Organisation in dieser Entwicklung keine Rolle zu spielen hat. Es ist die Aufgabe der Organisation, günstige wirtschaftliche Bedingungen und Möglichkeiten zu schaffen oder bei ihrer Schaffung zu helfen, welche durch individuelle und gemeinschaftliche Unternehmungen ausgenutzt werden können. Dies wird umso notwendiger sein, als das Fehlen von Eisen, Kohle und anderen Rohstoffen die Schaffung großzügiger Industrie in Palästina verzögert.

Eine Kohle oder Kraft ist keine industrielle Entwicklung in Palästina möglich. Und heute fehlt beides in Palästina. Es ist anstrengend die Aufgabe der jüdischen Organisation in Zusammenarbeit mit der Regierung, wie wir bereits erklärt haben, Schritte zu unternehmen, die zu einer raschen Entwicklung der Wasserkraft führen. Die ungelöste Aufgabe der Wasserkraft macht dieses Problem noch schwieriger als es sein soll, aber wir müssen uns desto mehr darauf geben.

Kreditmöglichkeiten sind unentbehrlich für den Erfolg von Handel und Industrie. Ohne Kredit wäre der kommerzielle und industrielle Aufbau des nationalen Lebens unmöglich. In der Anglo Palestine Company haben wir einen Anfang gemacht. Mit der neuen Erhöhung ihres eingezahlten Kapitals von Pfund 100.000 und Pfund 200.000 sollte die Bank fertig sein, den Anforderungen nach gewöhnlichen kurzfristigen Handelskrediten zu genügen, wenn die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, um ihre langfristigen festgestellten Darlehen auf eine Hypothekbank zu übertragen. Die Frage weiterer Erweiterung der Anglo Palestine Company wird nicht behandelt.

Eine Hypothekbank sollte errichtet werden, um langfristige jüdische Kredite auf Grund entsprechender Sicherheit zu ermöglichen. Eine solche Institution würde bei richtiger Führung einen ziemlich sicheren Ertrag bringen. Eine Hypothekbank ist so innig mit der jüdischen Kolonisation in Palästina verknüpft, daß sie einer gewissen Kontrolle unterworfen sein sollte, entweder durch einen von der Exekutive ernannten Gouverneur oder durch den jüdischen Colonial Trust, falls ihr Status und die Zusammensetzung ihres Direktoriums mit den Vorschlägen des Finanzkomitees übereinstimmt, das im Herbst 1919 unter dem Vorsteher von Sir (damals Mr.) Herbert Samuel lag. Die Frage, ob eine solche jüdische Kreditanstalt mit einer landwirtschaftlichen Landbank verbunden werden kann, erfordert ebenfalls gründliche Erwägung wie viele andere mit der Aufgabe von Aktien und Schuldverschreibungen verbundene Fragen. Es sollte ferner ein kleiner Darlehensfonds geschaffen werden, um die Gründung einer Genossenschaftsbank oder von Banken für Handwerker und Kleinindustrielle zu fördern, deren Bedürfnisse durch die Anglo Palestine Company nicht entsprechend befriedigt werden.

Die Errichtung einer genossenschaftlichen Großverkaufsgesellschaft würde die Kosten der Rohmaterialien reduzieren und so die Industrie fördern.

Die zentrale Landesverbandsstelle sollte versuchen, passende Grundstücke zu mäßigen Preisen zu erwerben.

Dann kommt die wichtige Frage der Versorgung unserer Leute mit entsprechenden Informationen über die Hilfsquellen des Landes und die Möglichkeiten von Handel und Industrie. Dies ist in hohem Maße die Aufgabe der palästinensischen Regierung, mit welcher die jüdische Organisation in engem Kontakt stehen muß.

Eine weitere Aufgabe ist die wissenschaftliche Erforschung und technische Erprobung der natürlichen Hilfsquellen und Bedingungen des Landes im Hinblick auf die Ausarbeitung von Projekten von wirtschaftlichem Wert und besonderer Wichtigkeit für die Entwicklung eines jüdischen Palästina. Diese Arbeit sollte von einer Studienkommission unternommen werden, in deren Leitung es wünschenswert wäre, einen von der jüdischen Exekutive ernannten Gouverneur zu haben. Eine solche Kommission würde sich auf Untersuchungen und Forschungen beschränken und nicht selbst handeln, die wirkliche Ausführung der von ihr ausgearbeiteten Projekte zu organisieren.

Es ist wichtig, daß die jüdische Organisation selbst nicht direkt an Unternehmungen beteiligt ist, die nicht von öffentlichem Charakter sind. Es ist ferner wichtig, daß ihre Beamten nicht als Direktoren oder sonstwie an der Leitung privater Unternehmungen in Palästina beteiligt sind.

Wir dürfen nicht das sehr wichtige Problem der jüdischen Arbeit in Verbindung mit Handel und Industrie vergessen. Es ist wünschenswert, daß sowohl als möglich Verträge mit Arbeitergruppen abgeschlossen werden, ebenso wie die Vergütung für die Arbeit an den öffentlichen Straßen beschäftigten Gruppen absteht. Verschiedenen in Verbindung mit der Arbeit öffentlichen Unternehmungen dazugelegter Arbeitsfonds sollten auch für Arbeiter in anderen Industrien verfügbar sein.

Unter diesen Umständen dürfte eine Entwicklung von Handel und Industrie eine der ersten Bedingungen für eine breite jüdische Migration darstellen. Öffentliche Arbeiten werden nur zum Teil Arbeit auf dauernder Grundlage liefern. Die landwirtschaftliche Siedlung, die wir jetzt behandeln werden, wird bis zu einem gewissen Grade ein langsamer und kontinuierlicher Prozeß sein.

Kapitel 5

Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft ist der Kernpunkt unseres Problems. Es ist wahrscheinlich, daß die Mehrheit der nach Palästina rückkehrenden Juden keine dauernde Ansiedlungsmöglichkeit auf dem Lande finden und in andere Gebiete der wirtschaftlichen Lebens übergehen wird. Es ist es nicht ungewöhnliches, in vielen Agrarländern nicht mehr als ein Drittel der Bevölkerung auf dem Lande zu finden. Aber so lange nicht eine ganz bedeutende Zahl unserer Leute auf dem Lande angesiedelt ist und ihre Wurzeln tief in das Boden fest, wird Palästina nicht jüdisch und ein lebenskräftiges nationales Heim wird nicht geschaffen sein.

Betrachten wir zunächst, inwiefern die landwirtschaftliche Arbeit dazu beiträgt hat, den sich selbst erhaltenden Charakter zu fördern. Es ist nicht leicht, das Problem in Palästina von tiefer Seite aus anzugehen. Die jüdische Kommission war der Meinung, daß alle Arbeit eine nationale Aktivität sei. Kein Feld, das ein jüdischer Arbeiter beackert hatte, dürfte aufgegeben werden. Die Frage, ob die Arbeit die Möglichkeit unabhängiger Lebensführung für die Siedler biete, war nach ihrer Meinung unerheblich.

Da die Siedlungen des jüdischen Nationalfonds den wichtigsten Teil der von der jüdischen Organisation geleisteten landwirtschaftlichen Arbeit bilden, wenden wir diesen besondere Aufmerksamkeit zu.

Die Farmen des jüdischen Nationalfonds sind die sogenannten strategischen Punkte unserer kolonialistischen Vorkriegsarbeit. Es könnte fruchtbar nachträglich in Frage gezogen werden, ob die Zerstreuung unserer Siedlungen einen realen strategischen Wert besaß und ob nicht ein System geschlossener und konzentrierter Siedlungen von größerem Werte gewesen wäre.

Unsere Untersuchungen über die derzeitige Tätigkeit dieser Kolonien stießen auf Schwierigkeiten, weil die Rechnungsführung mangelhaft ist. Doch kann die in der folgenden Tabelle nach den uns von der jüdischen Kommission gegebenen Zahlen aufgestellte Statistik eine Vorstellung von den Kosten der Ansiedlung in den wichtigsten Farmen des jüdischen Nationalfonds geben.

Name	Gründungs-jahr	Umfang in Dunam	Summe derzeitiger Investitionen	Von 1920 bis 1924 weitere erforderliche Kapital nach Schätzung der Zion. Kommission.	Von der Zionist. Kommission vorgeschlagene Gesamtinvestition	Neuinvestition in Prozenten der Gesamtinvestition	Schätzungsweise Ansiedlungskosten pro Familie Ende 1924
Ben Schemen	1907-9	2194	40000	22000	62000	35%	2100
Huldah	1908	1973	30000	24000	54000	44%	216
Merchaviah	1910	3524	40000	44250	84250	52%	1700
Gan Schemuel	1909	235	10000	14500	24500	58%	1633
Daganah	1905	3100	20000	100000	120000	83%	833

Der Unterschied in den Kosten pro Familie kann verschiedene Bedingungen zugeschrieben werden: Differenzen im Landwert zur Zeit des Erwerbes, Bodenqualität, Wasser, Sanierungen, Versuche usw. Wir glauben, daß die Biffern für Daganah herabgesetzt werden müssen, weil das als erforderlich geschätzte neue Kapital nicht im Verhältnis zu dem für die anderen Farmen erforderlichen steht.

Man hat uns, daß die jüdische Kommission damit rechnet, daß auf das den Kolonien gebundene Arbeitskapital während der ersten fünf Jahre ihres Bestandes ein Defizit von etwa zwanzig Prozent entsteht. Nach den ersten fünf Jahren sollen die Kolonien zwanzig Prozent

Bacht für den Boden und sechs Prozent Zinsen für das investierte Kapital zahlen. Das Defizit während der ersten fünf Jahre ist aber tatsächlich höher als zwanzig Prozent. Es ist unmöglich hier genau anzugeben, wie groß das Defizit bei der jährlichen Ertragsentnahme nicht sein kann, wenn die Farmen gesteckt sind, das am Jahresende in Bargeld oder in Ware (Anschaffung) vorhanden ist, nicht ins Defizit gerechnet werden soll, da die Tatsache nicht in Rechnung genommen wird, daß das Geld von Jahr zu Jahr neu investiert werden muß, und niemals wirklich zurückgezogen wird. Nur die Tilgung der Schuld von Jahr zu Jahr kann als Gewinn betrachtet werden.

rechnen werden, nicht aber die gesamte Ernte, die dies Jahr üblich ist.

Mit Rücksicht auf die verschiedenen entgegenstehenden Erklärungen über die Zukunft der Farmen des Jüdischen Nationalfonds nahmen wir alle Ziffern mit einer gewissen Reserve auf und unsere Prüfung überzeugte uns nicht, daß die vorliegenden Pläne auf einer sorgfältig ausgearbeiteten Basis dauern. Wir glauben nicht, daß diese Pläne vom Jüdischen Nationalfonds ausgeführt werden sollten, der nach unserem Urteil keine Mittel für die Erwerbung von Land und die Vorbereitung des Bodens im Einklang mit der von der Konferenz im vergangenen Sommer beschlossenen Politik vorhalten muß. Wir waren nicht überzeugt, daß durch die vorgeschlagenen Pläne dauernde Siedlung gefördert werden würde, daß die jüdische Emigration zugehen könnte, daß die arabischen vom Vermögen des Jüdischen Nationalfonds geforderten Summen ausgegeben werden.

Unsere Untersuchungen über die Arbeitsweise der Farmen des Jüdischen Nationalfonds waren besonders lehrreich von einem negativen Standpunkt. Wir konnten zur Überzeugung kommen, daß das derzeitige Kolonisationsystem, dessen Beispiel wir in den Farmen des Jüdischen Nationalfonds haben, selbst bei und nicht die Basis unserer künftigen Arbeit bilden könne. Die Möglichkeit, für die Siedler die volle Ausstattung zu leisten und den Charakter der Siedlung vorzunehmen, die in der Vergangenheit durch den Jüdischen Nationalfonds angewendet wurde, ist nach unserem Urteil für ein gesundes Kolonisationsprogramm verurteilt.

Es ist vielleicht richtig, mit hohen Kosten ein paar zerstreute Ansiedlungen in Palästina auf der Basis des „full equipment“ (volle Ausstattung) zu versuchen und zu erhalten. Es ist aber durchaus klar, daß auf dieser Grundlage eine ausgebreitete Kolonisation nicht entwickelt werden kann. Dagegen wie nicht erörtern, daß landwirtschaftliche Ansiedlung von Anfang an einen Ertrag bringen wird, so muß sie doch nicht sofort wirtschaftlich produktiv werden. Eine wenig ausgestattete Farm für eine einzelne Familie bezuziehen würde auf Grund der jetzigen Schätzungen mindestens 2000 Pfund kosten. Wenn man in Betracht zieht, daß die meisten Siedler heute nach Palästina kommen, ohne irgendwelche eigenen Mittel zu besitzen, ist es klar, daß selbst bei weitestgehender Freigabe von festen unversessenen Böden nicht die nötigen Beträge aufzubringen sein werden, um ausgedehnte Ansiedlungen dieses Charakters zu finanzieren. Alle unsere Berechnungen waren bisher auf die Annahme basierend, daß die Siedler irgendwelche eigenen Mittel haben würden und mit ihrem Kapital ebenbürtig mit ihrer Arbeit Sicherheit für einen gleichmäßig ansehnlichen Kredit geben könnten. Der Krieg hat nicht nur unsere früheren Berechnungen überholt, sondern auch die Basis zerstört, auf der sie aufgestellt worden waren. Die jüdische Kommission hat es aber nicht verstanden, ihre Pläne den neuen Bedingungen anzupassen. Während man vor dem Kriege die Anschaffungskosten für eine Familie auf rund 2000 Pfund schätzte, nimmt die Kommission jetzt einen Betrag von zweitausend Pfund an und während vor dem Kriege damit gerechnet wurde, daß die Siedler mit eigenem Kapital kommen würden, ersetzt die Kommission jetzt dieses Kapital einfach aus nationalen Fonds, ohne zu begreifen, daß sie dadurch die ganze Kreditbasis der jüdischen Kolonisationspläne zerstört und für unsere nationalen Fonds Lasten übernimmt, als ob diese unerschöpflich wären.

Es ist daher, daß nach dem Kriege großzügige Kolonisation auf der Basis der jetzigen Berechnungen nicht durchgeführt werden kann. Doch ist es klar, daß wir einen starken jüdischen Bauernstand in dem Lande aufbauen müssen. Andere Kolonisationsgesellschaften müssen sich mit der Ansiedlung wehrlicher Familien begnügen und müssen sich auf die Ansiedlung von zehn Familien pro Jahr mit denselben Kosten beschränken, mit denen sie vor dem Kriege zwanzig oder dreißig Familien angestellt hatten, als die Preise nur halb so hoch waren wie heute und die Siedler etwa ein Drittel der erforderlichen Kapitalien selbst beizubringen pflegten, oder wir können dies nicht. Es ist doch eine Tatsache, daß andere Kolonisationsgesellschaften auch verstehen, daß die Kosten landwirtschaftlicher Ansiedlung auf Grundlage des „full equipment“ heute unerschwinglich sind. Und es ist höchste Zeit, daß wir die nationalen Konzeptionen des Systems, das wir verfolgt haben, erwägen. Die Mängel des Systems des „full equipment“ unter den heutigen Bedingungen würden nur durch jene Leute verschärft werden, die uns in Palästina erzählen, der Fehler liegt nicht am System als solchen, sondern darin, daß das „full equipment“ erst im Laufe einiger Jahre und nicht von Anfang an beigestellt wird.

Das System der „full equipment“ ist nicht nur schlecht, weil es Summen erfordert, die weit über unsere Mittel hinausgehen. Es ist nicht nur schlecht, weil es nur für wenige und nicht für die vielen Ansiedlungsmöglichkeiten schafft, sondern es ist verwerflich, weil es nicht darauf hinzielt, daß die Ansiedler ihre Anwesen für sich selbst und unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit entwickeln. Das System untergräbt ihren Unabhängigkeitssinn und schwächt ihr Selbstvertrauen. Es bietet keine Möglichkeit für eine wirtschaftliche Entwicklung, weder der Einzelnen noch der Gruppenverantwortlichkeit. Es liefert keine Möglichkeit, die wirtschaftliche Stimmung der Ansiedler, ihre Anwesen zu leiten, zu erproben. Es zielt sogar darauf ab, die Selbstachtung zu untergraben.

Die schlechte wirtschaftliche Richtung des Systems kann in vielen Fällen beobachtet werden. Die Ansiedler lernen von der jüdischen Organisation alles erwarten, nicht nur notwendige Dinge und die Mittel sich selbst zu helfen, sondern ebenso auch Bequemlichkeiten und Luxus. In Nachschub Schicksal zum Beispiel verlangten die Kolonisten gleichzeitig mit den Bedingungen, die ihnen eine ständige Existenz möglich machen sollten, auch ein eigenes Schulhaus, ebe gleich Mischon in zwanzig Minuten zu Fuß zu erreichen ist und einen Veranlagungsplan für ihre 15 Familien, was es ihnen nicht paßt, in ihren Privatwohnungen zusammenzufassen. Zu Dageblich A, das vielleicht unser erfolgreichster Versuch war, die Anwesen aus eigener Initiative in Verhandlungen mit dem Jüdischen Nationalfonds einzuführen, um einen Teil des Bodens und der Gebäude für dauernde Ansiedlung zu übernehmen, als wir sie aber besuchten, werten sie sich, die Farm zu übernehmen, wenn sie nicht gemäß den Plänen des landwirtschaftlichen Departements der jüdischen Kommission voll ausgestattet wäre.

Dem System des „full equipment“ ist es fern nicht gelungen, eine Basis für landwirtschaftliche Arbeit zu entwickeln, ohne welche eine dauernde sich selbst erhaltende Kolonisation unmöglich ist. Arbeit können nur gegeben werden, wenn Menschen ihren Wert und ihre Verantwortlichkeit erweisen können. Das System des „full equipment“ gibt den Ansiedlern nicht die Möglichkeit, ihre Haushaltsansätze zu zeigen, die der wahre Beweis der Arbeitsfähigkeit ist. Die Sicherheit von Anleihen kann nicht nach dem Wert des Besitzes allein beurteilt werden. Die Verantwortungswürdigkeit des Schuldners und seine Fähigkeit, mit seinen Mitteln hauszuhalten, sind von gleicher, wenn nicht von größerer Bedeutung. Mit dauernder Ansiedlung kann man nur für jene rechnen, die ihre Fähigkeit und ihre Verantwortungsgewissen beweisen, ihren festen Willen zu einem Minimum an nationalen Mitteln zu begrenzen und sich mit einem Maximum an Schwierigkeiten abzufinden. Ein System muß entwickelt werden, das qualifizierte Ansiedler befähigen soll, bei der Arbeit zu beginnen und durch ihre Sparsamkeit und Tüchtigkeit sich das Vertrauen zu erwerben, daß sie auch mit fremden Geldern umgehen können. Das jetzige System des „full equipment“ hat keine wirtschaftliche, genossenschaftliche Unternehmung hervorgerufen. Es ist kein Versuch gemacht worden, den Gruppen Betriebskapital auf Kreditbasis zu geben, wie dies bei den öffentlichen Arbeiten geschieht. Die Gruppen arbeiten für einen Lohn, der ursprünglich vier ägyptische Pfund pro Monat betrug, dann aber auf sieben einhalb und acht ägyptische Pfund erhöht wurde. Die Arbeiter können die Produkte der Farmen für ihren eigenen Gebrauch kaufen, deren Preis wurde aber nicht im Verhältnis zu dieser Lohn-erhöhung gesteigert. Das System ist in Wirklichkeit nicht die Kooperation von Produzenten, sondern ein verfestetes Lohnsystem, und betrachtet man letzten Endes am schärfsten gerade die Ansiedler, denen wir helfen wollen.

Die von uns so schädlich gefundene Methode, den Charakter der Ansiedlung vorwegzunehmen und den Ansiedlern ihren Entwicklungsmodus vorzuschreiben, ist bis zu einem gewissen Grade nur das Gegenstück zu dem System des „full equipment“. Der Charakter fast aller Farmen des Jüdischen Nationalfonds wurde zu früh fixiert. Von allem Anfang wurden die Arbeiter mit dauernden Gebäuden und anderen höchst kostspieligen Dingen beschenkt.

Den Ansiedlern wurde wenig Spielraum für die Entwicklung des künftigen Charakters ihrer Arbeit gelassen. Sie wurden im Gegenteil verleitet zu erwarten, daß auf die schweren Anfangsinvestitionen ausgiebige Verbesserungen und die volle Arbeitsausstattung folgen würden. Es war natürlich, daß die Arbeiter das von uns ohne Beratung mit ihnen investierte Kapital nicht als Vorhilfe ansehen konnten, die mit der Zeit aus ihren Gewinnen und Ersparnissen zurückgezahlt werden sollten. Das System veranlagte sie zu wechselnden Gruppen von Lohnarbeitern und durchkreuzte ihre Entwicklung zu auf sich selbst vertrauenden und sich selbst erhaltenden Ansiedlern.

Merchaviah ist ein Beispiel des Systems, den Charakter der künftigen Ansiedlung vorwegzunehmen und die Ansiedler jeder wirtschaftlichen Wahlfreiheit zu berauben. Es wurden schwere Zinskauten in einem Recht errichtet, so daß sie vernünftigerweise nur von einer genossenschaftlich arbeitenden Gruppe benutzt werden konnten. Wenn die Mitglieder der ursprünglichen Gruppe nachträglich gewünscht hätten, ihre Anwesen zu teilen und auf Einzelstellen zu arbeiten und zu leben, wäre ein sehr großer Teil der ursprünglichen Investition nutzlos geworden. Merchaviah wurde, das muß gesagt werden, erklärt gemacht als ein genossenschaftliches Experiment, allerdings und sollte vielleicht aus diesem Grunde nicht kritisiert werden. Aber es scheint klar, daß in Zukunft Experimente, die den Charakter der Ansiedlung vorweg bestimmen, einzelnen Plantagenverläufen überlassen werden müssen und nicht zur Grundlage unserer nationalen Kolonisation gemacht werden dürfen.

Auch der Charakter von Einzel- oder Genossenschaftsbesitzungen kann nicht mit Sicherheit von Anfang an festgelegt werden. Die Vorbereitung des Bodens durch die Arbeiter beansprucht einige Jahre und diese Arbeit hat wenig oder nichts mit dem Charakter der endgültigen Ansiedlung, die aus ihr erwächst, zu tun. Während der Vorbereitungszeit sollte unter den Arbeitern ein schritt-

weiser Prozeß stattfinden, der nur die für die landwirtschaftliche Kolonisation am besten geeigneten für dauernde Ansiedlung bestimmt. Der Charakter der endgültigen Siedlung sollte in weiterer Folge den durch diesen Ausleseprozeß Gemachten überlassen bleiben.

In der Praxis aber wurde der Siedlungscharakter auf den Farmen des Jüdischen Nationalfonds bestimmt, bevor die Periode der Bodenbereinigung beendet und bevor die Gruppe, der die wirtschaftliche Arbeit der dauernden Ansiedlung übertragen werden sollte, gegründet war. Natürlich erwartete man, daß die ursprüngliche Gruppe bleiben sollte. Aber in Wirklichkeit waren diese Gruppen nicht konstant, sondern fluktuierend und wechselten beträchtlich. Während des letzten Jahres jüdischer jüdischer Arbeit in Palästina wurde nur bei einer einzigen der ursprünglichen Gruppen die Identität gewahrt.

Die neuen Gruppen waren bereit, die Farmen zu günstigen Bedingungen zu übernehmen, aber die Arbeiter sind, wenn auch ohne Schuld, nicht in der Lage, irgendwelche Garantie für ihr Verbleiben auf der Farm oder für ihre Eigentümlichkeit für die Verwaltung des wertvollen Besitzes, den man ihnen anvertraut, zu bieten. Die neuen Gruppen, die alles vorbereitet finden, können schwerlich denselben Eifer und Ehrgeiz entwickeln, wie die ursprünglichen Gruppen, für welche die wirtschaftlichen Gebäude von genossenschaftlichem Charakter errichtet wurden.

Kommt dann die Zeit für endgültige Ansiedlung, dann sind die neuen Gruppen unfähig, die Farmen als etwas durch ihre eigene Arbeit geschaffenes anzusehen, von dem sie sich nicht trennen können. Sie sind geneigt, um die Bedingungen, unter denen sie sich ansiedeln wollen oder nicht ansiedeln wollen, zu wechseln. Selbst in Dageblich, wo die Identität der ursprünglichen Gruppe fast aufrechterhalten wurde, bestand bei den Arbeitern eine Tendenz, auf der Durchführung des Systems des „full equipment“ zu bestehen, und sie lehnte ab, von ihr selbst gepflanzte Bäume zu übernehmen, weil die Plantagen nichts tragen würden. Sie sahen offensichtlich die Farmen als Ganzes nicht als ihre genossenschaftliche Unternehmung an.

Das System des „full equipment“ und die Methode, den Charakter der endgültigen Siedlung vorzeitig zu bestimmen, sollte annehmen lassen, daß ein höheres Maß administrativer Kontrolle nötig ist als bei einem System, das auf der erprobten Fähigkeit und dem Verantwortungsgewissen der Gruppen beruht. Wir fanden jedoch die administrative Kontrolle und Benennung der Farmen sehr schlecht und ungenügend. Das Verwaltungssystem im allgemeinen zeigte viele Mängel. Wir waren erstaunt über die Tatsache, daß die Jemalen, die man angelernt hatte, bei der Errichtung neuer Gebäude für die Ansiedlung in Nachschub Schicksal zum Preise von je 350 Pfund zu leisten, zur gleichen Zeit selbst in Hütten elendster Art bei Mischon untergebracht waren. Und dies ließ man weiter zu, während gleichzeitig unsere gesamten jährlichen Ausgaben mehr als 300.000 Pfund betrugen. Es gab dort keine Wasserleitung, obwohl es sicher ist, daß der Jüdische Nationalfonds eine eingerichtet hätte, wenn man die Dinge seinem Hauptbureau mitteilt hätte. In Dageblich verwarf eine Ernte im Werte von 600 Pfund infolge Mangels an Räumlichkeiten für die Unterbringung. Die Farmen wurden vom landwirtschaftlichen Departement der Kommission aus nur preis- bis dreimal im Jahre besucht. Mangels einer richtigen Aufsicht entwickelten die Farmen ihre eigene bürokratische Verwaltung. Ihre Büder entwickelten lange Listen von Mächtigern, denen unter einer verantwortlichen Leitung oder bei richtiger administrativer Aufsicht niemals Dazwischen kommen würden. Die Gruppen machten auch Schulden beim „Hanselmann“ und anderen Privatpersonen, die, wenn überhaupt, nur mit den größten Schwierigkeiten zurückgezahlt werden konnten. Um die zeitweise Verwendung arabischer Arbeiter zu vermeiden, waren die Gruppen erpödet als normal nötig und dadurch wurde für sie jede Möglichkeit, auf eigenen Füßen zu stehen, ausgeschlossen. Doch als wir den Schemen besuchten, fanden wir ein paar arabische Frauen bei einer Arbeit, die man für ungeeignet für Juden erklärte, obwohl es schien, daß man den Kindern mit Leichtigkeit hätte beibringen können, diese Arbeit zu leisten. Von Seiten der Gruppen beobachteten wir die allgemeine Tendenz, Freiheit von administrativer Kontrolle zu verlangen, noch bevor sie Beweise für ihre Fähigkeit gegeben hatten, das ihnen anvertraute Eigentum zu verwalten. In Merchaviah zum Beispiel, wo der Zeitpunkt der endgültigen Ansiedlung noch nicht erreicht war, arbeitete die neue Gruppe oder, richtiger gesagt, die Dageblicher, denn nur einer von der Gruppe war länger als ein paar Wochen dort, ohne Aufsicht und ohne verantwortliche eigene Organisation auf einem Besitz, in dem annähernd 40.000 Pfund investiert sind. Dieses System ist unserer Meinung nach nur dem Namen nach produktiv-genossenschaftlich. Es führte dazu, daß die Arbeiter gewisse Privilegien beanspruchten, die einem System genossenschaftlicher Produktion eigen sind, bevor sie noch die Verantwortungen übernommen haben, die jedem wirklich genossenschaftlichen Plane zu Grunde liegen. Im Hinblick müssen die Arbeiter entweder durch Verwaltung von außen her annehmen oder durch ihre Arbeitervorgänger ausreichende Gewinne für die richtige Verwaltung des nationalen Eigentums geben. Die Fehler der Vergangenheit lagen architektonisch in dem System, das durch zu frühe Festlegung des Siedlungscharakters und zu vollständiger Ausstattung der Farmen die Arbeiter ihrer

Unabhängigkeit und ihrer Initiative beraubte und sie zu Taten, den reduzierte. Das heißt nicht, daß die Gruppen nicht in den ersten Stadien ausgezeichnete Dienste geleistet haben. Viele haben der Arbeit ihre Gesundheit und ihr Leben geopfert. Das tragische ist, daß jene, die gelobt haben, nicht immer eintreten.

Ebenso wie die administrativen war auch die technische Seite der Nationalfondsfarmen mangelhaft organisiert. Die Gruppen besaßen nicht die nötige Kenntnis der palästinensischen Landwirtschaft. Noch sachverständiger Meinung verstand man nichts vom Fruchtwechsel und wußte ein kostspieliges und unwirtschaftliches System dieser Pflanzung an, bevor man auch nur einen Versuch machte, seinen Wert festzustellen. Trotz der hohen Investitionen und der Anwesenheit von vereinfachten modernen Methoden hob sich das Niveau der Produktivität sehr langsam und erst im Laufe der Jahre erreichte es überhöht es das arabische Niveau. Wir begannen mit der Investition von Geld statt mit der Investition von Arbeit.

Nur mit tiefem Bedauern sehen wir uns verpflichtet, den Schluß zu ziehen, daß die Farmen des Jüdischen Nationalfonds, von denen man alle Zionisten geleitet hatte mit Stolz zu sprechen, vom Standpunkt der künftigen nationalen Kolonisation nur geringen Wert haben. Als erste Experimente in Palästina, wo jüdische Arbeiter unterrichtet wurden, den Boden mit eigenen Händen zu bearbeiten, steht ihre historische Bedeutung fest. Aber als Grundlage unseres künftigen Programms für dauernde und großzügige Kolonisation können sie nicht dienen. Von diesem Standpunkt sind sie hauptsächlich von Wert wegen des Lichtes, das sie auf die Irrtümer werfen, die in Zukunft vermieden werden müssen.

Wir kommen jetzt zu der Kolonisation der landwirtschaftlichen Arbeit der jüdischen Kommission, die durch ihr landwirtschaftliches Departement mit Unterstützung ihres technischen Departements einseitig wurde. Die Kommission scheint keine genaue Prüfung der Arbeitsweise der Nationalfondsfarmen angestellt zu haben. Sie nahm als erwiesen an, daß alle bisherigen Methoden gut seien und erweitert werden sollten.

Während des Krieges und später wurden verschiedene Anwohner geschaffen. Alle Arbeiter der jüdischen Kommission war auch diese Arbeit improvisiert und trug einen Notcharakter. Sie erfolgte zum Teil auf Boden der jüdischen, zum Teil auf Boden privater jüdischer Besitz, zum Teil auf Boden von Juden und zu einem geringen Teil auch auf Boden des Jüdischen Nationalfonds. Die Gruppen arbeiten auf kleinen und weichen verstreuten Bodenstücken. Ihre Arbeit hat, soweit wir dies feststellen konnten, geringen wirtschaftlichen Wert. Die Gruppen können dem selbständigen Charakter nicht einmal nahe. Sie scheinen vom Gesichtspunkt dauernder Ansiedlung aus keine Zukunft zu haben.

Die jüdische Kommission hatte bereits beabsichtigt, die Gemüsebau-Gruppen aufzugeben, weil ihre Produkte keinen Markt fanden. Die Produktion sollte, so sagte man, nicht dazu exponiert werden, mehr Gemüse zu essen, aber es ist sehr zweifelhaft, ob die Mitglieder der Gruppe mit diesem Beispiel vorangehen. Wenn die Gemüsebau-Gruppen näher an den Städten konzentriert gewesen wären, würde man wahrscheinlich eine bessere Ergebnisse erzielt haben. In jedem Fall glauben wir, daß der Gemüsebau in Palästina eine Zukunft hat.

Wir fanden, daß die jüdische Kommission beträchtliche landwirtschaftliche Arbeit auf Boden des Jüdischen Nationalfonds, der Palästina Development Company und von Privatpersonen geleistet hatte, ohne im voraus Vereinbarungen über eine Vergütung für ihre bedeutenden Ausgaben zu treffen. Wir versuchten, einige dieser Ausgaben ersetzt zu erhalten. Dem Jüdischen Nationalfonds haben wir vorgeschlagen, die auf diesem Boden erworbenen Kosten, die wirklich als für die Verbesserung des Bodens gemacht ausgegeben sind, zu übernehmen, während die jüdische Kommission für die anderen Ausgaben verantwortlich sein soll. Der Nationalfonds verantwortlich sein soll, daß der Jüdische Nationalfonds sich auf den Erwerb von Boden und seine erste Vorbereitung für Ansiedlung beschränken wird, halten wir für nicht berechtigt, weiter zu gehen. Aber die im Beispiel in Dageblich A und B gezeigte Arbeit hat den Charakter von ersten Verbesserungen, so schlugen wir vor, daß sie dem Jüdischen Nationalfonds übernommen werden sollte.

Eine Arbeit von großer Ausdehnung wurde in Dageblich begründet. Diese Arbeit, die im Jahre 1922 begann, stellte bereits eine Investition von 200 Pfund dar, wovon ein Drittel für die Erwerbung des Landes geübt hatte. Aber die endgültige Investition von 50 Familien würde nach dem Plan der jüdischen Kommission mindestens weitere 700 Pfund kosten. Wir beschloßen eine genaue Prüfung des Unternehmens. Wir konnten den Wert einer Versuchung mit dem Anbau gezeigten Bodens in der Nähe einer Stadt (Jerusalem) nicht trennen. Doch hätten wir den Versuch lieber auf unschuldiger und weniger kostspieliger Grundlage angestellt und nicht nach dem bloßen Namen „full equipment“. Wir beschloßen daher, die Unternehmung in Dageblich zu bezugieren. Wir erklärten und bereit, die Unternehmung nur bis zu dem nötigen Umfang zu finanzieren, um 20 Familien die Möglichkeit der Ansiedlung zu geben. Wir versprachen, die jüdische Emigration nicht zur Beibehaltung eines kolonialistischen Systems. Diese muß durch die Arbeitskraft und Sparsamkeit der jüdischen Bevölkerung und auf einer produktiven Grundlage

Kapitel 5.

Landwirtschaft.

Landwirtschaft ist der Kernpunkt des jüdischen Lebens. Es ist wahrhaftig, daß der nach Palästina rückkehrende jüdische Arbeiter die landwirtschaftliche Arbeit finden und in andere Gebiete des jüdischen Lebens übergehen wird. Es ist ungenügend, in vielen Jahren mehr als ein Drittel der Bevölkerung zu beschäftigen. Es ist wahrhaftig, daß der nach Palästina rückkehrende jüdische Arbeiter die landwirtschaftliche Arbeit finden und in andere Gebiete des jüdischen Lebens übergehen wird. Es ist ungenügend, in vielen Jahren mehr als ein Drittel der Bevölkerung zu beschäftigen.

Wir müssen zunächst, um unsere kolonialisierende Arbeit zu beginnen, die selbst erhaltende Siedlung zu fördern. Es ist nicht leicht, das Problem in Palästina zu lösen. Die jüdische Kommission hat es aber nicht verstanden, ihre Pläne den neuen Bedingungen anzupassen. Während man vor dem Kriege die Anschaffungskosten für eine Familie auf rund 2000 Pfund schätzte, nimmt die Kommission jetzt einen Betrag von zweitausend Pfund an und während vor dem Kriege damit gerechnet wurde, daß die Siedler mit eigenem Kapital kommen würden, ersetzt die Kommission jetzt dieses Kapital einfach aus nationalen Fonds, ohne zu begreifen, daß sie dadurch die ganze Kreditbasis der jüdischen Kolonisationspläne zerstört und für unsere nationalen Fonds Lasten übernimmt, als ob diese unerschöpflich wären.

Die Siedlungen des Jüdischen Nationalfonds im jüdischen Teil der von der jüdischen Kommission geleiteten landwirtschaftlichen Farmen, wählten wir diesen besonderen Namen zu.

Farmen des Jüdischen Nationalfonds (jüdische Kolonien) sind strategische Punkte in der jüdischen Vortragsarbeit. Es können leicht in Frage gezogen werden, ob unsere Siedlungen einen Wert haben und ob nicht ein anderer und konzentrierter Siedlungen in Werte gewesen wäre.

Unsere Untersuchungen über die Lage dieser Kolonien stießen auf Schwierigkeiten. Die Rechnungsführung mangelte uns in der folgenden Tabelle nach der jüdischen Kommission gegebenen statistischen Darstellung eine Vorstellung von der Ansiedlung in den jüdischen Nationalfondsfarmen.

Von der jüdischen Kommission vor- geschene Gesamt- investition	Neuinvestition in Prozent der Ge- samtinvestition	Schätzungen über die Anzahl der Familien, die mit der Investition verbunden sind
Pfund	%	Pf
62000	35%	000
54000	44%	000
84250	52%	250
24500	58%	500
120000	83%	000

für den Boden und den jüdischen Nationalfonds Kapital zahlen. Die jüdische Kommission hat es aber nicht verstanden, ihre Pläne den neuen Bedingungen anzupassen. Während man vor dem Kriege die Anschaffungskosten für eine Familie auf rund 2000 Pfund schätzte, nimmt die Kommission jetzt einen Betrag von zweitausend Pfund an und während vor dem Kriege damit gerechnet wurde, daß die Siedler mit eigenem Kapital kommen würden, ersetzt die Kommission jetzt dieses Kapital einfach aus nationalen Fonds, ohne zu begreifen, daß sie dadurch die ganze Kreditbasis der jüdischen Kolonisationspläne zerstört und für unsere nationalen Fonds Lasten übernimmt, als ob diese unerschöpflich wären.

Die all zu den Grundrissen übersehen wir niemals den gewaltigen nationalen Wert, den unsere Schulen bei der Bewahrung des Erbes Israels haben. Sie stellen nämlich die Rolle im Lande, die ein halbes Jahrhundert lang in Palästina für die hebräische Renaissance wirkten. Aber nichtschonender ist es, wie uns nicht zu wissen, ob unsere Schulen auf gesunde und gesunder Grundlage stehen oder ob sie bei ihrer derzeitigen Veranlassung eine künftige Lust für die jüdische Organisation bedeuten.

Wir müssen jedoch, daß wir das Schulwesen nicht als seinen Teil für isoliert ansehen und daß wir es auch nicht für unecht stellen zu können, ob nicht in wohlverstandenen Grenzen unserer Ziele Einsparnisse und selbst Ausbesserungen durchzuführen werden können. Wenn wir diese, (sagt) die Mitglieder: — Männer und Frauen — sehen, die aus weiter Ferne gekommen sind, bei Tage mit großem Eifer und Begierde an den Tischen arbeiten und nachts unter Zelten auf bloßer Erde schlafen, und wenn wir begreifen, daß wir nicht genügend Mittel haben, um sie auch nur mit den primitivsten Bedürfnissen zu versorgen, obwohl die meisten Jüdischen nahe, können wir nicht glauben, daß die Erhaltung von drei Mittelschulen und anderen Zweigen des Schulwesens mehr im nationalen Interesse sei als die Sicherung der Gesundheit und des Wohlbefindens dieser jungen Männer und Frauen.

Wir überzeugen uns ferner, daß Verbesserungen in der Verwaltung eingeführt werden können, die nicht nur beträchtliche Einsparnisse bedeuten, sondern ebenso den Charakter der Arbeit verbessern würden. Die Schulen sind selbst in den Städten klein und dennoch gibt es ungenutzte Parallelklassen. Die oberen Klassen in Jerusalem und anderen Städten haben in manchen Fällen nur zehn Schüler und können leicht und mit Vorteil verkleinert werden. Die jüdischen Beobachter sind einig darin, daß die Gründung zentraler Schulen in den wichtigsten Städten bedeutende Einsparnisse mit sich bringen würden. Auch die höheren Schulen könnten vereinfacht werden. Jetzt besteht ein Gymnasium in Jaffa, eines in Jerusalem und eine Hochschule in Haifa. In Jerusalem gibt es zwei Lehrerseminare, ein allgemeines und eines des Meeres, und ein Lehrerseminar in Jaffa.

Bei einem Budget von Hund 125.000 wurden eigentlich keine Bibliotheken geschaffen. Abgesehen von einem Mathematik-Lehrbuch und einem hebräischen Elementarbuch wurden keinerlei Schulbücher geschaffen, obwohl sie die Aufgabe sowohl der Lehrer als auch der Schüler sehr vereinfacht und erleichtert hätten. Die Lehrer sind gewöhnlich, ihre Vorlesung auf europäische Schulbücher zu gründen, mit denen sie vertraut sind. So lernt man aus Büchern, ohne sie zu haben. Die Vorbereitung der Unterrichtsstunden ist wegen des Mangels an Büchern unendlich mühsam. In der Klasse müssen sich die Lehrer eng an ihre Notizen halten, da sie fürchten, die Kinder könnten in ihren Heften nicht alles wesentliche festhalten. Dadurch werden die Vorträge gezwungen und langweilig, der Schicht wird für Lehrer und Schüler gleich schwierig und die Individualität beider wird zerstört. Die Entwicklung von Bibliotheken und Schulbüchern wäre nicht nur eine finanzielle Ersparnis, sondern auch von ausgesprochenem pädagogischen Gesichtspunkt ein bedeutender Fortschritt.

Es ist sehr zu bedauern, daß während der letzten Jahre, obwohl die jüdische Organisation einen so unermesslich großen Teil ihrer Mittel Erziehungsarbeiten widmen konnte, das Schulsystem nicht auf dauernde und wirtschaftliche Basis gestellt wurde. Aber selbst wenn die vorgelegten Verbesserungen und Einsparnisse durchgegeführt würden, könnte die Organisation unserer Meinung nach mit Mühe auf die gebotene Förderung nach wachsender Einwanderung und kontinuierlicher Steigerung der Größe der finanziellen Kosten unserer Erziehungsarbeiten nicht dauernd tragen. Das wird offenbar wenn man beachtet, daß wenn die Einwanderung steigt, das für Erziehungsarbeiten erforderliche Budget unermesslich wachsen gleichfalls steigen wird. Wenn die Organisation weiterhin der Erziehung denselben Anteil an ihrem Budget einräumen soll wie bisher, so müssen für andere als für Schulwesen seine Gelder verfügbar und die Möglichkeit technischer Fortbildung und Universitätsbildung wäre gänzlich ausgeschlossen.

Ebenso scheint es uns sehr bedauerlich, daß während der Zeit, in der die Organisation tatsächlich das ganze Erziehungsbudget trug, so wenig getan wurde, um die Schulen den praktischen Bedürfnissen des palästinensischen Lebens anzupassen. Unser Mangel und Spärlichkeit für Mädchen und es kaum treibenden Unterricht praktischer Natur, der die Kinder an den Boden festhält und sie in ihnen setzen konnte, ihren Unterricht im Lande zu erwerben. Die Kinder wurden ausschließlich geistigen Interessen zugewendet, die mit den wirtschaftlichen Erfordernissen des palästinensischen Lebens nicht zu tun haben. Es gab keine praktische Erziehung, keinen Handwerksunterricht und eigentlich auch keinen Unterricht für die Arbeiten in den Dörfern. Das ganze Erziehungsprogramm scheint überflüssig nach europäischen Maßstäben gemacht zu sein und die besten Schüler werden, lieber eine Universitätsausbildung im Ausland zu suchen als einen nützlichen Anteil am Aufbau des jüdischen nationalen Heimes zu erlernen. Es ist ferner ein Schicksal, bei dem die

palästinensischen Eltern fühlen, daß ihnen jeder Einfluß auf das Leben ihrer Kinder genommen wird und von dem sie höchst unbefriedigt sind.

Vielleicht ist es dieser Empfindung zuzuschreiben, daß es in einem gewissen Maße gelungen ist, den Jischuw zu reichlicheren Leistungen für die Schulen zu veranlassen. Jedenfalls ist eine schmelzende Tatsache bei dem bestehenden Schulwesen der geringe Beitrag, den der Jischuw für die Erhaltung seiner eigenen Schulen leistet. Kein wohlinformierter Zionist erwartet, daß die hebräischen Schulen im Handumdrehen von auswärtiger Unterstützung unabhängig gemacht werden können, und seiner würde auch die Gewährung eines begrenzten Maßes von Hilfeleistung für eine gewisse Zeit hinaus abgelehnt. Aber jeder wird zugestehen, daß der Jischuw, soweit es in Rahmen seiner nationalen Mittel möglich ist, weitestgehende Verantwortung für die Erhaltung seiner Schulen übernehmen soll.

Der heutige Jischuw kann eine viel größere finanzielle Verantwortung für das Schulwesen übernehmen als es der Fall ist. Nehmen wir zum Beispiel den Fall von Petach Tikwa. Petach Tikwa wurde 1878 gegründet und ist heute die größte jüdische Kolonie in Palästina. Ihre Bevölkerung beträgt jetzt fast 3000. Sie hat 15.000 Dunam Land an Organisations- und Trockenpflanzungen unter Anbau. Ihr Schulbudget für 1919/20 betrug Hund 5000. Dazu fielen die Aufwände von Petach Tikwa nur Hund 134 außer dem freien Gebrauch ihres Schulhauses bei. Ähnlich ist der Fall von Nachodah, 1890 gegründet, hat diese Kolonie eine Bevölkerung von 1000 Seelen und eine Anbaufläche von Trockenpflanzungen und Organisations- von 1100 Dunam. Ihr Schulbudget für 1919/20 war Hund 1644, wozu die Gemeinde Nachodah nur Hund 300 beitrug. Ebenso betragen in Mischna le Zion, der ältesten 1882 gegründeten jüdischen Kolonie, die heute eine Bevölkerung von 1500 Seelen und eine angebaut Fläche von 19.000 Dunam hat und die größten Einkommensquellen in der Welt besitzt, die Kosten der Schulen 1919/20 2711 Hund, wozu die Kolonisten 150 Hund beitrugen.

Daß die palästinensische Bevölkerung eine so unerschöpfliche kleine Last trägt, kann verschiedene Ursachen zugeführt werden. Zum Teil ist es der Schwäche der Schulverwaltung bei der Einreibung von Schulgebern und Gemeindeführern zu verdanken, zum Teil der Tatsache, daß die wohlhabenden Kolonisten nicht einen angemessenen Teil der Erziehungskosten tragen, weil die lokalen Schuleinkünfte aus Schulgebern stammen, nicht aber aus Beiträgen der Mitglieder der jüdischen Gemeinde im Verhältnis zu ihrem Besitz. Zum Teil kann man es auch einem Mangel an Verantwortungsgefühl zuschreiben, das durch das Gefühl erzeugt wird, daß das reiche Ausland die Rechnung bezahlt und daß die Schulen außerhalb des Einflusses der palästinensischen Eltern und ihnen gleichgültig sind.

Nach sorgfältiger Untersuchung kamen wir zu der Ansicht, daß die jüdische Organisation dem Jischuw einen schlechten Dienst erweisen würde, wenn sie die patriarchalische Rolle, die sie bisher mit Bezug auf die Erziehung in Palästina spielte, auch weiter behalten würde. Es ist für die Organisation notwendig, sich auf ihre Aufgabe der Kolonisation und Anführung zu konzentrieren. Die Juden Palästinas sollen angeleitet werden, nicht nur einen größeren Anteil an der finanziellen Last, sondern an der wirklichen Verwaltung der Schulen zu übernehmen als bisher. So verdrängen wir den Weg zu finden, um das Erziehungssystem zu stärken und zu konsolidieren und es den Bedürfnissen des Landes anzupassen, gleichzeitig aber den Einfluss und die Verantwortung der Bevölkerung deutlicher zu machen.

Eine Kombination verschiedener Umstände und Erwägungen führte uns zu dem Vorschlag, daß die Schulen, dem Waad haleumi, dem künftigen Organ der jüdischen Autonomie (der gewählten jüdischen Versammlung) anvertraut werden sollen. Dies würde unserer Meinung nach die beste Garantie für die Erhaltung des nationalen Charakters unserer hebräischen Schulen bedeuten. Unsere Meinung, daß der Waad haleumi die richtige Körperschaft sei, die Verantwortung für die Erziehungsarbeiten zu übernehmen, wurde durch die erste Ansprache, die wir mit seiner Exekutive hatten, bestätigt.

Wir waren gefaßt darauf, Widerstände gegen die Reorganisations-Kommission in Palästina zu finden. Das Land war gegen die Exekutive der jüdischen Organisation aufgereizt worden. Diese Stimmung war durch die einseitigen Berichte über die Jahreskonferenz in London noch verschärft worden. Man sagte, die Reorganisations-Kommission würde nicht aus eigenem Handeln, sondern im voraus durch Instruktionen aus Amerika abhingen; die Kommission komme nur um zu zerstreuen und mit den nationalen Erminungen aufzuräumen. Gerüchte gingen um, es würden Beamte entlassen, Kronpost aufgelöst, die Einwanderung gänzlich eingestellt und finanzielle Kontrolle eingeführt werden.

Wir müssen aber gestehen, daß die Gegenkraft, gegen die Reorganisations-Kommission, die sich bei unserer ersten Zusammenkunft mit der Exekutive des Waad haleumi zeigte, alle unsere Erwartungen übertraf. Man teilte uns mit, daß die Exekutive, sobald man nur konnte, man schien zu glauben, daß die jüdische Organisation nicht ohne die Zustimmung des Waad haleumi tun könne. Trotz unserer Bemühungen, die Diskussion wieder auf die Frage zu bringen, mit der wir uns ausschließlich zu befassen hatten — die Maßnah-

men in der augenblicklichen Finanzkrise — gelang es uns nur von allen Seiten die empfindliche Erklärung zu erlangen, daß die palästinensischen Juden die Sammlung der nötigen Fonds besser durchgeführt haben würden.

Unsere Zusammenkunft mit der Exekutive des Waad haleumi überzeugte uns, daß es höchst falsch sei, daß eine Körperschaft wie der Waad haleumi, die mit so großer Hefigkeit darüber sprach, was nicht geschehen solle, keinen wichtigen Anteil an unserer Arbeit und überhaupt keine finanzielle Verantwortlichkeit hat. Der Waad haleumi muß eine Aufgabe zu lösen und eine Verantwortung zu tragen haben und wir sehen keine größere und angemessene Aufgabe und Verantwortlichkeit für ihn, als die Leitung der hebräischen Schulen.

Wir formulierten unsere Vorschläge wie folgt:

1. Der Waad haleumi in Zusammenarbeit mit dem Waad hachinuch und lokalen Einkommensstellen soll das Schulsystem übernehmen.

2. Mit Billigung der jüdischen Exekutive soll ein hebräischer Schulverein in Palästina durch den Waad haleumi gegründet werden. Dieser Verein soll seine Mittel hauptsächlich durch feste jährliche Mitgliedsbeiträge in der ganzen Welt aufbringen. Die Methode der Organisation und Propaganda für diesen Fonds soll mit der jüdischen Organisation derart vereinbart werden, daß Störungen der Arbeit des Keren Hayesod vermieden werden. Komitees, Logen und andere jüdische Institutionen, die an der Wiederbelebung der hebräischen Sprache interessiert sind, sollen angegangen werden. Beträchtliche Summen können auf diesem Wege aufgebracht werden, ohne daß durch die Ausbringung der Arbeiten der jüdischen Organisation gestört oder geschädigt werden.

Dieser Verein würde ein starkes Band zwischen dem Jischuw und den Juden und jüdischen Gemeinden in der ganzen Welt bilden. Sein Auf soll auch dorthin dringen, wohin die jüdische Organisation nicht reicht. Es soll wachsende Geisterung für die Wiederbelebung des Hebräischen erwecken.

Durch die festen Mitgliedsbeiträge dieses Vereines wäre es möglich, für die Schulen stabile jährliche Einkünfte zu sichern, die jedenfalls schwindenden Einnahmen aus Spenden oder unregelmäßigen Subventionen der jüdischen Organisation vorzuziehen wären. Denn nur durch feste Jahresbeiträge kann eine finanzielle Basis geschaffen werden, die es möglich machen würde, Fonds für die Errichtung von Schulgebäuden zu sammeln, die als Ersatz für die gesundheitsschädlichen Gebäude, die heute zu sehr hohen Preisen gemietet sind, so dringend nötig sind. Die Errichtung dieser neuen Gebäude würde die Verformung einer Anzahl der kleineren Schulen zulassen und eine beträchtliche Ermäßigung der administrativen Kosten möglich machen.

3. Im Zusammenhang mit der Vereinbarung würde die jüdische Organisation für das laufende Jahr eine monatliche Subvention für Erziehungsarbeiten in der Höhe von 7941 Hund gewähren; abgesehen von ihrer Verpflichtung in der Höhe von 8431 £ für Gehaltssteigerungen pro Oktober, November und Dezember 1920. Diese Subvention würde durch eine Erhöhung der Schuleinkünfte nicht beeinflusst. Im September 1921 soll die Subvention um mindestens 50 Prozent herabgesetzt und in den folgenden Jahren sollen weitere Herabsetzungen durchgeführt werden. Die Organisation soll das Recht behalten, an ihre Subventionsbedingungen zu knüpfen, die die Bedürfnisse technischer und handwerklicher Erziehung betreffen. Die Höhe der Subvention für die nächsten folgenden Jahre soll vor dem April 1921 bestimmt werden.

Wir erklären dem Waad haleumi, daß die jüdische Organisation keine Verpflichtung und Verantwortlichkeit über diese zukünftigen Subventionen hinaus übernehmen könne. Wir betonen besonders, daß wir den Lehrern gegenüber nach Ablauf ihrer Verträge frei von Verpflichtungen sein wollen und daß unter Erziehungsdeportament mit dem 30. September 1921 aufhören würde zu bestehen, gleichgültig ob der von uns vorgeschlagene hebräische Schulverein in Palästina gegründet wäre oder nicht.

Diese Vorschläge wurden der Exekutive des Waad haleumi vorgelegt, der zu keiner Entscheidung kommen konnte, ohne die Frage einer Benachrichtigung des Waad haleumi vorzulegen. Schließlich schied die Exekutive des Waad haleumi ihre Haltung zu ändern; die Schwäche des Waad haleumi und sein unbestimmter Charakter wurden als Gründe gegen unsere Vorschläge ins Treffen geführt. Man war besorgt, die Entscheidung hinauszuschieben. Demnach hatten wir zu erklären, daß die Vorschläge das Maximum an Subventionen darstellen, die gewährt werden würden.

Wir sind fest überzeugt, daß unsere Arbeit nur dadurch auf eine gesunde und sichere Basis gestellt werden kann, daß die Schulen dem Jischuw anvertraut und ein besonderer hebräischer Schulverein in Palästina gegründet wird. Wenn dieser Verein nicht eingeschlagen wird, so wird ein immer wachsender Teil jüdischer Gelder verwendet werden müssen, um die Erziehungsbedürfnisse des bestehenden Jischuw zu befriedigen, und im gleichen Verhältnis wird Einwanderung und Ansiedlung verzögert werden.

Die Struktur der jüdischen Organisation und ihre Institutionen in Palästina.

Es ist jetzt vielleicht zweckmäßig, den Aufbau der Arbeit der jüdischen Organisation in Palästina einschließlich der von ihr geschaffenen Institutionen, die am Aufbau eines jüdischen Palästina mitarbeiten sollen, zusammenzufassen.

I. Aufstellung der jüdischen Kommission.

Die jüdische Kommission als solche hat sich nicht gebildet. Mit der Errichtung einer Zivilverwaltung, deren Aufgabe es ist, unter dem Mandat des Völkerbundes an der Errichtung der jüdischen Heimstätte mitzuwirken, war ihre Arbeit beendet. Für die neuen konstruktiven Aufgaben hat sich die Kommission als unfähig und ungeeignet gezeigt.

Bis zu einem sehr hohen Grade muß die Arbeit der Kommission gänzlich liquidiert werden. Trotz der auf Drängen der Londoner Exekutive im vergangenen Herbst durchgeführten Herabsetzung des Beamtensandes hat die Kommission noch viel zu viel Beamte. Die Vielseitigkeit der Departements und die Desorganisation ihrer inneren Leitung darf zweckmäßigerweise nicht in einen neuen Verwaltungsapparat übertragen werden. Der Mangel finanzieller Kontrolle und ihre Vernachlässigung budgetmäßiger Methoden würde jeder Organisation verhängnisvoll werden.

Die Arbeit der Kommission, soweit sie von der jüdischen Exekutive übernommen wird, muß vereinfacht und besser geregelt werden. Die administrative Selbständigkeit der verschiedenen Departements muß fallen und ein zentrales Verwaltungssystem muß eingeführt werden. Der Schatzmeister muß der Exekutive direkt verantwortlich dafür sein, daß alle Ausgaben innerhalb der Grenzen des Budgets und für die darin spezifizierten Zwecke gemacht werden. Das technische, finanzielle, juristische, allgemeine und das Landdepartement sowie das Bureau in Kairo sind sofort aufzulassen; das Erziehungsdepartement in September 1921.

Während die Kommission verzettelt zu viel Beamte mit zu geringen Gehältern hat, besteht Bedarf an Leuten von geistlicher Intelligenz mit technischer Geschicklichkeit.

II. Ein kleines Exekutivsekretariat.

Unserer Meinung nach muß die Arbeit der jüdischen Organisation in Palästina der jüdischen Exekutive direkt unterstehen, die an der Leitung und Regelung unserer palästinensischen Arbeit aktiv teilnehmen muß. Die Fortdauer einer getrennten Körperschaft gleich der Kommission in Form einer Kommission würde zu unermesslicher Verwirrung der Verantwortlichkeit führen. Der Schatzmeister in Palästina muß für alle Ausgaben der Exekutive und niemand sonst verantwortlich sein. Die Arbeit der Exekutive soll in einem kleinen Exekutivsekretariat konzentriert und von ihm geregelt werden. Diesem Sekretariat sollte so viel als möglich von der jetzt in London geleisteten Arbeit einschließlich der Arbeit der Presse, Propaganda und Organisation übertragen werden.

Die Arbeit des Exekutivsekretariats würde umfassen:

- a) Einwanderungs- und Arbeitsbureau,
- b) landwirtschaftliche Versuchstätigkeit einschließlich technischer Rates und Leitendes für Anbauer,
- c) Information und Presse,
- d) Organisation und Propaganda (b. i. inneren Beziehungen der jüdischen Exekutive zu den Landes- und Sonderverbänden).

III. Wirtschaftliche Institutionen.

Es ist unzulässig, produktive und unproduktive Ausgaben zu vermengen wie dies bisher üblich war. Die jüdische Organisation ist nicht in der Lage, sich direkt auf arbeitslose wirtschaftliche Tätigkeiten einzulassen; ihre Aufgabe ist die Leitung, Regelung und Kontrolle dieser Tätigkeiten. Institutionen in angemessener Form und unter geheimer Kontrolle müssen mit der wirklichen Durchführung unserer wirtschaftlichen Aufgaben betraut werden. Die Institutionen, die uns von höchster Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufbau zu sein scheinen, sind die folgenden:

- a) Allgemeine Kreditbank: Anglo-Palästina Company,
- b) Städtische Hypothekenbank,
- c) Ländliche Hypothekenbank,
- d) Landwirtschaftliche Genossenschaftsbanken,
- e) Landwirtschaftlicher Ausstattungs-fonds,
- f) Darlehensfonds für Handwerker und kleine Industrie,
- g) Arbeiterbank,
- h) Arbeiterausbildungsfonds,
- i) Großeinkaufsgenossenschaft,
- j) Zentrale Landwerkesstelle,
- k) Jüdischer Nationalfonds (das Hauptbüro soll vom Haug nach Palästina verlegt werden),
- l) Stadtengesellschaft.

Jede dieser Institutionen soll eine klare und gesonderte Einheit bilden. Es soll in jedem Falle angemessene jüdische Kontrolle des Geschäftsführers und jüdische Vertretung im Direktorium jeder Institution bestehen. Die Gouverneure sollen ausschließlich nach ihren Fähigkeiten für

besten
Gülle
beuten
und d
zweite
einzel
lephor
Zeler
event
Unter
enken
und u
ensma
aus. 2
Summe
auf ei
nicht i
macht
nicht
uns u
wege
Geist
waren
übern
beitun
bei i
letten
Werku
März
Die
Seute
ten,
Ich u
traue
— e
nun
jessid
seit d
bis 3
Mon
wollt
Mari
lage:
geben
suffi
Ein
groß
alle
jeder
davor
von
wege
wäre
gie
nicht
acht
und
850.
deutl
50.0
lich,
alle
zwei
Rei
Pre
ich
weil
die
aust
Ziti

für besondere Aufgaben gewählt werden. Die Organisation grundsätzlicher Richtlinien verbleibt der Exekutive und nicht den Gouverneuren. Demgemäß sollen politische Erwägungen die Ernennung der Gouverneure nicht beeinflussen dürfen.

Die von der jüdischen Exekutive für die verschiedenen Institutionen ernannten Gouverneure sollen eine beratende Körperschaft bilden. Die in Palästina wohnenden Mitglieder der jüdischen Exekutive sollen an deren Verhandlungen oder offiziell teilnehmen. Die Mitglieder der beratenden Körperschaft sollen einander über ihre gemeinsamen Fragen berieten und der Exekutive in wirtschaftlichen Fragen zur Seite stehen. Für die Leitung ihrer Ämter bleiben sie der Exekutive direkt verantwortlich.

Sein noch so geheimer Plan kann von selbst funktionieren. Es wird konstruktive Tätigkeit nötig sein, um unsere Vorschläge durchzuführen, und allgemeines Vertrauen, um sie zu beleben. Wir waren besorgt, die Probleme der jüdischen Organisation in Palästina und die Wege, auf denen ihre Lösung angedacht werden könnte, anzudeuten. Das hier dargelegte Programm soll nur dann befolgt werden, wenn jene, die es durchzuführen haben, ihm vertrauen und zu seiner Unterstützung die durchgebildete Intelligenz und den guten Willen mitbringen, die nötig sind, ihn Leben und Wert zu geben.

Beilage.

Budgetaufstellung für Palästina.

Bei ihrer Ankunft erhielt die Reorganisationskommission eine Aufstellung vorzulegen, die zeigte, daß während des Monats Oktober ein Defizit von £ ägypt. 9590.— über die Einnahmen und über die Verpflichtungen von London hinaus ausgegeben worden waren. Das Defizit war aus anderen Fonds gedeckt worden, insbesondere aus Nationalfondsgeldern.

Diese Defizite sollten von London übernommen werden, ebenso wie die früheren Defizite im Monat 1920 von London übernommen oder gedeckt worden waren. Dies sei notwendig, um eine mehr oder weniger klare Rechnungslage in Palästina herzustellen.

Für den Monat November legte uns die jüdische Kommission ein Budget von £ ägypt. 34.739.— zugewiesen £ ägypt. 5500.— als Teilzahlung für das Oktoberdefizit vor. Es kam jedoch bald zutage, daß der Geldbedarf tatsächlich höher war als der voranschlag. In der Ziffer von £ ägypt. 34.739.— befand sich ein Posten für Erziehung von £ ägypt. 9500.—. Aber das von dem Erziehungs-Departement vorgelegte Gesamtbudget für November belief sich auf £ ägypt. 11.079.—. Das für die Einwanderung vorgezeichnete Budget von £ ägypt. 3000.— war offensichtlich unter den Verhältnissen auf Grundlage der Annahmen der Kommission selbst. Es entfiel zum Beispiel kein Aufschlag für Proviant, die im Immigrationbudget vorgezeichnete Zahl der Einwanderer war niedriger als die der Immigranten, die bis heute unterwegs auf der See waren und die Zeit, für die veranschlagt war, daß sie erhalten werden müßten, war kürzer als die bisherige Erfahrung gelehrt hatte. Tatsächlich wurde der Betrag von £ ägypt. 3000.— dann im November weit überschritten.

Die Erörterung ergab bald die Tatsache, daß ein richtiges System für die Aufstellung des Budgets nicht üblich war. Die sogenannten Budgets bestanden bloß aus den für jeden Monat veranschlagten Vorauslagen. Es gab keine richtige Aufstellung für die Kapitalausgaben und Verbindlichkeiten wurden überhaupt nicht angeführt. Das Monatsbudget für Erziehung zum Beispiel wurde dem Betrage gleichgesetzt, der von Monat zu Monat für Gehälter und sonstige Ausgaben zu bezahlen war, man berücksichtigte aber keine Verzinsung des angelegten Kapitals, und auf Grund dieser Unterlassung wurde es unter anderen später berechnung, wie das Erziehungsdepartement annahm, daß die Exekutive in London ein viel größeres Budget bewilligt hätte als wirklich der Fall war. Ähnlich war die Lage im landwirtschaftlichen Departement, wie der Text unseres Berichtes zeigt. Die in London autorisierten Budgets für die verschiedenen Departements wurden in Jerusalem inbedacht gelassen. Als Illustration hierfür mag die Tatsache erwähnt werden, daß, obwohl seit einiger Zeit von London £ ägypt. 1000.— monatlich für Universitätszwecke überwiesen waren, dieser Betrag für andere Zwecke verwendet und gleichzeitig Ausgaben für die Universität der jüdischen Organisation in London zur Last geschrieben wurden, als ob für diesen Zweck nichts zugewiesen worden war.

Darüber wurden immer ohne Rücksicht auf das Budget gegeben. Dasselbe gilt für die Bezahlung von Schulden und es schien die Vorstellung zu herrschen, daß Verpflichtungen von Zeit zu Zeit eingezogen werden und, wenn der Zahlungstermin kam, als Schulden behandelt werden könnten, die außer dem genehmigten Budget zu bezahlen seien. Die Kommission kaufte Materialien, ohne sie zu budgetieren. So hatte man ohne Genehmigung von London zum Beispiel eine Anleihe bei der ägyptischen Föderation aufgenommen, um Röhren zu kaufen, die man nicht benötigte; für diese Röhren mußte man Spesen bezahlen und man erzählte der Reorganisationskommission, daß der Ankauf durchgeführt wurde, weil es eine besonders günstige Gelegenheit gewesen sei, die man nicht hätte vorübergehen lassen dürfen. Doch fand sich für die Röhren keine Verwendung und als

der Auftrag gegeben wurde, sie zu verkaufen, war kein Käufer zu finden und es war bisher nicht möglich, die Röhren zu verkaufen, obwohl die Anleihe inzwischen hätte zurückgezahlt werden sollen und das Geld für andere Zwecke sehr dringend benötigt wird.

Im November war die Reorganisationskommission nicht in der Lage mehr zu tun, als den Maximalbetrag des Budgets zu fixieren und kleinere Veränderungen in den Vorausschlägen der jüdischen Kommission vorzunehmen. Vom Dezember ab strebte sie aber, das Budget möglichst im Detail zu bestimmen. Sie hielt sich an die Hauptlinie, daß unproduktive Ausgaben so weit als möglich ausgeschaltet und Ausgaben für bestehende Unternehmungen auf das nötige Minimum reduziert werden sollten, um alle verfügbaren Mittel auf die konstruktive Arbeit dauernder Ansiedlung zu konzentrieren. Doch gab es in allen Fällen seine rechtliche Verpflichtungen und daher mußte die Reorganisationskommission höhere Ausgaben bewilligen als sie sonst getan hätte.

Das von der Reorganisationskommission festgesetzte Erziehungsbudget für bloß ein Kapitalbudget. Das heißt, es sieht bloß vor, daß ein Betrag von £ ägypt. 7941.— monatlich nach Palästina überwiesen werden soll. Diese Ziffer wurde festgelegt, indem zu dem früher von London bewilligten Betrag die Zuschläge kamen, die von der Exekutive unmittelbar nach der Jahreskonferenz bewilligt wurden; ein Teil der veranschlagten Steigerung der Schulgelder wurde bei der Festsetzung der Summe in Rechnung gezogen. Das Erziehungsdepartement hatte Verpflichtungen über diese Ziffer hinaus in der letzten Meinung eingezogen, daß von der Exekutive ein höherer Betrag bewilligt worden war. Daher wurde vereinbart, daß das Erziehungsdepartement, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, das Recht haben sollte, alle erhöhten Schulgelder und überhaupt gesammelte Gelder zu verwenden, es wurde aber angekündigt, daß die Beiträge aus Quellen der jüdischen Organisation auf die Gesamtsumme von £ ägypt. 7941.— monatlich begrenzt würden. Außer dem laufenden Budget bestand eine Schuld an die Lehrer von £ ägypt. 429.— auf Grund von Gehaltsrücklagen für einen Pensionfonds. Dieser Pensionfonds wurde ein Jahr vorher auf Grundlage von Gehaltsrücklagen errichtet. Die jüdische Kommission hatte versprochen, einen gleichen Betrag aus jüdischen Fonds beizusteuern. Die Abzüge von den Lehrergehältern wurden auch tatsächlich vorgenommen. Das so erhaltene Geld wurde aber nicht nach vereinbarungsgemäß zur Seite gelegt, sondern für andere Zwecke verwendet. Daher war es erforderlich, daß wir unser dem ordentlichen Schulbudget noch £ ägypt. 429.— vorstufen. Für die letzten drei Monate des Jahres vor jener der Lehrer von der Londoner Exekutive eine Gehaltsrücklage bestimmt worden sind, werden mit mir Rücksicht auf diese Zusage wurde vereinbart, diesen Betrag für die Lehrer in sechs Monatsraten ab April 1921 zugewiesen.

Für das mit dem 1. Zischri 5682 beginnende Jahr wurde der Höchstbeitrag aus unserem Budget mit £ ägypt. 4108 monatlich festgelegt wie im Text des Berichtes dargelegt. Wir erklärten, daß dieser Betrag an Verbindungen geknüpft sei, daß eine bessere Schulverwaltung sichergestellt und ein solches Mißverständnis zu vermeiden, sei wiederholt, daß der Betrag von £ ägypt. 4108.— monatlich nicht als die Gesamtsumme für Erziehungszwecke zu betrachten ist, sondern nur als unser Beitrag hierfür.

Das Landwirtschaftsbudget war eigentlich nicht im einzelnen ausgearbeitet, obwohl die der Jahreskonferenz vorgelegten Vorschläge, die eine Ausgabe von £ ägypt. 536.270 plus £ ägypt. 130.000 für je 1000 neue Einwanderer forsteten, als Vorausanschlag betrachtet wurden. Trotz wiederholter Aufforderungen von London, detaillierte Budgets innerhalb der Grenzen unserer Mittel auszustellen, sowohl für das Landwirtschaftsdepartement als auch für die andern, wurden der Exekutive keine Aufstellungen übermittelt. Doch informierte man die Reorganisationskommission, daß man infolge der durch die ständigen Zeitläufe verursachten Unsicherheit genötigt sein würde, von Monat zu Monat ein neues Budget auszuwerfen. Es ist klar, daß dieser Vorgang jede landwirtschaftliche Arbeit lähmen muß, aber die Schuld daran liegt nicht in London, sondern in Jerusalem, wo dauernd mehr ausgegeben als eingenommen wurde.

Das landwirtschaftliche Departement erklärte genau so wie jedes andere, daß das vorgelegte Budget das Minimum darstelle, das nicht mehr herabgesetzt werden könne. Die Reorganisationskommission nahm als Regel für ihr Vorgehen an, daß unsere landwirtschaftliche Siedlungsarbeit so weit als möglich auf Boden konzentriert werden sollte, die dem jüdischen Volk gehören. Daher hielt sie ohne wesentliche Veränderungen das für die sechs Nationalfondsförmen vorgezeichnete Budget aufrecht, obwohl es der Reorganisationskommission klar war, daß der ganze Plan und die Methoden, die sich in diesem Budgetverfechten, einen radikalen Wandel nach dem Bericht selbst dargelegten Richtlinien erforderten. Aber es war unmöglich, diese durchreisenden Veränderungen mit einem Male durchzuführen. Unter diesen Umständen wurde als Bedingung festgesetzt, daß der ganze Arbeitsplan für diese Farmen revidiert und für das nächste Jahr neue Vereinbarungen gemacht werden sollten. Alle rechtlichen Verpflichtungen wurden auch in diesem Falle voll berücksichtigt. Für das folgende wurden Diskussionen im wesentlichen noch folgenden Richtlinien durchgeführt:

a) Diese Gruppen arbeiteten auf privaten und in manchen Fällen auf nichtjüdischen Privatgütern. Es wurde in jedem Falle geprüft, ob für die Fortsetzung der Ausgaben heute Gründe bestanden und wo dies wünschenswert schien, wurden Ausgaben in beschränkter Maßgabe und für begrenzte Zeit unter bestimmten Bedingungen bewilligt.

Im Falle von En Ganim und Akko hatten die Gruppen eigenes Geld investiert und daher schien es richtig, auch weiter einen bestimmten Betrag in der erklärten Absicht zu leisten, daß durch diese Ausgabe die Gruppen nach dem Ende des Jahres selbstständig werden würden. Wir hielten es für möglich, die in Jaffa arbeitenden Gruppen durch einen beschränkten Beitrag und durch Vermehrung mit der Gruppe in En Ganim wirtschaftlich selbstständig zu machen. Aus diesen Gründen wurde eine weitere Ausgabe für diese Gruppen sanktioniert. Im Falle der drei Gruppen in Jeleth Hachdhar, Machanajim und Birjeh wurde gleichfalls eine weitere Ausgabe sanktioniert, um die Gruppen instand zu setzen, mit der Zeit zu einer Vereinbarung für die Zukunft zu kommen, der das Land gehört, auf dem sie arbeiten. In Jeleth Hachdhar wurde mit Ende des Jahres und daher wurde der Beitrag bis zum Ablauf der Pacht bewilligt. Im Falle von Kalam, die Eigentümer der Palästina Land Development Company, wo derzeit keine Möglichkeit für eine dauernde selbstständige Existenz für Ansiedler ist, weil das Land in viele kleine Parzellen zerfällt, sollte die Subventionen ab Ende Februar eingestellt werden.

b) In mehreren Fällen hielten wir es für möglich, Dritte zu finden, von denen man verlangen konnte, die bisher von der jüdischen Exekutive getragenen Ausgaben zu übernehmen. Dies ist für Daganah B und C, Nachlatz Kefurah und die Terrifizierung in Tiff. Diese Ausgaben wurden vorbehaltlich der Genehmigung des Direktoriums vom Jüdischen Nationalfonds übernommen. Am Falle von Tel Abas wurde der Beitrag der jüdischen Organisation in Form einer Anleihe an die Palästina Land Development Company fortgesetzt, zu deren Vorteil die Arbeit geleistet wurde. Die Ausgaben für die Aufforstung in En Gaj wurden fortgesetzt unter der Bedingung, daß sie von der rumänischen Khusch Tilmah Israel ersetzt würden.

c) In vielen Fällen, besonders bezüglich der Aufforstung, wurden Ausgaben begonnen, die zu Ende zu führen unmöglich oder nicht wünschenswert war und es wurde beschlossen, die Arbeit auf einmal einzustellen, bevor weitere Verluste eintreten.

Ans demselben wurden gewisse Arbeiten eingestellt, die unter Umständen wünschenswert wären, die von uns aber im Augenblick nicht geleistet werden können, wie die Terrifizierung und Nachschauen.

d) Dies war ein großartiges Experiment, bei dem der Grundsatz des „full equipment“ angewendet werden sollte. Die Reorganisationskommission reduzierte den Umfang des Experimentes und sprach sich gegen die Anwendung des Systems des „full equipment“ aus. Die bestehende Arbeit für die jüdische Gruppe wurde weiterzuführen beschlossen und ein Beitrag sanktioniert, der die Aufhebung der bestehenden Gruppe auf Grund von im voraus festgesetzten Kosten ermäßigen sollte. Auf Grund dieser Kosten sollten die Ziehler schmerzhaftes Land und eine beschränkte Ausstattung erhalten, nicht aber Häuser, Ställe und dergleichen bekommen.

Man sieht, daß das Landwirtschaftsbudget wesentlich reduziert wurde. Es soll aber betont werden, daß die im beigefügten Entwurf aufgestellten Zahlen von zwei Gesichtspunkten aus unvollständig sind. Zunächst muß eine einmalige Ausgabe von etwa £ ägypt. 2000.— hinzugefügt werden für die Heberführung einer Anzahl von Arbeiterimmigranten von der Aufforstungsarbeit hauptsächlich auf Privatgütern in Jaffa und andere Arbeiten. Zweitens werden die Ziffern mit Abzinsen zweifelslos in Zusammenhang mit der Vorbereitung von Arbeiten für das nächste Wirtschaftsjahr wesentlich wachsen, doch hängt dies von der Ausführung der im Bericht selbst angegebenen Pläne ab. Es wird vielleicht möglich sein, zum Teil gewisse Entwerfer gegen diese Ausgabenpost zu balancieren, aber zweifelslos werden doch weitere Ausgaben erforderlich sein. Bezüglich Tiff soll noch hinzugefügt werden, daß wir jetzt vom Landwirtschaftsdepartement informiert werden, daß sich gewisse Fehler eingeschlichen haben, obwohl wir alle Ziffern in Palästina mit diesem Departement berieten. Die Sache steht noch in Verhandlung.

Mit Rücksicht darauf, daß im Falle von dreizehn Gruppen endgültig bestimmt wurde, die Ausgaben mit Ende dieser Saison einzustellen, wird ersichtlich, daß die früher übernommenen Verpflichtungen liquidiert werden, mit den Beginn neuer Vereinbarungen auf landwirtschaftlichem Gebiet zu ermöglichen. Der Weg zu diesen neuen Vereinbarungen soll in hohem Maße durch die Arbeit der Reorganisationskommission gegeben werden, für die eine bedeutende Anwendung unter Auflage der Möglichkeit weiterer Erklärungen erfolgt, wenn im Laufe des Jahres die Arbeit im Süden begonnen werden kann.

Wir haben aber nicht die Absicht, unsere landwirtschaftlichen Bestrebungen auf den durch die Budgetziffern angegebenen Rahmen zu beschränken, die (mit den angegebenen Ausnahmen)

bloß als Liquidation der früheren Bestrebungen anzusehen sind. Das wirkliche Programm des Budgets für konstruktive Landwirtschaft und Reorganisationsarbeit soll nach den in unserem Bericht selbst angegebenen Richtlinien ausgearbeitet werden und insbesondere wird man sich um die Organisation des landwirtschaftlichen Arbeitsfonds bemühen müssen. Doch wird nicht beabsichtigt, bei nächstbesther Gelegenheit eine theoreti sche Aufzählung von Ziffern vorzulegen, die über die verfügbaren Mittel hinausgehen.

Das technische Departement sollte bis Ende Jänner finanziert werden, um bestimmte Arbeiten zu beenden und dann aufgelassen werden. Das Departement als solches wird mit Ende Jänner 1921 aufhören zu existieren. Dieser Beschluß wurde gefaßt, da es der Reorganisationskommission scheint, die Arbeit könne im wesentlichen zweckmäßiger durchgeführt werden, wenn für verschiedene vorgezeichnete Zwecke kleinere Institutionen geschaffen werden. Die besten der zur Verfügung stehenden Mittel werden auch der Faktor, der stark für diesen Beschluß sprach.

Alle Subventionen werden eingestellt. Es waren bereits auf Grund der Initiative der Londoner Exekutive stark reduziert worden. Bei der Monats Dezember und Jänner wurden Subventionen von £ ägypt. 200.— als letzte Beiträge für den Jeleth Hachdhar bewilligt.

Für die Universitätszwecke wird ein Betrag von £ ägypt. 125.— monatlich bewilligt.

Die Verwaltungsausgaben einschließlich der Gehälter (die bisher in einer Post vereinigt waren, obwohl einzelne eigentlich dazu gehören, wie in den Budgets der verschiedenen Departements angeführt waren, wodurch ein ungeheurer der Gesamtkosten unendlich wurde) werden in Zukunft unter folgende Rubriken aufgeteilt:

1. Erziehung, 2. Landwirtschaft, 3. Einwanderung, 4. Finanzen, 5. Polizei und nur der Teil der größten Ausgaben in Verbindung mit dem Erziehungsbudget (unabhängig) wird als 6. allgemeine Verwaltung bezeichnet. Der Gesamtbetrag von £ ägypt. 200.— in der Aufstellung für Dezember und Jänner (der weiter auf £ ägypt. 2000.— und dann noch weiter reduziert wird), sollte eigentlich auf diese sechs Rubriken verteilt werden, aber die Einzelheiten waren von der jüdischen Kommission noch nicht eingearbeitet worden.

Die Reorganisationskommission möchte die Gelegenheit benützen, um zu betonen, wie wichtig sie über die niedrigen Gehälter der Departementschefs mit vielleicht drei oder drei Ausnahmefällen war. Die Höhe der Gehälter, besonders der verantwortlichen Beamten ist sehr gering und dies spricht sehr für die persönliche Unterwürfigkeit des Beamtenstandes. Wenn die Verwaltungsausgaben nichtbesserenfalls viel zu hoch sind, liegt der Fehler nicht in den zu hohen Gehältern, sondern in der zu hohen Zahl der in einem kleinen organisierten Amt arbeitenden Beamten. Der überhandnehmende Mangel an Ordnung besteht in der Unklarheit der Rechnungslegung, wodurch der Beamte in der Verwirrung verliert. Von den dringenden Anforderungen der Exekutive im Jänner 1920 konnte die jüdische Kommission der Exekutive noch keine vollständigen Ziffern über die Ausgaben und Einnahmen oder über Einnahmen und Ausgaben der Kommission als ganzes vorlegen, weil keine zentrale Buchführung besteht. Die Rechnungslegung ist nun in einem Departement vereinigt und es besteht die Hoffnung, daß komplexe und richtige Ziffern bald zu haben sein werden, aber es werden noch einige Monate verstreichen müssen, bevor der bisherige Mangel eines Systems völlig beseitigt ist.

Es wurde vereinbart, daß alle Beamten beim Schachmeister eingezahlt werden müssen, daß der Schachmeister allein berechnen soll, die Ausgaben zu leisten, sowie daß von der Kommission eingegangene Verpflichtungen vom Schachmeister eingezogen sein müssen, um Geldung zu erhalten. Der Schachmeister ist beauftragt, eine komplette Buchführung aller Transaktionen und alle eingegangenen Verpflichtungen anzulegen, so daß es in Zukunft jeden Augenblick möglich ist, die Finanzlage der Kommission festzustellen. Der Schachmeister wurde der Exekutive gegenüber verantwortlich gemacht darauf zu sehen, daß das Budget nicht überschritten werden und man in beschränkter Verfügung steht. Dritten Gehälter und für bestimmte Zwecke zugewiesene Gelder hat der Schachmeister von allen anderen Geldern getrennt zu halten. Unverrichtete Ausgaben werden dadurch getrennt sein. Alle Einnahmen in Palästina einschließlich Darlehensrückzahlungen und anderen Posten müssen, wenn sie nicht von der Londoner Exekutive für einen bestimmten Zweck zugewiesen sind, zu ihrer Verfügung gehen und von dem Betrag in Abzug gebracht werden, der von London für das Budget überwiesen worden soll.

Der Schachmeister wurde angewiesen, ein zentrales Buchführungsdepartement einzurichten und zu leiten, für eine Kontrolle der Rechnungen und nach Liquidierung der der Kommission für die Ausgaben der jüdischen Organisation zu leisten. Bestimmte Ausgaben werden dem Schachmeister unterstellt.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Beamten und der Departements vor und nach der Reorganisation durch die Reorganisationskommission:

Amtseinteilung der Zionist. Commission.

(Alle Ziffern sind approximativ.)

Departement	früher			jetzt		
	Zahl der Beamten	Gehälter	Durchschnitts-gehalt	Zahl der Beamten	Gehälter	Durchschnitts-gehalt
Sekretariat (samt Chauffeuren und Dienern)	20	237	11.8	20	240	12
Finanzen (samt Buchhaltung, Materialverwaltung und Kontrolle)	24	379	15.8	42	712	17
Statistik	3	70	23.3	gehört jetzt zum Finanzdep.		
Erziehung	9	168	18.6	5	100	20
Landwirtschaft	19	488	25.6	6	239	40
Land-	6	157	26	Departements aufgelassen		
Rechts-	6	167	28			
Technisches	13	305	23.4	Departement aufgelassen		
Presse	4	55	14			
Einwanderung (samt Haifa)	11	177	16	10	166	16.6
Kairo	1	38	38	Departement aufgelassen		
	116	L. Äg. 2240	L. Äg. 19.3	87	L. Äg. 1512	L. Äg. 17.4

Anmerkung: Auf beiden Seiten sind die Beamten für das Hilfsdepartement (Joint Distribution Committee) mitgezählt, obgleich das Joint Distribution Committee für die Gehälter aufkommt. Die Herabsetzung der Zahl der Beamten des Landwirtschafts- und Erziehungs-Departements ist größtenteils der Übertragung ihrer Verwaltungsgeschäfte auf das Finanzdepartement zuzuschreiben.

Es zeigt sich, daß neunzehn Beamte mit monatlichen Gehältern von £ ägypt. 5000.— pro Jahr entlassen wurden. Ferner wurden zehn Beamte mit einem Gesamtgehalt von £ ägypt. 313 monatlich zur Palästina Land Development Company transferiert, wodurch das Budget der Zionistischen Kommission um eine bisher von ihm getragene Last von ungefähr £ ägypt. 3750.— pro Jahr erleichtert wurde. Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß der Schatzmeister beauftragt wurde, Beamte zu entlassen, die durch die Verkleinerung der verschiedenen Buchhaltungsteilungen erspart werden können, die Einzelentscheidung wurde aber ihm überlassen und soll in Kraft treten, sobald die Verkleinerung voll durchgeführt ist. Hieraus folgt, daß an Gehältern allein eine Ersparnis von £ ägypt. 9000.— bis 10.000.— pro Jahr erzielt wurde.

Für unvorhergesehene Ausgaben wurde ein Betrag von £ ägypt. 300.— monatlich bewilligt. Der Schatzmeister soll auf Grund dieser Post nicht die Regel haben, Ausgaben zu machen, bevor er nicht für die früheren Ausgaben der Einnahmen ausreichende Rücklagen abgelegt hat. Es mußte aber dieser Betrag bewilligt werden mit Rücksicht auf die im letzten streng fixierten Ausgaben — eine Strenge, die durch die Erfahrungen der Vergangenheit notwendig wurde.

Nachdem wurde ein Betrag von £ 4000.— zur Deckung gewisser früher eingegangener Schulden einschließlich des Novemberdefizites für den Monat Dezember bewilligt. In diesem Zusammenhang mag darauf hingewiesen werden, daß die Summe von £ ägypt. 173.403.—, die sich als Gesamtbudget für die zehn Monate bis 30. September 1921 ergibt, keineswegs die Gesamtheit der morgigen Ausgaben darstellt. Es muß noch hinzugefügt werden:

- a) die Gesamtausgaben für den Immigrations- und Arbeitsfonds als Ende Jänner;
- b) ein Nachtrag für Landwirtschaft, wie oben angegeben;
- c) die auf London übertragenen Verpflichtungen aus den im laufenden Jahre und früher in Palästina aufgelaufenen Defiziten — bezieht sich eine große Zahl von Anleihen, die auf Grund dieser Verbindlichkeiten aufgenommen wurden, vor und ist nur zum Teil gedeckt;
- d) nach all diesem müssen die Ausgaben in London zugeschlagen werden, von denen ein Teil direkt für Palästina und die Gesamtheit natürlich indirekt für Palästina erfolgt.

Man sieht, daß das Budget für Einwanderung nur für die Monate Dezember und Jänner festgelegt wurde. In diesen beiden Monaten wurden je £ ägypt. 4000.— für das Immigrations- und Arbeitsbudget angelegt (das heißt für unproduktive Ausgaben für Immigranten, bis sie Arbeit finden, einerseits und andererseits für eine gewisse beschränkte Anleihe an Arbeitergruppen für Finanzierung und befristeten Unterricht). Weiterhin je £ ägypt. 4000.— wurden für den Arbeitsfonds zugewiesen für produktive rückzahlbare Anleihen an die Straßenbauarbeiter eingeleitet, die weiterhin durch die Arbeiterverbände verfügbare Beträge erscheinen natürlich nicht in unserem Budget.

Der Betrag der Ausgaben für Einwanderung wurde abschließend nicht über den Jänner hinaus festgelegt. Dies konnte nicht geschehen, so lange wir nicht wußten, wieviel Geld wir zur Verfügung haben würden. Es ist zu beachten, daß die für die Einwanderung im Dezember und Jänner eingeleiteten Beträge höher waren als die jemals früher aus unserem Budget zugewiesenen Quoten und wir bedauern diesen Teil des Budgets (und später auch das für Landwirtschaft so weit zu erhöhen, als das bei unseren Mitteln möglich ist, um den höchstmöglichen Betrag für Einwanderung und Ansiedlung freizumachen.

Nach Prüfung wird daher klar werden, daß im Budget im großen Ganzen drei Kategorien von Ausgaben zu unterscheiden sind:

1. Erziehung ist eine Post für sich. Während des laufenden Jahres ist unser Beitrag, abgesehen von der Bezahlung feststehender Verpflichtungen, ein Barbeitrag zum Budget. Für das nächste Jahr sind ganz neue Vereinbarungen zu treffen und unser Beitrag wurde auf das Maximum von £ ägypt. 4108.— monatlich festgelegt.

2. Dann kommen alle anderen Titel, technisches Departement, Landwirtschaft, Versuchsstation, Universitätsbibliothek, Unterhaltungen, Verwaltung, unvorhergesehene Ausgaben und alle Schulden. Diese Ausgaben wurden mit Rücksicht auf begonnene Arbeiten bewilligt, die in den meisten Fällen liquidiert werden, in einigen Fällen aber insbesondere aber im Falle der landwirtschaftlichen Versuchsstationen und möglicherweise der Universitätsbibliothek als Kern einer größeren Ausgabe in Zukunft anzusehen sind. Diese Ausgaben sind in keiner Kategorie zusammengefasst, weil sie fest bestimmt sind und so niedrig angelegt sind, als dies mit der zu leistenden Arbeit vereinbar ist.

Um die Sache ganz klar zu machen, wurde das Landwirtschaftsbudget (einschließlich Versuchsstation) in seiner Aufstellung niedergelegt, die beizubehalten sind und folgendes zeigt: Die Ausgaben gruppieren sich in drei Unterabteilungen. Die erste Unterabteilung enthält Ausgabenposten, für die im kommenden Jahre neue Pläne aufgestellt werden müssen und wo der Betrag für das nächste Jahr noch nicht angegeben werden kann. Die zweite Unterabteilung enthält Posten, für die die Ausgaben im nächsten Jahre gänzlich eingestellt werden. Eine endgültige Puffer für Ausgaben im nächsten Jahre kann natürlich noch nicht gegeben werden.

3. Die dritte Kategorie der Ausgaben sind die für die Einwanderung, bestehend aus dem Einwanderungs- und Arbeitsbudget und dem Ausstattungs- und Arbeitsfonds. Dieser Teil des Budgets wurde von der Reorganisationskommission nur bis Ende Jänner festgelegt. Ihre Ablicht war, für die ersten beiden Kategorien ein strenges Budget aufzustellen, um für die dritte Kategorie so viel als möglich freizumachen, die am Ende des Jahres auch die Vorbereitung für landwirtschaftliche Arbeiten des folgenden Jahres umfassen muß.

Es zeigt sich, daß der streng festgelegte Teil des Budgets auf £ ägypt. 12.585.— im September 1921 reduziert ist. Wir möchten in ganz groben Ziffern andeuten, was dadurch erzielt ist. Die gesamten Ausgaben in Palästina beliefen sich im vergangenen Oktober auf £ ägypt. 31.700.— im vergangenen November auf £ ägypt. 30.000.— Wenn man dazu den Betrag von £ ägypt. 6480.— nimmt, der im Dezember bezahlt wurde, aber schon früher hätte bezahlt werden sollen, ergibt sich für Oktober und November ein monatlicher Gesamtverbrauch von £ ägypt. 33.500.—. Hieron waren schätzungsweise £ ägypt. 850.— monatlich für Einwanderung verfügbar. Wenn wir auch weiterhin £ ägypt. 32.500 pro Monat ausgeben können (was auch ungefähr die Gesamtüberweisung nach Palästina im August und September war), dann würden auf Grund unseres Budgets für Einwanderung und konstruktive Ansiedlung folgende Beträge verfügbar sein:

im Dezember	£ 12.100.
im Jänner	13.000.
im Februar	18.400.
im März	19.300.
im April	19.000.
im Mai	19.300.
im Juni	19.400.
im Juli	20.300.
im August	20.800.
im September	21.000.

So haben wir veranschlagt, den Weg für konstruktive Ansiedlung in der Zukunft zu bahnen.

Anhang A.

Palästina-Budget für die zehn Monate Dezember 1920 bis September 1921

	Dez.	Jänner	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Summe für 10 Monate
Erziehung	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	
Lehrers-Pensions-Fond	429										38252
Lehrer-Gehalts-Erhöhung				1402	1402	1402	1402	1402	1402	1402	
Technisches Departement	2662	2663									5325
Landwirtschaft	6655	6322	4421	3536	2672	2332	2224	1687	1251	1116	
Versuchsstation	500	400	300	300	300	300	300	200	200	200	35216
Universitätsbibliothek	125	125	125	125	125	125	125	125	125	125	1250
Subvention Mischpath Haachalon	200	200									400
Verwaltung	2600	2600	2000	2000	1800	1800	1800	1500	1500	1500	19100
Unvorhergesehene Ausgaben	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	3000
Alte Schulden	4860										4860
Summe	26282	20551	15087	14202	14540	14200	14092	13155	12719	12585	157403
Einwanderung und Arbeit	4000	4000	Summe unbestimmt. Alle verfügbaren Beträge sind für konstruktive Einwanderung und Ansiedlung zu verwenden.								8000
Ausrüstungs-Fond	4000	4000									8000
	34282	28551									173403*

* Diese Summe enthält nicht: die Ausgaben für Einwanderung und Ausrüstungsfond ab 1. Februar für landwirtschaftliche Arbeit im Süden, für alte Defizite und die Ausgaben in London.

Anhang B.

Übersicht der Maßnahmen der Reorg. Komm. betreffs des Landwirtschafts-Budgets.

	Durchschnittliche monatl. Ausgaben Dez. 1920 bis Sept. 1921 L. E.	Summe L. E.	Weisung für das folgende Jahr
Unterabteilung A			
Versuchsstation	300		Zu erweitern für die Arbeit im Süden
Kinereth, Daganah A, Merchawja, Ben Schemen, Hulda, Gan Schmuel	694		Entscheidung im Laufe des Jahres. In einigen Fällen ist mit endgültiger Vereinbarung zwecks Ansiedlung zuzurechnen
Verbesserung der Lage der Jemeniten	105		Wahrscheinlich fortzusetzen.
Organisation und Inspektion	250	1349	Fortzusetzen. Die Kosten sind jetzt zu hoch, aber bei wachsender Arbeit wäre eine Erhöhung gerechtfertigt.
Unterabteilung B			
Aufforderung: Dilb und Kinereth (einschließlich Verträgen über 420.000 Setzlinge)	296		Die Erhaltung der Pflanzungen wird im zweiten Jahre nur einen Bruchteil der Kosten des ersten Jahres erfordern.
Dilb	480	776	Für 1921/22 sind durchschnittlich L. E. 167 bewilligt, wovon der J. N. F. einen Teil trägt.
Unterabteilung C			
Beer Tovia, Ain Chai, Karkur	297		Keine weiteren Beiträge der Zion. Org., anderweitige Vereinbarungen sind zu treffen.
Ajeleth Haschachar, Maschanajim, Birjab	459		Kein weiterer Beitrag aus Mitteln der Zion. Org. Es ist zu versuchen, die Lea zur Fortsetzung der Arbeit zu veranlassen.
Tel Adas und Calandria (P. L. D. C.)	135		Kein weiterer Beitrag aus Mitteln der Zion. Org. Vielleicht führt der Besitzer einzelne Arbeiten fort.
Ain Chai (Tikwath Israel)	79		Desgleichen.
Jaffa, Ain Janim	60		Werden selbständig.
Akko, Talpith, Tireh	133		Aufzulassen.
Tierarznei- und Kochschulen, Museum und dergl.	103		Aufzulassen.
Schulden (für Aufforstung)	130		Durch Abzahlung geregelt.
Kosten für Liquidierung von Gruppen	204	1600	Desgleichen.
Insgesamt L. E.		3725	

III.

Entgegnung Dr. Ruppin's.

Auf den Bericht der Reorganisations-Kommission.

Zionistische Kommission.

Jerusalem, 25. April 1921.

An die

Zionistische Exekutive,

London.

Ich erhielt Ihre Briefe vom 21. und 29. März sowie vom 5. April, betreffend den Bericht der Reorganisationskommission. Ich bin zu meinem größten Bedauern aus Mangel an Zeit nicht imstande, eine ausführliche Erwiderung darauf zu schreiben. Ich will jedoch Ihrem Wünsche entsprechen und Ihnen einige kurze Bemerkungen zu dem Bericht senden.

Es ist sehr leicht zu kritisieren; es ist sehr schwer, es besser zu machen. Ich bin selbst weit davon entfernt, alles gutzuheißen, was seit dem Beginn der Tätigkeit der Zionistischen Kommission

in Palästina getan worden ist. Sie wissen, daß ich sofort nach meinem Eintreffen in Palästina im Jahre 1920 auf die Mängel in der hiesigen Arbeit aufmerksam gemacht habe und daß ich wiederholten Malen ersucht habe, mich von meiner Tätigkeit in der Zionistischen Kommission zu befreien. Nur mit großem Widerstreben habe ich mich auf das Ersuchen der Exekutive und der Reorganisationskommission bereit erklärt, noch für noch weiter in der Zionistischen Kommission zu bleiben. Ich glaube für mich hiernach in Anbetracht der Tätigkeit in der Zionistischen Kommission mit völliger Selbstverständlichkeit geübt zu haben.

Der Bericht der Reorganisationskommission befaßt sich in seinem ersten Teile insbesondere mit der landwirtschaftlichen Kolonisation und leidet hier an dem schweren Fehler, daß er Tätigkeit des Palästina-Amtes bis zum Aus-

nen umgewandelt werden kann. Die Vorschläge zu dieser Umwandlung sind von der Kolonisationskommission der Zionistischen Organisation unterbreitet worden. Sicherlich werden die Kolonien, die auf dem vorbereiteten Boden der Narinen entstehen, weit besser prosperieren, als alle früheren Kolonien, die auf nicht vorbereiteten Boden begründet wurden.

So viel über die landwirtschaftliche Kolonisation. Was die übrigen Vorschläge der Reorganisationskommission auf wirtschaftlichem Gebiete anbetrifft, so verweise ich in dem Bericht jede Erwähnung der Tatsache, daß die meisten dieser Vorschläge nicht von der Reorganisationskommission konzipiert sind, sondern, daß es die Vorschläge sind, welche ich der Reorganisationskommission gemacht habe. Ich finde es nicht richtig, daß die Reorganisationskommission in ihrem Bericht gegen die Zionistische Kommission polemisiert und die Tätigkeit dieser Kommission als absolut wertlos hinstellt, ohne zu erwähnen, daß die meisten positiven Vorschläge, die sie selbst vorgebracht, gerade von mir, also aus der Mitte der Zionistischen Kommission kommen. Ich erwähne hier:

a) Die Trennung aller produktiven wirtschaftlichen Arbeit von der Zionistischen Kommission und ihre Zuteilung an besondere selbständige Gesellschaften in wiederholten Berichten nach London von mir betont und hier der Reorganisationskommission ausnahmslos zugeordnet;

b) Die Errichtung einer Großindustriengesellschaft (Seite 22 des Berichtes), ein Vorschlag, den ich im vorigen Jahre Herrn Simon geäußert und ausführlich begründet habe;

c) Die Errichtung einer Central Land Bank, welche (Seite 22), die ich schon vor einem Jahre schriftlich und jetzt der Reorganisationskommission gegenüber mündlich ausführlich begründet und wobei ich die Aufzählung der Palästina Land Development Co. zu einem solchen Institute vorgebracht habe, mit all den Details, welche die Reorganisationskommission dafür gibt;

d) Die Workers Bank (Seite 30) entprinzt, wie Sie wissen, ganz und gar einem Vorschlag, den ich an der letzten Jahreskonferenz und in vielen Artikeln vertreten habe und der jetzt im wesentlichen bereits verwirklicht worden ist;

e) The Workers' Environment Fund (Seite 31) ist dem Namen und der Sache nach genau der Vorschlag, den ich hier der Reorganisationskommission gemacht habe;

f) Die Notwendigkeit einer Mortgage Bank (Seite 35) ist von mir selbst, als ich vor einem Jahre nach Palästina kam, in einem Exposé der Executive in London und Amerika ausgearbeitet worden;

g) Die Notwendigkeit großindustrieller Darlehen für Handwerker und kleine Industrielle ist von mir seit der Publikation des neuen Genossenschaftsgesetzes in einem Referat im Board und in mehreren Artikeln in der hiesigen Presse vertreten worden.

Ich brauche wohl nicht zu bemerken, daß ich das vorstehende nicht erwähne, um mich damit zu brüsten, sondern lediglich um zu zeigen, daß der ganze Ton, auf den der Bericht der Reorganisationskommission abgemittelt ist, falsch ist. Der Bericht ist ein ungeschickter Versuch, die Zionistische Kommission als absolut wertlos hinstellen, ohne zu erwähnen, daß die meisten positiven Vorschläge, die sie selbst vorgebracht, gerade von mir, also aus der Mitte der Zionistischen Kommission kommen. Ich erwähne hier:

Schachmunkel

(Gen.) A. Nappin.

Erwiderung von M. Uffishein

auf den Bericht der Reorganisationskommission.

Herr M. M. Uffishein antwortet auf den Bericht der Reorganisationskommission in einem Artikel, den in "New Masses" (New York) am 1. Juni 1921 erschien und in Übersetzung folgendermaßen lautet:

Meine Antwort auf die Beschuldigungen der sogenannten Reorganisationskommission, muß ich natürlich hier in New York entwerfen, wo alle nötigen Materialien und Ziffern unumgänglich sind. Ich las den Bericht nicht vor meiner Abreise aus Palästina. Ich bin überzeugt, daß meine Antworten in Jerusalem auf Grund von Ziffern ausfallen werden. Meine letzte Antwort beruht auf allgemeinen Grundsätzen und auf den Tatsachen, die mir mein Gedächtnis liefert.

Es muß bedacht werden, daß der Bericht der Reorganisationskommission die Tätigkeit der Zionistischen Kommission während verschiedener Perioden ihres Bestehens behandelt. Ich kann natürlich für die von meinen Auswanderern geleistete Arbeit keine Verantwortung übernehmen. Meine unmittelbaren Vorgänger waren die Amerikaner Prof. Friedman und Robert Zuck. Für ihre Arbeit kann ich nicht einstehen.

Ich muß dennoch erklären, daß ich nur auf die Beschuldigungen des Berichtes zu antworten gedulde, die als tatsächliche Beschuldigungen eingestuft sind. Mit Meinungen und Gefühlen kann ich mich nicht abgeben.

Der Bericht im allgemeinen.

Der Bericht der Reorganisationskommission ist eine oberflächliche Darstellung der Arbeit der Zionistischen Kommission in Palästina. Er ist eher ein von einer bestimmten Gruppe von Menschen gegen gewisse Absichten in Palästina und die Träger dieser Absichten gerichteter politischer Pamphlet.

Wenn der Bericht irgendwelche Worte der Anerkennung oder Billigung unter seinen zahlreichen Forderungen enthält, so sind es die Forderungen, die das Programm der Palästina Land Development Co. betreffen. Das Programm der Palästina Land Development Co. ist die Basis, auf der die Zionistische Kommission in Palästina arbeitet. Ich finde es sehr merkwürdig, daß der Bericht, der die Arbeit der Zionistischen Kommission in Palästina behandelt, die Arbeit der Palästina Land Development Co. nicht erwähnt.

Alle Theorien und Pläne, die die Zionistische Kommission und einige amerikanische Delegierte bei der Londoner Konferenz vorgebracht, werden in diesem Bericht ohne jede Veränderung vorgebracht, wie alle Tatsachen wurden für den Zweck der Verleumdung dieser Theorien sorgfältig ausgewählt. Das macht den Bericht notwendigerweise zu einem bloßen politischen Pamphlet statt einer ersten Skizze der Kolonisation in Palästina.

Ich glaube, daß weder ich, der ich die Entwicklung der Kolonisation in Palästina seit 40 Jahren verfolgt habe, der ich mit den verschiedenen Gruppen der Arbeit vertraut bin, der ich Palästina selbst besucht und die letzten drei Jahre in Palästina gelebt habe, noch mein Freund und

IV.

Freund, der seit zwölf Jahren dort arbeitet, der große praktische und theoretische Kenntnisse der palästinensischen Kolonisation besitzt, noch die Mitglieder des Board of Directors (Jüdischer Nationalrat), die als Vertreter von etwa 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung Palästinas gewählt sind und alle Gruppen des jüdischen Lebens von links bis rechts umfassen; noch auch die anderen Leiter der Palästinaarbeit, die seit vielen Jahren dort leben, die von Justus Brandes von oben herab diktierten Artikel als wahr hinhimmeln können, von ihm, der vierzehn Tage in Palästina war und seinen Eindruck von den wirklichen Kolonisationsbedingungen hat, obenüber wie die Artikel der Reorganisationskommission, die so kurze Zeit in Palästina war und von deren Mitgliedern eines nicht einmal mit der jüdischen Bevölkerung der Kolonien sprechen konnte. Der Zuck spricht weder Hebräisch noch Jiddisch noch Englisch.

Allgemeiner Wert der Arbeit der Zionistischen Kommission.

Während der Zeit meiner Auswanderung, in den jüdischen Monaten von Oktober 1919 bis Januar 1921 wurde mir etwa ein Drittel der im Bericht erwähnten Summe von 1,800,000 Pfund ausbezahlt. Die Reorganisationskommission behauptet in Bezug auf diesen Betrag, daß die gesamte Arbeit wertlos gewesen. Was soll man auf diese Paßwortschuldung antworten? Wir können nur sagen, daß ohne diese Arbeit alles, was wir in Palästina haben, heute vernichtet wäre. Mittels dieser Arbeit wurden die Genossenschaften erhalten und entwickelt. Häuser in einigen Kolonien gebaut, einige Häuser in Jerusalem repariert, wurden etwa zehntausend neue Einwanderer in die Lage versetzt, Arbeit zu finden und sich größtenteils im Lande selbst niederzulassen usw. usw. All diese Leistungen zeigen, daß der Fiskus in einer Zeit, wo er ohne die Arbeit der Zionistischen Kommission vollständig vernichtet worden wäre, ausgeglichen und restauriert wurde. Und es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß diese ganze Arbeit während einer Periode geleistet wurde, wo die Aktien der Lebenshaltung außerordentlich hoch waren.

Anschließend all dessen ist offensichtlich, wie vorangemeldet und wertlos die Behauptung des Berichtes ist, es sei nicht leicht zu sehen, wie die Möglichkeiten der Einwanderung und dauernden Ansiedlung durch die Tätigkeit der Kommission erhöht wurden. Diese Behauptung ist ein Schluß auf Grund falscher und unbegründeter Prämissen.

Die Aufgabe der Zionistischen Kommission.

Die Reorganisationskommission erhebt gegen die Zionistische Kommission die folgende „Anklage“:

„Die Kommission magte sich die Funktionen eines Staates an und begann sich selbst als eine Regierung anzusehen. Sie glaubte, alle jüdische Arbeit und Tätigkeit in Palästina müsse in ihr konzentriert und von ihr durchgeführt werden. Sie wurde der vielschichtige Vorkämpfer der jüdischen Bevölkerung und man lehrte den Nischin, die Er-

füllung all seiner Wünsche von der Kommission zu erwarten.“

Diese Behauptung ist richtig und dieser Standpunkt der Kommission werden meine Kollegen, der Board of Directors und ich vertreten. Die amerikanischen Zionisten glauben, daß alle politische Arbeit in und für Palästina bereits getan ist; daß wir bloß an der Kolonisationsarbeit mitzuwirken haben. Wir betrachten folgendes als offensichtlich: Wir sind nur eine kleine Minderheit in Palästina. Die Zionistische Organisation muß Vertreter in Palästina haben, die alles dort für das Fortschreiten der jüdischen Kolonisation geschehen kann sich nicht auf die Juden beschränken. Sie muß die Interessen der ganzen Bevölkerung wahrnehmen, von der 85 Prozent Araber sind. Immer selbst unter den besten Bedingungen, wird unsere schwache Minorität zu leiten haben, wenn keine starke, wohlgegründete Vertretung besteht, um die jüdischen Interessen zu verteidigen.

Gleichfalls haben wir Sir Herbert Samuel als High Commissioner in Palästina, aber er ist nicht allein. Es gibt zahlreiche kleinere Beamte und in gewissen Bezirken sind viele von ihnen jüdischen politischen Interessen abgeneigt. Deshalb sind wir die Garantien dafür, daß Sir Herbert Samuel immer High Commissioner von Palästina sein und daß er nicht durch einen Mann von ganz anderer Haltung als gegenüber uns ersetzt wird? Diese Forderung, die Arbeit der Kommission auf ein Minimum zu reduzieren, ist von gefährlicher Anmaßung.

Voriges Jahr war General Allenby, der Bevollmächtigte, ein ausgesprochener Judephile und seine Ansichten trafen mit denen der amerikanischen Zionistenführer überein. Unmittelbar nach dem arabischen Aufstand schrieb er als erster nach London, um die Absetzung der Zionistischen Kommission zu verlangen, die er als einen „Zustat im Staat“ ansah.

Ich bin daher für die Konzentration des politischen und sozialen Lebens des Landes in der Zionistischen Kommission, nicht aber der wirtschaftlichen Lebens; was die Arbeit betrifft, die Bevölkerung erwarte von der Kommission die Erfüllung all ihrer Wünsche, so ist dies zum Teil richtig, aber doch nicht die Mitglieder der heutigen Kommission verantwortlich, die erst seit November 1919 besteht, sondern die früheren, von Dr. Friedman und Herrn Zuck geleitete Kommission. Der letztere hatte die wirtschaftliche Arbeit im Reifsten. Meine Mitarbeiter und ich hatten einen härteren Kampf um die Befreiung dieser Tendenzen aus der Tätigkeit der Kommission auszuwickeln.

Produktive und unproduktive Arbeit.

Die Herren von der Reorganisationskommission behaupten immer wieder die Unproduktivität der Zionistischen Kommission habe sich nicht gezeigt, während produktiver und unproduktiver Arbeit zu unterscheiden. „Ob die Arbeit, die sie unternehmen“, sagt der Bericht, „produktiv oder unproduktiv ist, ist für die Kommission nur eine Frage untergeordneter Bedeutung.“ Die Behauptung ist natürlich falsch. Es ist zum Beispiel außer Frage, daß die Regierungsbürokratie, bei denen viele unserer Kollegen beschäftigt sind, produktiv sind. Natürlich jene Teile unserer Einwanderer, die bei Arbeiten auf unsere eigene Rechnung beschäftigt sind, ist die Frage der Produktivität oder Unproduktivität ihrer Arbeit zu beantworten. Wenn Arbeiter mit Territorien oder Aufforstung beschäftigt sind oder auf dem Land eine Mühle für Zerkleinern von Getreide errichten, so handelt es sich um Arbeit, die keine unmittelbaren Ergebnisse abwirft, denn es müssen Jahre verstreichen, bevor diese Investitionen, insbesondere jene für Aufforstung, einen Ertrag bringen können. Diese Arbeiten sind für den Staat unproduktiv, aber produktiv für die Zukunft.

Was die Aufforstung anbelangt, so lassen wir sie sehr richtig und nicht nur aus sonntäglichen Gründen. Diese Arbeit ist so hoch produktiv, weil 85 Prozent der ausgegebenen Gelder in die Hände der jüdischen Arbeiter fließen und nur ein kleiner Teil für Materialien usw. abgeht. Es ist eine Arbeit, die für den Anfang keine so großen Summen erfordert wie Kolonisation und Industrie. Es ist eine Arbeit, die der für Landwirtschaft nicht verantwortliche Charakter hat und in wenigen Tagen erlernt werden kann. Der einzige Nachteil ist, daß sie nicht sofort, sondern erst nach vielen Jahren Ertrag bringt. Das bedeutet aber nicht, daß sie unproduktiv ist. Diese Arbeit wird natürlich durch Privatunternehmer nicht ins Werk gesetzt werden. Sie wird nur von der Gemeinschaft im Großen geleistet werden. In welchem Falle muß sie von der Zionistischen Kommission geleistet werden.

Natürlich gibt es noch andere gute und notwendige und sehr unmittelbar produktive Arbeiten. Das ist die Arbeit der Kolonisation, des Landbaus, des Häuserbaus, der Beschaffung von Lebensmitteln und Lebensmitteln und der Ansiedlung von Einwanderern. Aber für diese Arbeiten braucht man sehr große Geldmittel — Mittel, die wir niemals zur Verfügung hatten. Daher ist die Behauptung, wir hätten uns nicht darum gekümmert, ob die Arbeit produktiv oder unproduktiv sei, keineswegs abwegig.

Dasselbe gilt von einer großen Zahl anderer Behauptungen, von denen der Bericht winnigst eine Behauptung wie „die Zionistische Kommission sieht nicht die Notwendigkeit der Schaffung eines mannigfaltigen und pulsierenden wirtschaftlichen Lebens in Palästina“ — ist voll Recht, aber völlig grundlos und kann nur mit kategorischer Reagierung beantwortet werden.

Sollen wir unsere Vorposten zurückziehen?

„Die Zionistische Kommission“, sagt der Bericht, „war der Meinung, jede Arbeit sei eine nationale Aufgabe. Kein Geld, das ein jüdischer Arbeiter betreiben hatte, dürfe ausgegeben werden. Die Frage, ob die Arbeit die Möglichkeit unabhängiger Lebensführung für die Siedler biete, sei nach dieser Auffassung unerheblich.“

Diese Behauptung ist ganz richtig. Ich bin der Ansicht, daß der kleinste Posten, der mit den unbefriedigenden Bedingungen ringt, einmal leicht weiter gehalten werden soll und daß wir kein Recht haben, ihn aufzugeben. Kein Zweifel in Palästina ist für uns bedeutungslos, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, und wenn nicht für die unmittelbare Gegenwart, so für die Zukunft. Nach der Auffassung der Herren von der Reorganisationskommission hätten wir längst Palästina aufgegeben, daß aus verschiedenen Gründen immer in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen war. Und doch brachte uns Munkel, nach fünf- undzwanzig Jahren des Kampfes, die den Baron Edmond Rothschild gewaltige Summen und die Kolonisten (bei denen mit den Nachbarn) viele Menschenleben kosteten, die wichtigsten Erfolge. In dem Streit zwischen England und Arabien über die Vorherrschaft erhielten wir einen großen Teil Oberpalästinas nur, weil die jüdische Kolonie Munkel dort lag. Baron Edmond Rothschild ist sicher ein ebenso guter Finanzmann wie die Mitglieder der Reorganisationskommission und doch war sein System anders. Seit dreißig Jahren hält er Boden, die er jenseits des Jordans besitzt, fest, wo es nicht möglich war zu kolonisieren. Man machte ihm oft den Vorwurf, daß die jüdischen gegen solche, die zu sofortiger Kolonisierung geneigt sind, auszuweichen, aber er lehnte immer ab und sagte immer: „Ich will keinen jüdischen Posten, selbst nicht unter den schlimmsten Bedingungen, aufgeben.“ Das ist die Auffassung eines Staatsmannes, der in die Zukunft sieht, nicht die eines fleischlichen Arzters, der nur seine Tageslohn zählt.

Wie lagen in Jerusalem im Jahre mit der Reorganisationskommission wegen eines falschen Postens, Kalendiah, zehn Kilometer nördlich von Jerusalem an der Straße nach Nablis. Sie fanden die Position wirtschaftlich sehr schwach und ohne Zukunft. Sie verlangten ihre Aufkündigung. Ich sagte ihnen: „Nicht ich habe Kalendiah erworben, ja und es wird es hierherkommen, doch weiß ich, es ist der einzige Posten, den wir in dieser Gegend besitzen. Und wenn er wirtschaftlich schwach ist, so sollten wir mehr Geld und mehr Arbeit hineinstecken, damit er wirtschaftlich gesund wird. Wir sind nicht gekommen zu gewinnen, sondern aufzubauen.“ Ich erhielt diesen Posten und heute, er wird bleiben und sich entwickeln.

Solche Beispiele könnte man vervielfachen. Sie können einen vollen Monat in der Palästina verbringen und mit den Herren der Reorganisationskommission. Wenn wir uns nur von wirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen wollten, müßten wir Palästina überhaupt aufgeben. Man kann anderswo bessere wirtschaftliche Möglichkeiten finden. Natürlich sollen wir, wenn wir an eine neue Ansiedlung in Palästina denken, zuerst ihre wirtschaftlichen Aussichten erwägen. Wenn aber etwas bereits gewonnen ist, soll es geschützt und entwickelt, nicht aber im Stich gelassen werden.

Unser Budget-Entwurf.

Der Bericht führt eingehend die Beschuldigungen aus, wir hätten bei der Aufstellung unseres Budgets nicht mit der „wirklichen Lage“, mit den Gruppen unserer Mittel“ gerechnet. Diese Beschuldigung enthält wieder einen fundamentalen Gegensatz der Auffassung zwischen uns und den Herren der Reorganisationskommission.

Das Budget, das wir für die Londoner Konferenz vorbereiteten, wurde nach dem Beschluß von San Remo angenommen. Es stellt das Ergebnis mehrjähriger, sorgfältiger Arbeit in Zusammenarbeit mit den Leitern der verschiedenen Departements und mit unermesslicher Verantwortlichkeit aller Umstände dar. Wir legten ein Budget von £ 1,000,000 — vor. Wir vertrauten darauf, daß die Londoner Konferenz nach dem Beschluß von San Remo und der gewaltigen Bevölkerung, die in der gesamten jüdischen Welt hervorgerufen hatte, einen Weg finden würde, diese Vergrößerung in Daten umzusetzen und vom jüdischen Volk die großen Mittel zu erlangen, die unsere hohe Aufgabe erforderte.

Unglücklicherweise fanden wir in London, daß die amerikanischen Zionistenführer ganz andere Ansichten hatten. Wir fanden keine, die nicht auf die Vereinbarkeit der Juden abzielen, die nötigen Summen herzugeben. Wir fanden Leute, die selbst keine Vergrößerung hatten und daher bei anderen keine Vergrößerung herbeiführen konnten. Das von uns vorgelegte Budget kam für sie gar nicht in Frage. Sie konnten nicht einmal ihr eigenes kleines Budget aufbringen. Wenn die amerikanischen Zionisten nicht mehr als 6000 Pfund monatlich geben konnten — später wurden es nur 2500 monatlich — dann hatte es natürlich keinen Zweck, etwas zu verhandeln. Obgleich wir die Überlegenheit und die Hoffnung aufgaben.

Siehe in Amerika ich ich aber, wie richtig unsere erste Einschätzung der Möglichkeiten war. Und wenn die Amerikaner aus London mit Geldern und Begeisterung zurückgekommen wären, mit großen Forderungen an das jüdische Volk, wenn die Zeit für die Arbeit der Geldbeschaffung ausgenutzt worden wäre, statt für Disputationen mit London und Jerusalem, wäre das von uns vorgelegte Budget gedeckt worden. Ich glaube, daß die Mitglieder der Reorganisationskommission bei

konnte, weil alle andere verfügbare Gelder be-
stimmte wurden, um das gesprochene produktive
Budget der Kommission zu geben. Die hierin ent-
haltenen Aufschätzungen sind unvollständig. Es ist
nicht notwendig, dass alle Regierungsgeschäfte
durchgeführt werden, wenn es die Bedürfnisse, zum
Beispiel die Schule, überhaupt zu beheben, obwohl
wir für diesen Zweck Geld brauchen und dieses
haben. Ein einzelner Lehrer wird einen An-
trag auf Bezahlung von 500 Schekalim für das
Mitarbeiter, weil die am Schuljahr hatten arbeiten
müssen. Und wenn wir kein Geld hätten, so kam
es nicht daher, dass das Geld für unproduktive
Arbeiten ausgegeben wurde, sondern weil wir
weniger als wenig erhielten. Wir hatten für sehr
produktiv, was die Herren für unproduktiv hal-
ten. Es ist ein unproduktiver Gegenstand der Mit-
teiler. Ich lasse mir nicht einreden, dass, wenn
wir das Geld hätten, was wir haben, hätten wir
Gründe gegeben, warum Geld für solche Ge-
schäfte vorhanden gewesen wäre. Bevor wir
etwas Neues schaffen, müssen wir das Alte erhal-
ten, und es muss es gegeben werden, was das Pro-
gramm der Reorganisationskommission zu sein
scheint.

Die Zementen.

Der Bericht behandelt die Zement-
mission, die Zementen zu veranschaulichen. Es ist
wichtig, dass die Lage der Zementen sehr schlimm
ist. Ich frage: Warum hat Herr Robert Gold,
der die Kommission ein halbes Jahr leitete und
nicht Geld hatte, als wir mehr Geld verfügbar
war, nichts für die Zementen getan? Die Zement-
mission hat in meiner Meinung die Zementen in
einer Weise an den Zementen. Sie hatte für sie eine
Wasserleitung in ihrer Umgebung der Petach
Tikwa. Sie hatte Häuser für sie, obwohl in die-
ser Umgebung nur noch in Nachschub Teheran.
Das war wenig und weniger als wenig, aber wir
hätten kein Geld.

Was die Zementen betrifft, dass es bei
Mischen keine Wasserleitung gab, so scheint die
Frage nicht sehr wichtig zu sein. Die Zementen
nehmen ein sehr kleines Grundstück bei Ri-
shan ein, das kaum für zehn oder zwölf Häuser
reicht. Ein Zementen würde dort eine beträcht-
liche Summe kosten. Es wäre ein schlechtes Sy-
stem, für nur zehn oder zwölf Häuser einen zu
bauen.

Zu Gattur, wo uns vorgeworfen wird, dass
eine Ente im Werte von 600 infolge Mangel
an Baumstämmen für die Unterbringung der
Bücher, haben wir nicht, weil der jüdische Na-
tionalfonds dort seinen Boden hatte, und so lange
der jüdische Nationalfonds den Boden nicht be-
stimmen kann, kann kein Bau durchgeführt wer-
den. Auch ist der Ausdruck „Verderbnis“ übertrie-
ben.

Die Zioni Kommission und die Exekutive.

Die Reorganisationskommission fordert, dass
die Arbeit der Einwanderungskommission und
Anleitung von der zionistischen Exekutive selbst
übernommen werden solle. Die hier gemachte Un-
terscheidung zwischen der Kommission und der
Exekutive ist falsch. Es ist nicht so, dass eine
Exekutive in London und eine Kommission in
Palästina gibt. Die Kommission ist ein Teil der
Exekutive. Beide sind vor Kongress gewählt.
Der Kongress, und sodann beide Teile der Exe-
kutive in Zusammenarbeit bestimmen das Sy-
stem und Programm und das allgemeine Budget.
Ziemlich auf der Teil der Exekutive, der in
Jerusalem sitzt, eben die Kommission, Vollmacht
zur Führung der Arbeit haben. Nur die Ver-
antwortung für die Arbeit trägt, kann nicht in
Detailfragen betraut werden aus London unterworfen
sein. Bisher war ich das einzige Mitglied der
Kommission, das gleichzeitig Mitglied der Exe-
kutive war. Ich werde sehr vorschlagen, dass alle
Mitglieder der Kommission Mitglieder der Exe-
kutive sein sollen.

Die „Proteste in der ganzen Welt“.

Abhängende Bevölkerung der Reorganisations-
kommission ist charakteristisch. Nicht nur in Am-
rika, sondern auch in ganz Europa erheben sich
Proteste gegen den unangenehmen Gebrauch un-
serer Gelder für laufende und wirtschaftlich un-
produktive Ausgaben.

Wenn ich nicht eben in Amerika wäre, würde
ich der Behauptung betreffs der Proteste in Am-
erika geglaubt haben, so aber kann ich mich selbst
überzeugen. Was die Proteste in Europa be-
trifft, so kann ich sagen, dass ich von keinem ge-
hört habe.

Die Reorganisationskommission als Hüterin der Ratschuld.

Es wurde nicht darauf geachtet,“ sagt der
Bericht, „dass in allen Räten folgende Verpflich-
tung erfüllt war“.

Es gibt nichts Ungewöhnliches, als dass Herr
Gold und die anderen Herren der Reorganisa-
tionskommission sich wegen Ratschuld in Palä-
stina anklagen lassen. Es wäre interessant, Rabbi
Kul und den Ratshuld zu fragen, wenn sie zu
puncto Ratschuld in Palästina mehr verstehen,
den Mitgliedern der Reorganisationskommission
oder nicht. Ich erkläre, dass alle Räten bei den
von der Rioni Kommission beauftragten Anstäl-
tigten und Arbeitern streng bestraft sind. Ich
kann es anders gar nicht begreifen.

Natürlich bedauere ich, dass manche
Arbeiter von der äußersten Linken in Fragen der
Religion und Ratschuld anderer Meinung sind.
Aber ihre Äußerungen werden aus den Mäulern der
Arbeiter erhalten und unterliegen keinen Folgen-
verfügungen. Die Rioni Kommission kann sich
auch um sie kümmern. Dies wird aber im Geiste
der Ratschuld und durch Anwendung per-

sonlichen Einflusses geschehen. Rabbi Kul und
andere orthodoxe Juden wissen, dass ich in dieser
Richtung nie, was möglich ist, ich nie es nicht
der Reorganisationskommission zu verfallen.
Rabbi Kul habe ich Erfolg und manchmal nicht.
Ich weiß nicht, ob ich diese von der Reorga-
nisationskommission vorgebrachte Behauptung
als falsch oder als richtig ansehen soll.

Was sagen sie an?

Gegen Ende des Berichtes heißt es, dass die Re-
organisationskommission, bestehend aus den Her-
ren Gold, Simon und de Lieme, die allgemeine
Behauptung, dass die bisherige Arbeit sowohl
der Rioni Kommission als auch des jüdischen
Nationalfonds, wie mit zu verstehen gemacht wird,
von wirtschaftlichen Standpunkt aus größtenteils
regelmäßig in ihren Ergebnissen waren. Ich teilte
diese Meinung nicht. Wenn sie aber richtig ist,
dann trifft die Verantwortung folgende Herren
den früheren Leiter der Rioni Kommission,
Herr Robert Gold, den Leiter des jüdischen
Nationalfonds, Herrn Robert de Lieme, und
den Direktor des jüdischen Nationalfonds,
Herrn Julius Simon.

Das Schulsystem in Palästina.

Die Reorganisationskommission indet den
Schulen mehr Raum als irgend einem anderen
Einzelproblem. Die Frage liefert eine weitere
Illustration für den grundsätzlichen Gegensatz bei
Vorbereitung zwischen der Rioni Kommission, die
meiner Meinung nach ein reiches finanzielles
System vertritt, und den Herren der Reorganisa-
tionskommission. Nach meiner Meinung ist das
Schulsystem für uns von größter Wichtigkeit, nicht
nur kulturell, sondern auch politisch. Wir haben
vor dem Problem, ein Volk aus einer Anzahl
von Elementen zu schaffen, die verschiedene
Sprachen und verschiedene Kulturen mitbringen.
Dieses Problem kann nur durch die Schulen ge-
löst werden. Wir sind ferner sowohl der Zahl
nach als auch wirtschaftlich schwach. Das einzige
Mittel, auf dem wir Kraft gewinnen können, noch
bevor wir stark an Zahl sind, ist das Gebiet der
Kultur, und gerade jetzt, wo anomie und neue
arabische Schulen eröffnet werden und die Araber
nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell
vortritt können, muss es ein nationales
Verbrechen, wenn wir unser eigenes Schulsystem
vernichten.

Natürlich muss die jüdische Bevölkerung im
Land ihren Teil des Budgets tragen und dies
hat sie im Ausmaß ihrer Fähigkeit. Wir dürfen
nicht vergessen, dass es in Palästina eine Reihe
von Schulen von europäisch-christlichem Charakter
gab und noch gibt, wie die Missionsschulen, wo
der Unterricht unentgeltlich ist und die Schüler
nach Unterweisung in Religion und Bildung er-
halten. Wir dürfen nicht vergessen, dass in Palä-
stina nicht nationale jüdische Schulen bestehen, die
den Bedarf billig ist. Wir müssen daran denken,
dass 75 Prozent der jüdischen Bevölkerung in den
größeren Städten, wie Safed, Tiberias, Jernala
und Hebron, sehr arm sind; dass in allen euro-
päischen Ländern und in Amerika die Schulen,
besonders die Volks- und Bürgerhöhlen, von der
Regierung oder von den Gemeinden erhalten
werden. In Palästina ist dies nicht möglich ge-
wesen. Volk der Kolonisationskommission (Waadim)
tragen zu ihrer Erhaltung bei. Diese Beiträge waren
vor dem Kriege trugen sie fast alles, heute
bei, heute 15 Prozent des Gesamtbudgets. Im
nächsten Jahre wird sich der Beitrag hauptsächlich
auf 25 Prozent erhöhen. Eine solche Erhöhung
ist jetzt sehr schwierig. Aber der Tag ist noch
fern, wo die Bevölkerung das ganze Budget un-
seres Schulsystems tragen kann. Wir müssen darauf
Rücksicht nehmen, dass die Einwanderer, die jetzt
kommen, größtenteils mittellos sind. Ihre Kinder
werden so ziemlich unentgeltlich unterrichtet wer-
den müssen.

Die allgemeine Verwaltung unserer Schu-
len, sowie alle System- und Programmfragen ab-
hängen dem Waad Hadach (Erziehungskomitee),
welcher Vertreter der zionistischen Organisation,
der organisierten palästinensischen Judenheit
und der Lehrerorganisation umfasst. So wird der
Charakter der nationalen Erziehung der künftigen
Judenheit Palästinas bestimmt. Es wäre
ganz falsch und sehr unklug, diese höchst wichtige
Angelegenheit einem Verein von Betrugskünstlern
zu übertragen. Einen solchen Verein schlägt die
Reorganisationskommission vor. Ich denke, die
wohlbekannte Politik der Alliance, die ein sol-
cher Schulverein ist, und der Sprachkampf mit
dem Hilfsverein sollten eine angemessene Warnung
vor einem neuen Schulverein gewesen sein.

Die Reorganisationskommission sagt, etwa
ein Drittel des ganzen Budgets für die Schulen
sei ein sehr hoher Anteil. Das gebe ich zu. Doch
vergessen wir nicht, dass, als ich ein Budget für
ein großes Arbeitsprogramm in Palästina vor-
legte, der für die Schulen bestimmte Betrag nur
12 Prozent betrug. Natürlich wurde das von mir
vorgeschlagene Programm ummöglicht, weil die Mittel
nicht geschaffen wurden, um es durchzuführen.
Daher hielt der für die Erhaltung der Schulen
erforderliche Betrag in dem bestehenden Gesamt-
bild groß aus. Ich glaube, der Fiskus kann nicht
dadurch gerettet werden, dass man die bestehenden
Schulen zugrunde geben lässt, sondern durch die
Erhaltung dieser Mittel für die Durchführung
eines umfassenden Schulsystemsprogramms.
Dann wird das Schulbudget im allgemeinen Sub-
jekt keinen so großen Raum einnehmen.

Betreffs der Missionsschulen ist die Kritik der
Reorganisationskommission lächerlich übertrieben.
Das ganze Budget dieser Schulen in Jerusalem,
Jaffa und Safa beträgt etwa 800 Pfund jähr-
lich. Ich glaube nicht, dass diese Summe unsere

Verantwortung und die Schulungsbeziehung rei-
nen könnte. In Jaffa und Safa betrug die Sub-
vention, die wahrscheinlich bereits herabgesetzt
wurde, ein paar hundert Pfund. Was die Schule
in Jerusalem anlangt, so glauben wir, dass eine
Schule, wo man Russ in hebräischer Sprache
unterrichtet, wo jüdische Russ entwickelt wird,
nicht nur jüdisch, sondern auch nicht-jüdische
Kinder unterrichtet werden, nicht nur einen öste-
rischen, sondern auch einen politischen Wert hat,
der ebenso hoch ist, wie die Kosten von 600 Pfund.
Tatsächlich versuchten einige Antisemiten, der
Schule in Jerusalem den hebräischen Charak-
ter zu nehmen. Sie verlangten ihre Internationa-
lisation. Die Reorganisationskommission hätte
die Verhältnisse in Palästina nicht vom Gesicht-
punkt der paar ausgegebenen Dollar, sondern
vom Standpunkt des Aufbaues unseres nationa-
len Lebens studieren sollen. Die Frage der Er-
haltung der Russischschule wurde übrigens in einer
der ersten Sitzungen der Exekutive im Juli 1920
erörtert. In der Sitzung nahmen die Herren Si-
mon und de Lieme teil und das Budget wurde
beschlossen. Sie kritisierten also heute, wie es scheint,
ihren eigenen Beschluss.

Schluss.

Ich habe auf die Behauptungen im Bericht
der Reorganisationskommission, die als tatsäch-
liche Behauptungen auftreten, geantwortet. Der
Bericht enthält weitere Erklärungen, die bloß
Behauptungen, Ansichten und Gefühle ausdrücken.

1 Million Schekalim

braucht die zionistische Weltorganisation.

Setzet die Schekelsammlung mit Energie fort.

Der XII. Zionistenkongress.

Das Büro des Zionsistenkongresses in Karls-
bad gibt folgende Mitteilung heraus:
Der XII. Zionsistenkongress beginnt in Karls-
bad am 1. September.

Tribünenarten.

Wir rufen auf die verhältnismäßig ge-
ringe Zahl der für Gäste verfügbaren Plätze wer-
den, um möglichst vielen Zionsisten die Teilnahme
am Kongress zu ermöglichen, neben Dauerarten
für den ganzen Kongress, auch Karten für die ein-
zelnen Verhandlungstage auszugeben. Vorläufig
rechnen wir mit einer Mindestdauer des Kongres-
ses von zehn Verhandlungstagen.

Eine Verteilung von Tribünenarten durch
das Kongressbüro könnte nur nach zufälligen Ge-
legenheitspunkten erfolgen und würde daher zu Unzu-
friedenstellungen Anlass geben. Demgemäß wird das
Kongressbüro Tribünenarten überhaupt nicht an
einzelne Personen, sondern nur an die Zentralen
der Landesverbände und die Landesbüros der
Sonderverbände auszugeben. Die Verteilung der
Karten auf die einzelnen Vertreter wird also nur
von diesen Büros erfolgen. Bestellungen auf Tri-
bünenarten-Karten für den Zionsistenkongress
sind daher nicht an das Kongressbüro, sondern aus-
schließlich an die Zentralen der Landesverbände
und die Landesbüros der Sonderverbände zu rich-
ten. Eine Bestellung direkt an das Kongressbüro
verursacht unnötige Verzögerungen und kann event.
die Nichtberücksichtigung der Bestellung verursa-
chen. Nur da, wo keine Möglichkeit besteht, sich an
das Büro eines Landes- oder Sonderverbandes zu
wenden, haben Bestellungen direkt an das
Kongressbüro Zweck.

In der tschechoslowakischen Republik wohn-
hafte Personen haben ihre Bestellungen zu richten
an das zionistische Zentralkomitee, Mähr.-Odrau,
Linzgasse 6.

Bestellungen auf Tribünenarten müssen bis
spätestens zum 15. Juli bei den Büros eingelaufen
sein.

Ansichts der enorm gestiegenen Kosten
dieses Kongresses mussten die Preise für Tri-
bünenarten wesentlich höher angesetzt werden als
früher. Für die Tschechoslowakei betragen die
Preise für Tribünenarten, Dauerarten (für den
ganzen Kongress) K 60,-, Einzelarten für den
ersten Verhandlungstag K 75,-, Einzelarten für den
jeden weiteren Verhandlungstag K 50,-.

Der Betrag für bestellte Tribünenarten
muss gleichzeitig mit der Bestellung an das Zion.
Zentralkomitee in Mähr.-Odrau eingesendet wer-
den, wobei eine Manipulationsgebühr in der Höhe
von 10 Prozent zuzuschlagen ist. Der Bestellung
muss ferner eine Bescheinigung der zuständigen zion.
istischen Ortsgruppe beiliegen, dass der Besteller
in der Tschechoslowakei wohnt.

Mitteilungen über die Zuteilung von Tri-
bünenarten erfolgt durch die Büros der zuständigen
Landes- und Sonderverbände.

Stehplätze.

Das Kongressbüro wird für die Einrichtung
einer größeren Anzahl von billigen Stehplätzen
Sorge tragen. Mitteilung hierüber kann erst
später erfolgen.

Legis.

Berechnungen für Logis sind an das
Kongressbüro zu richten. Hierbei ist folgendes
Schema zu benutzen:

Herr ... mit Frau, Tochter, Sohn aus
... Strasse Nr. ... beabsichtigt zum XIIsten
Zionsistenkongress nach Karlsbad zu kommen und
benötigt für die Zeit vom ... bis ... 1921
Zimmer mit je ... Betten
bis zum Preise von K 10 pro Bett
bis zum Preise von K 20 pro Bett
bis zum Preise von K 40 pro Bett
im Preise von über K 40 pro Bett
(Das gewünschte zu unterstreichen.)

Gruppen von Personen, die den Kongress zu
besuchen beabsichtigen und gemeinsames billiges
Quartier wünschen, werden um entsprechende Mit-
teilung ersucht.

Erdrer.

Da für Erdrer schon jetzt genügend ge-
sorgt ist, kann auf Einlass durch Beteiligung am
Erdrerdienst nicht gerechnet werden.

Preise.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen,
dass auch die Ausgabe von Preisarten nur in be-
stimmter Zahl erfolgen kann und ebenfalls aus-
schließlich im Einvernehmen mit den Landesorga-
nisationen und Sonderverbänden geschieht.

Das Büro des XIIsten Zionsistenkongresses
Karlsbad, Schützenhaus.
Telegraphen-Adresse: Kongress, Karlsbad.

Schekelausweis Nr. 1.

Hierher sind bei uns folgende Schekel einge-
laufen und abgerechnet:

A. Wohnen.			
1. Auffig	140	27. Marianne	10
2. Benčov	18	28. Mies	24
3. B. Ceja	4	29. Nachod	67
4. Bral	1	30. Neuen	14
5. Brilz	100	31. Rumburk	6
6. Budweis	40	32. Roudnice	20
7. Dobřis	23	33. Ruzen	292
8. Duz	26	34. Slav	1
9. Eger	10	35. Roudnice	1
10. Gaflov	45	36. Ruzen	2
11. Grahov	1	37. Prag	550
12. Groß-Orman	1	38. Reichenberg	50
13. Herrm. Městeček	1	39. Roudnice	10
14. Hostomice p.	1	40. Roudnice	10
15. Brdy	1	41. Mladec	1
16. Brdce Brdce	1	42. Slav	1
17. Pionov	10	43. Zimovos	16
18. Jaromej	1	44. Zepih	1
19. Jindr. Hradec	14	45. Zichman	134
20. Karlsbad	282	46. Zichman	134
21. Koln	17	47. Zichman	134
22. Kladno	1	48. Zichman	134
23. Komotau	76	49. Zichman	134
24. Kopidlov	1	50. Zichman	134
25. Landskron	19	51. Zichman	134
26. Langenbrunn	1	52. Zichman	134
27. Leitmeritz	60		
		Summe	2341
Zusatz im Gesamtbetrage (Haupt- Parteifiscus) von K 51.911.			

Schekel im Gesamtbetrag (Summe
Parteiliefer) von K 51.311,-

B. Mahren und Schlesien.

1. Bautsch	220	M. Weisfischen	100
2. Bialowitza	15	21. Reutisch	44
3. Bismarck	160	22. Oberfurt	36
4. Bismarck	10	23. Olmütz	88
5. Bismarck	1	24. Oran	18
6. Bismarck	11	25. Pohrlitz	32
7. Bismarck	23	26. Pretau	30
8. Bismarck	30	27. Proßnitz	143
9. Bismarck	22	28. Strážnice	35
10. Bismarck	4	29. Teschen	50
11. Bismarck	56	30. Troppau	231
12. Bismarck	67	31. Ung.-Brod	32
13. Bismarck	11	32. Ung.-Gradiš	83
14. Bismarck	3	33. Ung.-Ostra	65
15. Bismarck	3	34. Wolfraus	10
16. Bismarck	26	35. Znam	26
17. Bismarck	8	36. Znamantel	17
18. Bismarck	22	37. Zwilltau	7
19. Bismarck	344		

Summe 1860

Scheitel im Gesamtbetrage (samt Parteisteuern) von K 44.790.—

C. Slowakei.

1. Banowce	218	20. Borschitz	36
2. B. Borschitz	50	21. Bressau	183
3. Bratislava	223	22. Bribidza	20
4. Bregova	1	23. Bim. Sobota	57
5. Dolni Lhaj	2	24. Sabin	2
6. Hradec	4	25. Sereb. n. V.	47
7. Hlohovec	18	26. Somorja	8
8. Jasko	10	27. Stib. Teplice	35
9. Kacmarov	28	28. Trenčin	10
10. Komarno	30	29. Trnava	64
11. Levice	4	30. B. Bysica	1
12. Michal	42	31. B. Bysica	62
13. Nemeš	8	32. B. Topolčan	125
14. Nitra	157	33. Vrbovec	58
15. Nit. Radvanec	58	34. Vrbovec	20
16. Rada Ves	2	35. Zilina	105
17. Radvanec	64		
18. Radvanec	18		
19. Radvanec	25		

Summe 2087

Scheitel im Gesamtbetrage (samt Parteisteuern) von K 65.470.—

D. Karpatenland.

Ohne Spezifikation insgesamt 2006 Scheitel im Betrage von K 10.030.— (ohne Parteisteuern).

Refapitulation.

Mähren u. Schlesien 1890	44.790.—
Slowakei	65.470.—
Karpatenland	10.030.—
Gesamt	120.290.—

Die Scheitelsammlung ist noch nicht abgeschlossen. Weitere Ausweise folgen.

Mähr.-Odrau, 5. Juli 1921.

Zionistisches Zentralkomitee

in der tschechoslowakischen Republik.

Das Schicksal des „Juden“.

Wie uns der Jüdische Verlag mitteilt, hatte die bisherige Aktion, die die Gewinnung neuer Abonnenten für die von der Gefahr der Zerstörung bedrohte jüdische Literatur, „Der Jude“ bezweckt, trotz mangelhafter Ergebnisse, noch nicht jenes Ergebnis, welches die Weiterführung der Zeitschrift sichern kann. Allgemein und übereinstimmend wird dem Verlag aus den verschiedenen Ländern mitgeteilt, als wolle großen und unerklärlichen Verlust, das die hiesigen jüdischen Zeitschriften empfinden, die heute dem Zionismus zur Weiterführung und Durchbildung seiner Theorie und dem Judentum zur

Verbreitung nach zur Verfügung steht. Es ist jedoch eine Tatsache, dass die Gewinnung neuer Abonnenten für die von der Gefahr der Zerstörung bedrohte jüdische Literatur, „Der Jude“ bezweckt, trotz mangelhafter Ergebnisse, noch nicht jenes Ergebnis, welches die Weiterführung der Zeitschrift sichern kann. Allgemein und übereinstimmend wird dem Verlag aus den verschiedenen Ländern mitgeteilt, als wolle großen und unerklärlichen Verlust, das die hiesigen jüdischen Zeitschriften empfinden, die heute dem Zionismus zur Weiterführung und Durchbildung seiner Theorie und dem Judentum zur

Wie der Verlag uns bekannt gibt, ist jedoch noch dieser und anderer schöner Teilerfolg: erst die Fälle der unumgänglichen notwendigen Abonnements, nämlich erst jetzt 600, gemeldet. Auch wenn vorzugesetzt wird, dass ähnliche früheren Abonnementen in der Vergangenheit noch nicht abgewendet. Es wird daher an alle diejenigen, die an geistigen jüdischen Dingen ein wirkliches und auch ein wertvolles Interesse haben, nochmals hier dringend: Appell gerichtet, nicht zuzulassen, dass eine Zeitschrift von so anerkannter Bedeutung ihr Entstehen einstellen muss und hierdurch die einzig wünschenswerte Quelle, die der Zionismus heute noch besitzt, verloren geht.

Die Aussichten der Bauindustrie in Palästina.

(Zifo.) Im „Haolam“ gibt Dr. Sagarosky folgenden weiteren Bericht vom Baumarkt in Palästina:
In meinem ersten Artikel sprach ich über das Bauwesen im Lande. In Jaffa bereichert diese Industrie die Unternehmer und keiner zweifelt mehr an ihrem Gewinn. Fälle von Häusern, die nach ohne Fenster vermietet und bezogen werden, geschehen jeden Tag. Es ist nur natürlich, dass das Bauwesen eine unerschöpfliche Quelle in dieser Hafenstadt für alle, die sich mit ihm beschäftigen, ist. Auch in Haifa ist man zu der Überzeugung gekommen, dass das Bauwesen die beste Kapitalanlage für alle diejenigen ist, die in der Lage sind, mit eigenem Geld ein Haus mit mehreren Wohnungen zu bauen. Auch dort zahlt man für eine mittlere Wohnung 300 Pfund St. jährlich, wobei die Jahresmiete für ein ganzes Jahr vorausbezahlt wird. Wie Tel-Aviv bei Jaffa, so die deutsche Kolonie in Haifa. Die deutschen Hausbesitzer bereichern sich auf Kosten der Juden, die alle in diese Kolonie strömen. Dagegen beziehen die Engländer den Karmelberg, wo in der nächsten Zukunft eine neue Stadt entstehen wird. Die Regierung hat allen Beamten Baugeräte zu je 100 L. gegeben, wo sie jetzt ihre Häuser aufbauen. Auf dem Karmelberg sind nach Hunderten von Partellen zu haben. Aber bis jetzt hat sich noch niemand gefunden, der hier genug Unternehmungsgeist besitzt, um hier eine neue jüdische Stadt entstehen zu lassen. Der Karmel zeichnet sich mit seiner schönen und gesunden Lage in ganz Palästina aus. Es war zwar davon die Rede, dass „Habonah“ einige Häuser auf dem Karmel bauen wird, bis jetzt ist das aber noch nicht geschehen. Inzwischen nimmt die Wohnungsnot wohnsinnige Formen an, da mit jeder Woche mehrere Familien nach Haifa kommen, die sich dort niederlassen wollen.
Noch schlimmer ist es in Jerusalem. Aus verschiedenen Gründen wollte man nach dem Kriege im Stadtgebiet nicht bauen lassen. Es hieß, man wolle zuerst einen neuen Stadtplan ausarbeiten, und erst nach

diesem Plan solle man das Bauen erlauben. Den ersten Plan hat ein ägyptischer Architekt ausgearbeitet, den man aber nach einem Jahre verworfen hat. Den zweiten Plan machte ein berühmter Gelehrter, den auch die Juden begeistert aufnahmen. Wie verlautet, soll aber auch dieser Plan mehr theoretischen als praktischen Charakters sein. Inzwischen baut niemand und die alten Häuser sind vollgepfropft.

Die Wohnungsnot ist auch in den entlegensten Winkeln fühlbar. Die Regierung in Jerusalem hat öffentlich mitgeteilt, dass sie bereit ist, große Vergünstigungen denjenigen zuteil werden zu lassen, der in der Stadt ein Hotel bauen wird; Baumaterial, billige Arbeiter und Mieter wollte die Regierung sicherstellen. Kurzum, das Bauen ist in ganz Palästina das beste, rentabelste Unternehmen. Selbstverständlich sind auch die mit dem Bauwesen verwandten Industrien sehr gewinnbringend.

Palästina ist ein gebirgiges Land und hat keinen Mangel an Steinen. In Jaffa, Jerusalem und Haifa gibt es genug Bausteine, aber die Steinbrüche sind bis zur Zeit in den Händen von Nichtjuden; auch die Arbeiter sind nichtjüdisch. Die Besitzer der Steinbrüche haben den Preis der Steine gesteigert, weil sie wussten, dass wir vollständig auf sie angewiesen sind. Dasselbe ist auch vom Kalk zu sagen. Im Lande sind sehr viele Kalkbrennereien, deren Besitzer Nichtjuden sind, die die Lage ausnützen wollten und wohnsinnige Preise verlangten. Eine Zeit lang haben sie das Kalkbrennen überhaupt eingestellt, weil sie bei dem Bau von Regierungswegen lohnendere Beschäftigung fanden. Das ganze jüdische Bauwesen musste dann eingestellt werden. Dachziegel z. B. führte man bis jetzt aus Frankreich ein. Nun hat aber Frankreich die Ausfuhr von Dachziegeln, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete notwendig sind, verboten.

Vielfach ging man an die Errichtung von Zementfabriken. Der Zement ist noch teuer, trotzdem arbeiten die Fabriken sehr gut. Viele Häuser sind aus Zementsteinen und Holzriegel bereits erbaut worden. So ist man auf einmal die arabischen Steinbrüche mit ihren Arbeitern, Kamelen und Eseln losgeworden. Alle Zementfabriken verdienen sehr gut, beschäftigen viele Chasidim und sind mit Aufträgen überhäuft. Die Nachfrage nach Zementsteinen ist sehr groß, infolge der großen Vorzüge, die Zement vor den Steinen hat.

Eine ziemlich kapitalträchtige Industrie baut jetzt in Jaffa eine große Fabrik für Zement und Zement. Die Zementfabrik ist vorwärts und beschäftigt jetzt viele Chasidim. Die Arbeit ist von den Arbeitern selbst in eigene Regie übernommen; der Gewinn, den die Unternehmer sonst einsteckten, fließt jetzt den Arbeitern zu, die vorher gewöhnlich als billiger arbeiteten. Die Kalksteinwerke arbeiten weniger reichlich als die Zementwerke, sind viel billiger, und haben daher bei der Regierung als Bauunternehmer warten mit Angelegenheiten im Lande sehr gute Aussichten.

Der Sturz der Mittelmächte.*)

Der Ruf nach den Urhebern des Weltkrieges ist noch immer nicht verhallt, noch kann man aus dem Lufte der neuerschienenen und erscheinenden Memoirenliteratur auf den Kern, der Ursache zum Weltkrieg wurde, nicht kommen und über diese noch nicht oder vielleicht nie zu ergründende Unklarheit geht die Geschichte hinweg. Ob der Krieg hätte vermieden werden können, „wenn“ oder ob der Zusammenstoß der Mittelmächte hätte aufzuhalten können, „wenn“, darüber werden wir keine Klarheit bekommen, weil das Maß der Geschichte und Entwicklung nicht zurückgekehrt werden kann, niemals möglich ist, dies Maß für eine Zeit aufzuhalten. Der Sturz der Mittelmächte wurde stets zurückgeführt auf den immer größer werdenden Verrat in der österreichisch-ungarischen Armee, auf einen „Defaitismus“, der im Hinterlande großgezogen wurde und gegen den allmächtigen „Durchhalter“ ankämpften, die im Trüben fischen wollten und die die Fahne der Union und des „Siegesriedens“ im Hinterlande hochhielten, indes sie an der Front Völkern und Völkern Genossen für sich verbluten ließen. Karl Friedrich Nowak versucht nun in seinem jüngst erschienenen Buch „Der Sturz der Mittelmächte“ die Ursachen zu schildern, die den Zusammenbruch der deutschen und österreichisch-ungarischen Monarchie bestimmten. Das Werk ist aufgebaut auf dem Studium von Geheimnissen und Kronenprotokollen und auf wackeren und ausführlichen, intimen und authentischen Darlegungen nahezu sämtlicher führenden Staatsmänner und Militärs, die auf Seiten der Mittelmächte aktiv an den dargestellten Ereignissen beteiligt waren. Für historische Forschung ist eine

spätere Ausgabe mit detaillierter und genauer Quellenangabe vorzuziehen. Das vorliegende Werk will auch nicht als Quellenwerk gewertet werden, weil von sich nicht behaupten, dass es eine Art et studio geschriebene sei, wenn wir ihm auch jene historische Objektivität beimessen, die Nowak als ernster und seriöser Geschichtsdarsteller verdient. Das es höher einschätzen ist, als die „Erinnerungsbilder“ der Prinz Windischgrätz und General Kraus und anderer, schon deshalb verständlich, weil es nicht pro domp geschrieben wurde. Es ist ja auch möglich, dass der deutsche Leser und Kenner der Völkern einen Vorzug daraus machen werden, weil seine Mutter einer angesehenen jüdischen Familie in Mähren entstammte, für die Darstellung ist dies gewiss kein Nachteil, aber auch kein Vorteil. Nowak beginnt mit West-Vitomsk und endet bei dem Sonderfriedenangebot Julius Graf Andrássy, reicht also bis zum 28. Oktober 1918, jenen Tage, der der Geburtstag der neuerstandenen Tschechoslowakei wurde. Vorerst sei gesagt, dass Nowak mit dem Märchen des tschechischen militärischen Verrats auftritt, die Defektion des Infanterieregiments Nr. 23, die in der ehrenwerten „n. l. Armee eine recht große Rolle spielte als das rechtsseitige Klappen des letzten Danks bereits im September 1914 klappte, wird endlich ganz anders dargestellt, als man bis nun zu hören gewohnt war. Das Werk ist ein bischen Regimentskapitel, ob sie nun tschechische Regimenter lauter schlugen, ob sie an der Ostfront oder Südfront waren, wird niemand leugnen wollen, der weiß, dass zum Schlusse des einzelnen Soldaten einen großen Zwischenfall bildeten, und das Mut oft nichts anderes war als Feigheit vor der Feigheit. Der ein Regimentskommandant sein von seinem Truppentypus ein Gesicht liefert und verliert und dann aus Respekt und Angst vor der Rechtfertigung ganz

einfach erklärt, sein Truppentypus sei zum Feinde übergegangen, kam oft vor und wie hätte das in der „alten“ Armee nicht geschehen, wenn es sich um ein Regiment handelte, das schon in Trübsalzeiten von nationalen Geistes durchdrungen war. Aber welche Truppen haben nicht gemutet, als der Krieg so lange dauerte? Welcher Truppentypus hatte keine Überläufer, und wenn die Überläufer der magyarischen Militärs ganz einfache, simple Infanteristen, die die Ehre hatten, mit magyarischen Soldaten zu kämpfen, um ihre Meinung gefragt hätten, so wäre wohl das Märchen von den „roten Teufeln“ anders ausgefallen. Aber wozu hier rechten. Das der grausame Weltkrieg kleinere und größere Ungerechtigkeiten zeigte, wir wissen es alle. Das zu Beginn des Jahres 1917 alles trübsalig war, mit Ausnahme Lundenorfs und anderer Großstädte, deren Ruin und Unsterblichkeit über Palästina von Leiden gehen wollte, das wir Unwissenheit und Nowaks Schilderung aller Umstände, die zum Sturz führen mussten, ist glänzend, packend und plastisch. Es ging eben nicht mehr. Ging nicht in Deutschland, nicht in der Habsburgermonarchie, nicht im Bulgarenreich. Hunger und Mitleid, Verdrossenheit und Mitleid, das zur Zerstörung waren die Faktoren, kam nach das zerfallene österreichisch-ungarische Problem hinzu. Nowak meint, das im letzten Moment, als am 16. Oktober 1918 das letzte Manifest Karls proklamiert wurde, alles oder vieles hätte gerettet werden können, wenn man das Südbalkanproblem endgültig gelöst hätte. Nein! Es war damals zu spät. Nowak anerkennt das Südbalkanproblem als den Kern des austro-ungarischen Problems. Aber dieses Problem ging in Brüche, als am 28. Juni 1914 Franz Ferdinand als vermeintlicher Vermittler dieses Problems von einem Serben erschossen wurde. Heute schon langsam alle die Beteiligten ein, das mit dem Dualismus die Habsburgermonarchie

nicht zu halten war. Man versprach nationale Autonomie zu einer Zeit, als die Forderungen bereits über diese hinausgingen. Man kam eben auch zum Schluss um ein halbes Jahrhundert zu spät. Die Völkergeschichten des Ostens, der Einfluss der Balkan, selbst wenn sie unterliegen würden, die enorme Abwanderung Karls und aus Weltkriess hätten an den militärischen Zustand nicht gebessert, man hätte eventuell noch fortwähren können, aber die ganze Situation war nicht zu halten. War nicht zu halten, weil Frankreich Deutschland sein Untertan, weil Ungarn und Serbien nicht ausgeben wollte. Hier wie dort regierte eine Kastenoligarchie, die jeden Schritt in der Welt verloren hatte, bis endlich auch die eigenen Völkern die Augen aufgingen, und gegenwärtig durch fürchterliche militärische Erfolge, Hunger, Not, Krankheit einerseits und neue völkerverfeindende, völkerverfeindende Ideen andererseits, wollte sie nachgeben, Kompromisse schließen, Toleranz üben. Völkern, die aus Untertanen zu freien Bürgern werden, verlorenen Toleranz aus dem Joch der aufgestellten Sozialismus. Und weil die Regierenden dies zu spät einsehen, stürzten sie zusammen, wurden hinweggeführt wie Spreu im Sturm — verschwand in der Geschichte weltgeschichtlichen Geschehens. Und neue Männer traten hervor.

Nowak bemüht sich, auf Grund seiner Studien ein deutliches Gemälde zu schaffen. Es gelingt ihm vorzüglich. Ein Endbild über all seine Schlussfolgerungen kann jedoch erst dann gezeichnet werden, bis das ungeheure Material zum Abschluss wird, das noch in Geheimarchiven und in den reichlichen Geheimnissen der letzten 50 Jahre verstreut sind. Der Verfasser wird es in seinen nächsten Büchern werden. Der Verfasser wird es in seinen nächsten Büchern werden.

* Karl Friedrich Nowak: Der Sturz der Mittelmächte. 1921. Georg L. B. Gollmann Verlag München, 282. 46.—, geb. 60.—

und geschwätzig zum Vortheile unserer Allen
entcheiden. Im Namen meiner Kollegen und
deinen Namen weise ich diese durch nicht
geänderte Beschuldigung zurück, und erkläre
deshalb dieses Anathem als einen gemei-
nfeindlichen. Gleichzeitig bedauere ich, daß
Zeichrift „Das Casu“ sich zur Veröffentlichung
dieses Pamphletes hergegeben hat. Es war zu
dem Verleumdung, daß er durch die Einscheidung
samt Verhinden beweise, woran und in wel-

Wie bereit's angefehnigt fand am 29. J.
l. J. die konstituierende Generalversammlung

innerhalb ihrer Kiegeu zusammenlegen, bis ein
 Taufensamtartzelungung zusamman nimm, "o
 an ein Geldeswert nicht viel, in braun
 Gessinnung und Idealismus aber ist das ni
 nur Maas, sondern hund r procentig. Ne
 haupt, "Maasser und Arbeit", das war we
 jeder die Erziehungsparole der jüdischen Tur
 vereine. Wievie. A. heit, tedrich, organisi
 lische und jüdische wird da geliebt. Und Engel
 zu erziehen, mit sen Tugend he: ständi ge
 angebliebt werden. Eine tre fliche Arbeit d
 diesem G. biele hat im vergange en Jahr d
 Berliner Bar Kochba in seinem Füh. erste

Büchsenfernungen.

Brünn: Wolfgang Jant	K 726.24
Wagat: Rüd. Seeballe	K 18.—
Troppau: M. Althaus 15, Alar	
Witz, Adolf S., Götze J., Dr.	
Oppenheimer, Spiegel M., Späher	
S. je 5, Götze Karl, Jantzi G., Dr.	
Herzmann je 20, Dr. Eibenfeld 10,	
Götze Wd. 5.80, Dr. Friedmann	
22.57, Götze Irma 8, Dr. Leop.	
Grim 7.80, Horowitz Wd., Dr. Hecht	
17, Schnepf Bernh 11, Klepler	
Witz 11.20, Low Emil 6.80,	
Lechner Berg 7, Dr. M. Richnow	
18.40, Moses Heim 10, Weisslein	
Bernh 15, Sonnenstein Annelie 7,	
Seiger Wd., 10, Schleifinger Wd.	
8, Kusner 12, Reid Bernh 43.45,	
diverse unter 5 K	
Innsum: Diverse	K 404.20
	K 101.39
Summe der Büchsenfernung	K 1249.83
Kreis 24	K 11.572.95
zusätz. ausgewiesen	K 138.963.80
Gesamtsumme bis 30. Juni 1921	K 150.536.75
Materialien: Brünn 110, Wd.	
burg 131, 94, Weisfuchen 36, auf.	K 297.—

Ependeneingänge im Monate Juni 1921

Mähr.-Ostrau	K 12.011.79
Brünn	5.997.46
Neutitschein	4.955.—
Brodnitz	1.919.20
Troppau	1.597.62
Freudenthal	890.—
M.-Weisthien	646.30
Nagendörf	520.—
Ing.-Brod	457.—
Mühlitz	366.—
Salm	303.—
Wall.-Meeritz	300.—
Domitz	295.—
Salz	275.—
Quaritz	255.—
Freibau	233.—
Freibitz	201.56
Zwiesch	200.—
Freibitz	200.—
Freibitz	190.—
Freibitz	132.36
Freibitz	110.—
Freibitz	101.—
Freibitz	100.—
Freibitz	100.—
Freibitz	70.—
Freibitz	40.—
Freibitz	40.—
Freibitz	25.—
Summe	K 32.701.62
Materialien	K 781.—

Neueste und vollkommenste

Miederleibbinde

nach ärztlicher Vorschrift.
Ersetzt auch das Mieder.
(Viele Anerkennungen)

Für und nach Schwangerschaft, Hängeleib,
Senkungen u. Operationen. Ferner Mieder,
Leibhüftenhalter

Gera dehalter, Büstenhalter, amerikanische
Miederleibchen, Monatsbinden u. Reform-
hosen. Reparaturaufnahme.

Miederhaus Lebowitsch,
Troppau u. M.-Ostrau nur Hauptstr. 34.

Zweimal wöchentlich
informiert Sie über die Erscheinungen
des gesamten jüdischen Lebens

Die jüdische Rundschau

Das Zentralorgan der deutschen Juden.
Original-Korrespondenten in Palästina
und in allen jüdischen Zentren der Welt

Einmal wöchentlich.
Die jüdische Rundschau ist das Zentralorgan der deutschen Juden.
Original-Korrespondenten in Palästina
und in allen jüdischen Zentren der Welt

Abonnements nimmt nur die Expedition
der „Jüdischen Rundschau“ entgegen. Be-
zugspreis für Mäher 25 K pro Quartal.
Rezeption und Verlag: Brünn 22. 15.
Schulstrasse 8.

Gute MÜBEL billigst

zu Original-Fabrikpreisen
nur bei der Verkaufsstelle der

Kaschauer Möbelfabrik A.-G.,
Mähr.-Ostrau, Jirasekplatz 4.

„EWE“

Gesellschaft für Buch- und Kunsthandel
m. b. H. BERLIN NW 7, Dorotheenstr. 25

Wir haben den General-
vertrieb übernommen von:
D. Weissmann

Gerson Regensburger
Ein jüdischer Bauer

Erzählung
H. S.—

Das Buch behandelt novellistisch die Frage
der Berufsmündigkeit des jüdischen Vol-
kes und der Rückkehr zur Landarbeit.
Gleichzeitig wird die Frage der Mischehe
geschildert. Das anziehend und klar ge-
schriebene Buch, dessen Preis angesichts
des vorzüglichen Materials und schönen
Druckes sehr gering ist, wird sich viele
Freunde erwerben.

Gedenket der
Selbstbesteuerung

zu Gunsten des Jüdischen
Nationalfonds.

Bad-Gräfenberg

(Schlesien)

Restoration

Villa Schünzel eröffnet.
F. GRÜNBAUM.

Konkurs.

Bei der jüd. Kultusgemeinde Kremsier ge-
langt mit 15. September d. J. die Stelle eines

Rabbiners und Predigers

zur Besetzung.
Die Bewerber müssen (tschech.) Staats-
bürger und befähigt sein den hebräischen Un-
terricht an der Talmud Thoraschule als auch
den Religionsunterricht an den tschech. Volks-
bürger- und Mädchenschulen zu erteilen und nicht
über 40 Jahre alt sein.

Gehalt wird nach Uebereinkommen festge-
setzt. Die Kandidaten werden nur dem Ältesten-
rat vorgelegt.

Schriftl. Befunde sind längstens bis 20.
Juli einzubringen.

Der Kultusvorstand.

Nr. 2421/21. Czernowitz im Juni 1921.

Konkurs.

Bei der jüd. Kultusgemeinde in Czernowitz gelangt die Stelle eines

Kantors

besetzt. Bewerber haben den Nachweis über die
zur Verichtung dieser Funktion erforder-
lichen speziellen Fähigkeiten und
vollen Kenntnisse, aber hebräisches
Wissen und allgemein in Bildung zu erbringen.

Auch die Eignung zum Thorabuchlesen ist
erforderlich. Erwünschtes ist adäquate Kompe-
tenz, sowie eine unter Anführung dokumentarischer
Belege und insbesondere mit Befähigung der
bisherigen Verwendung bis spätestens 31. Juli
1921 bei der unterzeichneten Kultusgemeinde,
Seinewitz 5, einzubringen. Die näheren Auf-
sichtsbefragungen werden mit dem zu akzep-
tierten Bewerber vereinbart werden.

Eingeladen werden lediglich vollkommen
geeignete Bewerber mit einwandfreien Referen-
zen, und werden nur diesen Kompetenzen die
Kandidaten vorgelegt.

Der Kultusgemeinde-Vorstand:

Dr. Straucher.

Das Wunder des Rasolyn ist mit Weissmanns
Häckerpöbel

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8



Zur Beachtung!

Verwendet bei allen sich
bietenden Gelegenheiten

nur

Nationalfonds-Telegramme

Alleinverkauf für Mähr.-Ostrau:
Heilman Kohn & Söhne, Haupt-
straße, Trafik Adler, Große Gasse,
Kunst- und Verlagsbuchhand-
lung „Halvri“, Chelickygasse 7.

Ausführung von elektrischen Anlagen

jeder Art. Lager von Elektromotoren, Dyna-
momaschinen, Schalttafeln, Ventilatoren, Elek-
trische Installations- und Bedarfsartikel

Ing. Max Singer, Brünn, Rosengasse Nr. 3.

Die neuesten
Typenkarten

jüdischer Meister, Palästinaaufnahmen,
Marken, sowie verschiedene Arten von
Abzeichen, Broschüren usw. sind zu beziehen
durch die „Sammelhefte des Jüdischen
Nationalfonds“ für Mäher und
Schlesien. M.-Ostrau, Große Gasse 57

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8

„RASOLYN“,
welches auch die empfindlichste Gesichtshaut absolut
nicht brennt, den härtesten Part glatt rasiert. Neue
Erfindung, Wandelgeruch, zu haben beim Erzeuger
P. Weissmann, Brünn, Neue Barmh. in 35 und
36. Adressierung mit Gebrauchsanweisung für 10 und
5 K. Brilleure und Wiederverkäufer hohen Absatz.
Für außerordentlich harte Härte verlange man Nr. 8